

Arbeiterkampf

Jahrg. 2 Nr. 19 Juni 72
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
Betrieb 30Pf.
Laden 50Pf.

Krise in Bonn

Am 27. April unternahm die CDU/CSU den in der Bundesrepublik erstmaligen Versuch, die Regierung durch ein sogenanntes Konstruktives Mißtrauensvotum – d.h. durch die Wahl eines neuen Kanzlers – zu stürzen. CDU/CSU-Kandidat Rainer Barzel sollte mit Hilfe erhoffter Überläufer aus der FDP „Friedenskanzler" Willy Brandt ablösen. Die versuchte Machtergreifung scheiterte nur knapp: Barzel fehlten zwei Stimmen an der notwendigen Mehrheit. Und außerdem schien eine der Stimmen gegen Barzel aus den Reihen der CDU/CSU selbst gekommen zu sein. In der Abstimmung über den Bundeshaushalt am folgenden Tag erlitt die SPD/FDP-Regierung ihre erste Niederlage. Die Stimmen standen 147:147, und damit war der Haushalt zunächst einmal abgelehnt. Diese Abstimmung bewies endgültig, daß zur Zeit weder Regierung noch Opposition über eine Mehrheit im Bundestag verfügen. Damit stellt sich zwingend die Alternative entweder von Neuwahlen, oder aber von einer stillschweigenden faktischen Rückkehr zur Großen Koalition.

Das Vorspiel: Wahlen in Baden-Württemberg

Am 23. April wurde in Baden-Württemberg der Landtag gewählt. Die neonazistische NPD hatte auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichtet und zur Unterstützung der CDU aufgerufen. Die NPD hatte bei den letzten Landtagswahlen (1968) noch 9,8 % der Stimmen erhalten, die somit der CDU zugute kamen. Hartnäckig hält sich das Gerücht, daß die Unterstützung der NPD von der CDU durch einen ansehnlichen Geldbetrag erkauft worden ist.

Die Aufstellung zeigt die Wahlergebnisse zum baden-württembergischen Landtag 1968 und 1972.

	Baden-Württ.		
	LT IV/72	BT IX/69	LT IV/68
CDU/CSU	53,0	50,7	44,2
SPD	37,5	36,5	29,0
FDP	8,9	7,5	14,4
NPD	—	4,5	9,8

Die CDU, die in Baden-Württemberg die absolute Mehrheit erhielt, bezeichnete sich als Siegerin der Wahl, sprach von einem großen Erfolg.

Diese Behauptung entsprach keineswegs den Tatsachen, der Vergleich zeigt, daß auf die rechten Parteien (CDU und NPD) 1968 zusammen 54 % der Stimmen entfielen, 1972 aber nur noch 53 %. Die CDU hat also gerade eben die Stimmen der Nazi-Wähler einheimsen können, und keine Stimme mehr. Wahrlich ein „großer Erfolg", auf den Strauß und Barzel stolz sein können! . . . Andererseits entfielen auf die jetzigen Bonner Regierungsparteien. (SPD und FDP) 1968 zusammen 43,4 % – 1972 aber 44 %. Vor allem unter den Arbeitern der Industrie-Zentren (Mannheim und Stuttgart) gewann die SPD weit überdurchschnittlich an Stimmen, nämlich um 12-15 % (im Landesdurchschnitt nur um etwa 7,5 %).

Am Montagabend nach den baden-württembergischen Landtagswahlen beschloß die CDU/CSU-Fraktion, mit dem Konstruktiven Mißtrauensvotum zum Sturz der SPD/FDP-Regierung anzutreten. Das wurde besonders mit dem angeblichen Wahlsieg der CDU/CSU in Baden-Württemberg begründet. Tatsächlich jedoch dürfte es eher umgekehrt gewesen sein: die Wahlen dort hatten nochmals klar gemacht, daß die Chancen der CDU/CSU, durch Wahlen in die Regierung zu-

Forts. Seite 3



Bremerhaven: Demonstration der Werft-Kollegen

Wem nützen die Bomben?

Bombenanschläge und Bombendrohungen haben in den letzten Wochen bei großen Teilen der Bevölkerung Unsicherheit, Angst und Empörung hervorgerufen.

Daß auf diese Weise – isoliert von den Kämpfen der Arbeiterklasse – die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht zum Besseren zu verändern sind, liegt auf der Hand. Immerhin konnten aber Anschläge gegen militärische Einrichtungen der USA in Westdeutschland (wie in Frankfurt am 11. Mai und in Heidelberg am 24. Mai) noch politisch motiviert sein von dem Willen, die Imperialisten und ihre Agenten „exemplarisch" zu treffen. Dasselbe gilt für die Anschläge auf das Augsburger Polizei-Präsidium und den Parkplatz des Landeskriminalamts in München am 12. Mai.

Etwas anders lag der Fall schon bei den Bomben im Hamburger Springer-Haus am 19. Mai. Daß Springer sich durch die extrem reaktionäre Politik seines Pressehauses viele Feinde in der gesamten Bevölkerung gemacht hat, ist bekannt. Wenn jemand den Springer-Konzern ernstlich treffen wollte, so gibt es dafür geeignete Stellen, wie z.B. das Rechenzentrum im 1. Stock des Springer-Hauses. Die Bomben wurden jedoch stattdessen an Stellen gelegt, wo nicht der Verleger Springer, sondern nur die bei ihm Arbeitenden zu treffen waren. Mindestens 17 Arbeiter wurden verletzt, zwei davon schwer.

Auch wenn sich später ein sogenanntes „Kommando 2. Juni" für die Bomben verantwortlich erklärte (am 2. Juni 1967 wurde während einer Demonstration gegen den Schah-Besuch der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen), bleibt die Tatsache, daß ein solches Vorgehen auch bei größtem Verständnis nicht mehr als Ausdruck einer den Arbeiterinteressen dienenden Politik zu interpretieren ist.

Die Sache wird auch dadurch nicht viel besser, daß die Bombenleger nach eigenen Angaben im Springer-Haus rechtzeitig – nämlich mindestens 10 Minuten vorher – telefonisch gewarnt hatten, so daß eine Räumung möglich gewesen wäre. Waren die Bomben-Leger so naiv, nicht zu wissen, daß einem Kapitalisten das Leben und die Gesundheit „seiner Leute" ohnehin keinen Pfifferling wert sind . . .? Eine Bombe in einen Betrieb legen und dann den Kapitalisten telefonisch auffordern, den Laden räumen zu lassen – das heißt eben nichts weiter, als das Leben und die Gesundheit der dort Arbeitenden verbrecherisch aufs Spiel zu setzen.

Wer die Bomben bei Springer gelegt hat, ist zur Zeit noch ungeklärt. Es ist nicht auszuschließen, daß es tatsächlich Leute waren, die zum Kreis der sogenannten „Baader-Meinhof-Gruppe" gehören oder die sich deren Ideen verbunden fühlen. Auf jeden Fall haben die Bomben bei Springer den Kapitalisten nicht geschadet, sondern haben ihnen sogar einen Riesengefallen getan. Sie helfen den reaktionären Kräften, denen es um die Schaffung eines Klimas von Furcht und Hysterie geht. In diesem Sinn erklärte auch der Kommunistische Bund in einem Flugblatt, das einige Tage nach dem Anschlag in Hamburg verteilt wurde:

> **„. . . In einem so erzeugten Klima von Angst, Unsicherheit, Spannung sieht das Großkapital die geeignete Grundlage für den Ruf nach dem ‚starken Staat', nach dem ‚starken Mann'. In einer Situation, wo der versuchte Regierungssturz nur knapp gescheitert ist und die Möglichkeit von Neuwahlen im kommenden Herbst sich abzeichnet, entspricht der mörderische Anschlag gegen die Springer-Arbeiter auffallend genau den Interessen des Großkapitals. Aller Erfahrung nach wird dieser Anschlag noch nicht die letzte und gefährlichste derartige Provokation gewesen sein."**

Diese Voraussage erwies sich leider als richtig. Am 27. Mai erschien die BILD mit einer Schlagzeile, worin behauptet wurde, nunmehr seien Bombenanschläge gegen Banken geplant. Angeblich lägen der Polizei „eindeutige Hinweise" dafür vor. Wieso die Polizei zwar angeblich nicht in der Lage war, die Bombenleger zu fassen, aber andererseits „eindeutige Hinweise" über deren nächste Pläne haben sollte, blieb wieder einmal schleierhaft. Naheliegender ist der Verdacht, daß hier ein Gerücht bewußt in die Welt gesetzt wurde, um die Angst zu schüren. Bomben in Banken – das ist haargenau die Methode, die das italienische Großkapital bereits einmal mit Erfolg durchgespielt hat. Dort in Italien in der Mailänder Landwirtschaftsbank, explodierte am 12. Dezember 1969 eine Bombe. 16 Tote und fast 100 Verletzte wurden aus den Trümmern geholt. Es begann eine Jagd auf die Anarchisten und auf die revolutionäre Linke, die als Urheber des Attentats bezeichnet wurden. Die Sache hatte nur einen kleinen „Schönheitsfehler": Es ließ sich auf

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 1

die Dauer nicht verbergen, daß hinter dem Bombenanschlag durchaus keine Anarchisten oder Linke gestanden hatten, sondern eine faschistische Gruppe, deren Mitglieder inzwischen zum Teil verhaftet wurden.

Mit der story von den angeblichen geplanten Bomben auf Banken verstärkte das Großkapital die Einschüchterung der Bevölkerung erheblich. Und es sollte noch toller kommen. Zwei Tage später, am 29. Mai, wußte BILD in großer Aufmachung zu berichten, daß die „Baader-Meinhof-Bande" am 2. Juni mittags zwischen 13 und 14 Uhr drei Bomben mitten in Stuttgart hochgehen lassen wollte, jede davon mit einem Sprengstoffgewicht von 30 kg. Derartige Anschläge hätten mit großer Wahrscheinlichkeit mehrere Tote oder zumindest Schwerverletzte zur Folge.

Ein Vorhaben, wie es hier angekündigt wurde, hat auch bei großzügigster Auslegung absolut nichts mehr zu tun mit dem Kampf gegen den Kapitalismus, für die Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung. Eine solche Vorgehensweise erinnert dagegen stark an diejenigen, die die KZ's errichten ließen, die die Bomben auf Dresden, auf Hiroshima und Nagasaki werfen ließen, die heute ein mörderisches Bombardement gegen Vietnam richten. Es ist die Handschrift der Imperialisten, denen Menschenleben gleichgültig sind.

Wer heute in anonymen Briefen derartige Anschläge auch nur ankündigt, ist entweder ein Wahnsinniger oder aber ein bezahlter Agent des Großkapitals.

Im Übrigen hat auch die „Baader-Meinhof-Gruppe" den Brief mit der Bombendrohung gegen Stuttgart als niederträchtige Fälschung bezeichnet, die dazu dienen soll, von den tatsächlichen Zielen und Vorstellungen dieser Gruppe abzulenken. Auch die Polizei hat anerkannt, daß der Drohbrief gegen Stuttgart aller Wahrscheinlichkeit nach nicht aus dem Kreis der „Baader-Meinhof-Gruppe" stammt.

Was will die „Baader-Meinhof-Gruppe?"

Wer auch nur gelegentlich einmal ein Flugblatt der Kommunisten oder eine ihrer Zeitungen gelesen hat, weiß, daß solche Anschläge wie bei Springer und gar Bombendrohungen gegen eine ganze Stadt der Politik der Kommunisten genau entgegengesetzt sind. Aber sind derartige Anschläge vielleicht der sogenannten „Baader-Meinhof-Gruppe" zuzutrauen, die sich selbst als „Rote-Armee-Fraktion" bezeichnet? Um diese Frage beantworten zu können, wollen wir kurz ihre politischen Vorstellungen betrachten, wobei wir uns in erster Linie auf deren Broschüre „Der bewaffnete Kampf in Westeuropa" beziehen.

Die RAF geht – ebenso wie auch Kommunisten – davon aus, daß der Imperialismus einen friedlichen, unblutigen Übergang zum Sozialismus nicht zulassen wird, und daß daher die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes, der Revolution, gegeben ist. Aber während die Kommunisten davon ausgehen, daß der bewaffnete Kampf eine Sache der Massen ist, also der Zustimmung und Unterstützung von breiten Teilen der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Bevölkerung bedarf, will die RAF den bewaffneten Kampf hier und heute beginnen. Nicht als Aktion der bewußten und entschlossenen Volksmassen also, sondern als isolierte Taten einer Minderheit, die sich selbst als elitäre Vorhut begreift.

Allerdings geht auch die RAF davon aus, daß die Aktionen der Minderheit so angelegt sein müssen, zunehmendes Verständnis und Sympathie des Volkes zu gewinnen. Einschüchterung der Bevölkerung, gar die Ermordung und Verstümmelung von Arbeitern, ist mit den Vorstellungen der RAF nicht vereinbar. In der Broschüre „Der bewaffnete Kampf in Westeuropa" heißt es dazu:

„. . . Dieser (gemeint ist der Terror) richtet sich selbstverständlich nicht gegen das Volk, gegen die Massen, auch nicht gegen solche Schichten, die nach ihren Lebensbedingungen und ihrer Klassenlage dem Proletariat zwar nahe stehen, sich aber nicht zur Teilnahme an der revolutionären Bewegung entschließen können. Der revolutionäre Terror richtet sich a u s s c h l i e ß l i c h gegen Exponenten des Ausbeutungssystems und gegen Funktionäre des Unterdrückungsapparates, gegen die zivilen und militärischen Führer und Hauptleute der Konterrevolution."

Völlig unvorstellbar ist es, daß sich Mitglieder der RAF, Anarchisten oder ähnliche, etwas davon versprechen sollten, eine ganze Stadt in Angst und Schrecken zu versetzen und mitten in einer belebten Großstadt Bomben zu legen, deren Opfer rein zufällig unter der Bevölkerung fallen würden. Das hat nichts mit revolutionärer Politik zu tun, das ist Wahnsinn oder bestellter Mord.

An diesem Punkt wird aber auch schon der zentrale Fehler der RAF deutlich. Sie will Politik ohne die Massen des Volkes machen, weil sie im Grunde ein arrogantes, überhebliches und zutiefst mißtrauisches Verhältnis zur Arbeiterklasse hat. Weil die RAF sich bewußt von den Kämpfen der Arbeiterklasse isoliert, wird es der Kapitalistenklasse immer wieder gelingen können, mörderische Provokationen in Szene zu setzen und der RAF in die Schuhe zu schieben, womit sie zugleich die gesamte Linke treffen will.

Es ist gar nicht notwendig, daß die „Baader-Meinhof-Gruppe" tatsächlich hinter allen Bombenanschlägen und vor allem den ungeheuerlichen Drohungen der letzten Wochen steckt. Der Kapitalistenklasse reicht es vollauf, wenn die Massen der „Baader-Meinhof-Gruppe" derartige Handlungen z u t r a u e n. Wenn die BILD z.B. am 2. Juni den festgenommenen Baader verhöhnt als den „Mann, der Deutschland in die Luft sprengen wollte", dann ist das ganz sicher eine Unverschämtheit. Aber ebenso sicher ist, daß die BILD mit derartigen Schauermärchen ihr Publikum findet. Und die Gruppe tut leider sehr wenig, um derartigen Provokationen und Verleumdungen entgegenzutreten und sie zu entkräften. Mit dem Anschlag auf das Springer-Haus – von dem sich die Gruppe jedenfalls nicht distanziert hat – ist eine gewisse Grenze überschritten worden. Wer eine Bombe bei Springer legt und die dort Arbeitenden gefährdet – warum sollte der nicht auch eine Bombe in einer Bank, in einem Postamt, in einer Bundeswehrkaserne usw. für gerechtfertigt halten . . .? Bei dieser Angst großer Teile des arbeitenden Volkes setzt das Großkapital überaus geschickt an.

Wie geht es weiter?

Unabhängig davon, wer nun die Urheber und Drahtzieher der Bomben sind – klar ist, daß das Großkapital davon profitiert.

Mit dem Bomben-Terror soll der Ausbau des Staatsapparats, die weitere Faschisierung von Staat und Gesellschaft, glaubwürdig vor der Bevölkerung begründet werden.

Es ist doch wohl kaum ein Zufall, daß die Hamburger Polizei gerade am 16. und 17. Mai – also mitten in der Bomben-Serie! – ein Großmanöver machte. „Zum ersten Mal wurde eine so umfangreiche Übung in einer Großstadt der Bundesrepublik gestartet", wie die Hamburger „Morgenpost" dazu schrieb. Was wurde da geprobt? Der „Ernstfall", wie es in der „Morgenpost" weiter zu lesen steht. Nämlich die Erstürmung von Fabriken durch schwer bewaffnete Polizei-Truppen. Geübt wurde angeblich die Jagd auf Rauschgifthändler und Waffenschmuggler. Sehr lobenswert! Aber seit wann verschanzen sich solche Verbrecher ausgerechnet in Fabriken? Und wer beobachten konnte, wie stundenlang Polizei-Konvois mit dutzenden von Mannschaftswagen und Jeeps durch Hamburg fuhren, wird ebenfalls sich des Verdachts nicht erwehren können, daß es wohl kaum nur um die Erprobung einer Jagd auf Rauschgiftschmuggler etc. ging. Viel eher sah es danach aus, als würde hier die Niederschlagung von Arbeiterunruhen, die gewaltsame Erstürmung von Fabriken einstudiert, falls diese von den Arbeitern besetzt werden sollten.



Polizeimanöver: Sturm auf eine Fabrik in Hamburg-Altona

Das Großkapital kann sich nicht damit zufrieden geben, einfach nur seinen Staatsapparat auszubauen, die Polizei zu verstärken, die demokratischen Rechte abzubauen usw. Es versucht, in der Bevölkerung eine Stimmung für diese Maßnahmen zu schaffen. Dazu ist es nötig, den Menschen weiszumachen, daß ihr Leben und Gesundheit durch anarchistische und revolutionäre Kräfte in ständiger Gefahr sind, denen nur durch einen „starken Staat" wirksam begegnet werden kann.

Das bisher Erreichte reicht dem Großkapital und seinen Agenten längst noch nicht aus. Daher die Beschwerden, daß die Bevölkerung sich nicht intensiv genug an der „Baader-Meinhof"-Jagd beteilige, daß immer noch zuviele diese Gruppe „indirekt unterstützen" usw. Die Kapitalistenklasse will ein Klima wie im Nazi-Reich: jeder bespitzelt jeden, Nachbarn denunzieren einander, beim kleinsten „Verdachtsmoment."

Die Kapitalistenklasse braucht ein Blutbad, nach dem Vorbild des Mailänder 12. Dezember 69, um die Volksverhetzung auf eine neue Stufe zu heben. Die Imperialisten, die Millionen deutscher und ausländischer Menschen in zwei Kriegen verheizt haben, die heute den mörderischen Bombenterror der USA gegen Vietnam ideell billigen und materiell unterstützen – diese Verbrecher werden keine Gewissensbisse haben, einen Bombenanschlag mit einer großen Zahl einkalkulierter Toter inszenieren zu lassen.

Wie es die Kapitalistenklasse und ihr Staatsapparat anscheinend gern hätten, plauderte Bundeswehr-Oberleutnant Müller-Borchert in der Zeitschrift „Die Polizei" aus. Er unterstellt nämlich „Aktionen" wie etwa:

- Sprengung von Wohnblocks
- Ermordung von Krankenhauspersonal
- Unterbrechung der Energie- und Wasserversorgung
- Anschläge auf Schulen
- Anschläge auf Warenhäuser und öffentliche Verkehrsmittel

Ein derartiger Krieg gegen die Bevölkerung, wie Müller-Borchert ihn sich ausmalt, hat nichts mit den Vorstellungen der „Baader-Meinhof-Gruppe" oder ihnen verwandter Kräfte zu tun. Diese mörderischen „Aktionen" sind vielmehr Ausdruck der Phantasie von Leuten wie Müller-Borchert.

Auf derselben Linie liegt die BILD-Zeitung, die zu dem Drohbrief gegen Stuttgart mit drei Fotos demonstrierte, wo sie die Bomben gerne hätte, um die größte Wirkung für ihre Hetze gegen die Linken herauszuholen: auf dem Rathausmarkt, in einer Hauptgeschäftsstraße, im Hauptbahnhof . . .

Der vierte Mann und andere Ungereimtheiten

Am 1. Juni morgens wurden Andreas Baader und zwei weitere Mitglieder seiner Gruppe in Frankfurt festgenommen. In den ersten Rundfunkmeldungen am Vormittag war noch von einem vierten Festgenommenen die Rede – später hört man kaum noch etwas von diesem. Lediglich die „Morgenpost" berichtet am 2. Juni von der Verhaftung eines vierten Mannes, der allerdings rasch wieder freigelassen worden sei. Die „Morgenpost" knüpft daran den Verdacht, es habe sich bei diesem vierten Mann wohl um einen V-Mann der Polizei gehandelt, also einen bezahlten Spitzel und Provokateur. Das würde heißen, daß die Polizei über die letzten Aktivitäten der Gruppe zumindest informiert war. Bekannt sind aber auch Fälle, in denen die Polizei durch solche bezahlten Leute erst selbst Aktivitäten in Gang bringen ließ.

Aber damit der Seltsamkeit nicht genug! Am selben Tag – 2. Juni – zitiert die „Morgenpost" einen Polizei-Sprecher mit folgenden Worten: „Es ist mit einiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Bomben für die letzten Sprengstoffanschläge – auch die in Hamburg – in diesem Frankfurter Unterschlupf gebastelt worden sind . . . " – Und weiter heißt es dort, die Polizei habe bei der Festnahme Baaders „eine Werkstatt" gefunden, „in der offenbar die Sprengkörper für die Anschläge in Augsburg und Heidelberg gefertigt wurden."

Gleichzeitig jedoch schreibt die „Morgenpost":

„Vor einigen Wochen . . . hatte die Sicherungsgruppe Bonn den Tip erhalten, daß mit den Hausbewohnern offenbar ‚etwas nicht stimmte'."

Polizisten hätten daraufhin „seit einigen Wochen" das Versteck der Gruppe „beobachtet". Diese Behauptung wird unterstützt durch die Angaben einiger Bewohner dieser Gegend, denen die postenstehenden Zivil-Beamten aufgefallen sind.

Die BILD vom 2. Juni bringt eine abweichende Version, indem sie aus den „einigen Wochen" 10 Tage macht. Vor 10 Tagen, am 22. Mai also, habe die Polizei von Anwohnern einen Hinweis auf das Versteck erhalten.

In diesem Fall ergibt sich eine erschreckende Konsequenz: wenn die Bomben, die am 24. Mai in Heidelberg explodierten, tatsächlich in diesem Frankfurter Versteck der „Baader-Meinhof-Gruppe" hergestellt wurde, so wurde die Tat mit Wissen und Willen der Polizei durchgeführt, da das Versteck bereits überwachte und außerdem möglicherweise durch einen V-Mann direkt in der Gruppe vertreten war.

BERICHT DER BETRIEBSZELLE SPRINGER

Was die Springer-Arbeiter zu den Bomben sagten

Allgemein ist unter den Arbeitern und Angestellten bei Springer die entschiedene Verurteilung des Bombenanschlags auf das Springer-Haus.

Niemand, und wäre er noch so wirklichkeitsfremd, wird ernsthaft erwartet haben, daß ein Arbeiter es als „befreiende Tat" empfinden wird, wenn ihm eine Bombe neben die Maschine oder in den Waschraum gelegt wird. Allerdings wurde in den Diskussionen immer wieder auch darauf hingewiesen, daß Springer denkbar wenig für die Sicherheit „seiner Leute" getan hat. Nach den Anschlägen in Frankfurt usw. hätte Springer nach Meinung vieler Kollegen unbedingt sofort Kontrolle an den Eingängen durchführen lassen müssen. Denn die „Baader-Meinhof-Gruppe" hätte ja immer klar zu verstehen gegeben, daß sie den Springer-Konzern als einen ihrer Hauptfeinde betrachtet – übrigens nicht ohne Verschulden Springers, wie viele Kollegen sagen. In Gesprächen hieß es auch: das Gebäude hätte nach der Bomben-Warnung noch rechtzeitig geräumt werden können und müssen, wenn z.B. rechtzeitig Warnsirenen im Gebäude angebracht worden wären. Es sei lächerlich gewesen, daß Pförtner nach dem Warnruf am Freitag mit Flüstertüten durch die Abteilungen rannten und warnten. Oft konnte man hören, es sei ein Fehler gewesen, so großes Gewicht auf die Alarmierung der Polizei zu legen, anstatt rechtzeitig Vorkehrungen für eine rasche Räumung des Gebäudes zu treffen. Sehr bitter sind in diesem Zusammenhang die Äußerungen über den Verleger Springer selbst. Besonders scharf wurde kritisiert, daß Springer nach vorläufiger kurzer Räumung der Gebäude die Produktion wieder aufnehmen ließ, obgleich zu diesem Zeitpunkt noch Bomben im Haus lagen, wie sich später herausstellte. Es wurde keine genügende Durchsuchung vorgenommen, weil diese offensichtlich zu viel Zeit gekostet hätte. Dies beweise – so meinen die meisten Kollegen – daß für Springer die Herstellung seiner Zeitung wesentlich wichtiger sei, als Leben und Sicherheit „seiner" Arbeiter und Angestellten.

Befürchtet werden neue Anschläge. Diese Angst drückt sich aus in Nervosität Unsicherheit und in Diskussionen in den einzelnen Abteilungen. Immer wieder ist auch in Gesprächen die Überlegung zu hören, „daß man jetzt mal krank machen sollte". Eine Reihe von Kollegen – jene, die mit Springers Politik gegen die Linken nicht einverstanden waren und sind – sagen offen: Der schlimmste Fehler wäre, wenn Springer seine Zeitungen so scharf wie früher weiterschreiben läßt. Denn das könnte weitere Anschläge geradezu provozieren.

Einige Kollegen sagten deutlich, daß sie es lieber gesehen hätten, wenn die Bombe im 12. Stock (Geschäftsleitung) hochgegangen wäre, oder „das Ei dem Boenisch untergeschoben" worden wäre. (Boenisch ist einer der Springer-Bosse und bekannt für seine radikalen Hetzartikel.)

Forts. von Seite 1

rückzukehren, nach wie vor gering sind. Auch die von der Springer-Presse und dem Großkapital bestellten „Meinungsumfragen" können nicht darüber hinwegtäuschen, daß CDU/CSU keine Mehrheit in der Bevölkerung finden würden. Die Hetze der CDU/CSU gegen die Verträge mit der Sowjetunion und VR Polen und gegen die gesamte Außen- und Innenpolitik der Bundesregierung hat wenig Zustimmung im Volk gefunden, sondern hat eher als Bumerang gegen ihre Urheber gewirkt. Daher der Versuch der CDU/CSU und der hinter ihr stehenden großkapitalistischen Kräfte, die Regierung noch vor den nächsten Wahlen (1973) durch Herüberziehen von Abgeordneten der FDP im Bundestag zu stürzen.

Barzels Fehlstart

Die Ankündigung der CDU/CSU löste eine wohl von kaum jemandem erwartete Welle des Protestes aus. In zahlreichen Großbetrieben legten die Arbeiter die Maschinen still und diskutierten die Situation. Spontane Demonstrationen fanden statt, an denen sich am Dienstag und Mittwoch insgesamt wohl über 100.000 Menschen beteiligten. In Resolutionen von Vertrauensleuten und Betriebsräten wurde der DGB aufgefordert, gegen eine Machtergreifung der CDU/CSU gegebenenfalls zum Generalstreik aufzurufen.

Diese spontane Massenbewegung gegen die offensten und konsequentesten Agenten des Großkapitals, Barzel und Strauß, war die bedeutendste politische Aktion der Arbeiterklasse und des übrigen werktätigen Volkes seit der Anti-Atom-Bewegung Ende der 50er Jahre.

Gewerkschafter und Betriebsräte, auch einzelne SPD-Mitglieder, stellten sich in großer Zahl auf die Seite dieser Massenbewegung und organisierten sie in vielen Fällen. Trugen sie damit auch zur Breite der Bewegung bei, so doch auch zu deren Desorientierung im Sinne einer bloßen Unterstützung der SPD („Willy muß bleiben").

Andererseits nahmen aber die Spitzen von DGB und SPD dieser Massenbewegung gegenüber eine scharf ablehnende Haltung ein. Hieran wurde deutlich, daß die SPD von einer Massenmobilisierung noch weit mehr Angst hat als vor ihrer Ablösung durch die CDU/CSU.

CDU/CSU gar und die gesamte kapital-hörige Presse jammerten über den „Druck der Straße" – d.h. den demokratisch zum Ausdruck gebrachten Willen des arbeitenden Volkes; jammerten über das „Signal zum Klassenkampf" (Springers WELT am 27. April), beschimpften Streiks und Demonstrationen als „undemokratisch". Ihrer Auffassung nach hat sich das Volk darauf zu beschränken, einmal in vier Jahren zur Wahlurne zu trotten und alles übrige den „Politikern" zu überlassen.

In Bonn herrschte unterdessen Unklarheit über das am Donnerstag zu erwartende Ergebnis.

Die Hoffnungen der CDU/CSU stützten sich in erster Linie auf drei schwankende Gestalten aus der FDP – nämlich Kienbaum, Kühlmann und Helms. Diese sollten, zusätzlich zu den früher schon herübergezogenen ehemaligen FDP-Abgeordneten, für Barzel stimmen. Seit der „Geldner-Affäre" von Ende 1970 ist bekannt, wie die CDU/CSU und ihre Hintermänner so etwas aufziehen. Nachweislich waren damals dem FDP-Abgeordneten Geldner 400.000 Mark für einen Übertritt zur CDU/CSU angeboten worden! Mit einigen weiteren 100.000 Mark – spendiert u.a. vom Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow und dem Kaufhauskonzern Horten wurden rechtsradikale Abgeordnete wie Mende und Zoglmann aus der FDP herausgebrochen und mit ihnen die „Nationalliberale Aktion" (NLA) aufgemacht.



Frankfurt: 10.000 Arbeiter protestieren gegen den geplanten Regierungsputsch der CDU/CSU

Ganz ging am 27. April die Rechnung für die CDU/CSU nicht auf, zwei Stimmen fehlte Barzel.

Während der entscheidenden Abstimmung hingen Hunderttausende an den Radios und atmeten erleichtert auf, als die Niederlage der CDU/CSU schließlich feststand. In vielen Betrieben und Büros wurde das Ergebnis sogleich begossen. Nicht so sehr der Sieg von Willy Brandt und seiner Regierung wurde gefeiert, sondern in erster Linie die Abwendung einer allgemein empfundenen Bedrohung, eines Generalangriffs des Großkapitals und seiner wildesten Agenten auf die Arbeiterbewegung.

Der Kuhhandel

Nach der Niederlage der CDU/CSU am 27. April und der Stimmengleichheit in der Haushaltsabstimmung am 28. April begann das Feilschen zwischen Regierung und Opposition um die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau. Noch am 28. April fand auf Einladung Brandts ein Gespräch statt, an dem die Führer der Regierungs- und Oppositionsparteien teilnahmen. Brandt schlug vor, eine „Gemeinsame Erklärung" zu den Ostverträgen abzufassen. Durch diese Gemeinsame Erklärung sollten die Verträge in einem auch für die CDU/CSU annehmbaren Sinn „kommentiert" werden. Außerdem bot Brandt der CDU/CSU an, zu einer Verständigung über Fragen der „inneren Sicherheit" der Bundesrepublik – vor allem der Kommunistenjagd! – zu kommen. Auch in Währungs- und Finanzfragen sollten Regierung und CDU/CSU enger zusammenarbeiten.

Die CDU/CSU gab allgemein ihr Interesse an derartiger Zusammenarbeit und Verständigung zu verstehen, setzte aber zunächst eine zweimalige Verschiebung der ursprünglich für die ersten Mai-Tage geplanten Debatte und Abstimmung über die Vertrags-Ratifizierung durch.

In dieser Erklärung wird gesagt, daß die Verträge einen „modus vivendi" (d.h. soviel wie Übergangslösung) darstellen, und eine „friedensvertragliche Regelung nicht vorwegnehmen" sollen. Die Verträge stellten „keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen" dar und bedeuteten noch keine „Lösung der deutschen Frage". Das „Selbstbestimmungsrecht" und eine „friedliche Wiederherstellung der nationalen Einheit im europäischen Rahmen" sei von den Verträgen nicht berührt. Schließlich wird versichert, daß zwar die Bundesrepublik „keinen Gebiets- oder Grenzveränderungsanspruch" stellt, aber diese Verpflichtung nur „im eigenen Namen" abgibt.

Sinn dieser Erklärung ist: Die Verträge werden gerade in ihrem zentralen und wesentlichen Inhalt, nämlich der Sicherung der nach 1945 entstandenen Grenzen und Staaten, abgewertet und in Frage gestellt. Die Verträge erscheinen als Übergangslösung, von der unter veränderten Umständen wieder abgegangen werden kann. Vor allem soll der Weg offen gehalten werden, mit einem günstigeren Kräfteverhältnis die alten Gebietsansprüche z.B. im Namen eines „Vereinigten Europa" wieder zu erheben. Das ist die langfristige Konzeption, die vor allem von Franz-Josef Strauß entwickelt worden ist.

Daß nunmehr die Vorstellungen der aggressivsten imperialistischen Kräfte der Bundesrepublik – politisch repräsentiert durch die Kräfte der CDU/CSU um Strauß und Schröder – berücksichtigt worden sind, wird auch durch das Verhalten der CDU/CSU in der Abstimmung über die Verträge von Moskau und Warschau deutlich. Zwar konnten CDU CSU den Verträgen schlechterdings nicht offen zustimmen, nachdem sie diese monatelang in übelster Demagogie als „Verrat" und „Ausverkauf Deutschlands" beschimpft hatten. Die CDU/CSU enthielt sich jedoch bei der Abstimmung über die Verträge geschlossen der Stimme. Damit erspart sie sich einerseits im öffentlichen Bewußtsein die klare Rolle des Entspannungsfeindes; hält sich aber auf der anderen Seite für später alle Türen offen, um weiterhin gegen die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung zu hetzen. Die Gemeinsame Erklärung allerdings fand, abgesehen von einer Handvoll Gegenstimmen, die Zustimmung der gesamten CDU/CSU.

Protestreik der Duisburger Müllarbeiter: deutliche Warnung an CDU/CSU

Kalter Krieg und „Neue Ostpolitik"

In den Verträgen von Moskau und Warschau erklären die Vertragspartner, „daß sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand haben und solche in Zukunft auch nicht erheben werden". Eine entsprechende Zusicherung enthält auch die von CDU/CSU mitverfaßte und gebilligte Gemeinsame Erklärung (s.o.).

Also, alles in Butter? „Realitäten anerkannt", wie die DKP nicht müde wird zu behaupten, einschließlich Souveränität der DDR und polnischer Westgrenze? Leider nein! FDP-Außenminister Scheel nämlich erklärte am 23. Februar dieses Jahres vor dem Bundestag:

„. . . Ferner haben in dem deutsch-sowjetischen Vertrag beide Seiten erklärt, daß sie keine Gebietsansprüche haben. Das entspricht unserer bisherigen Politik. Die Bundesrepublik hat auch in der Vergangenheit keine Gebietsansprüche geltend gemacht, weder auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße, noch auf das Gebiet der DDR".

Nanu? Hat die Bundesregierung nicht jahrelang, besonders zu Zeiten Adenauers, die „Befreiung unserer mitteldeutschen Brüder und Schwestern", also die Annektion der DDR, auf ihre Fahnen geschrieben? Wie lange ist es her, daß sich „Friedenskanzler" Brandt angewöhnt hat, die Existenz zweier deutscher Staaten wenigstens in Worten zur Kenntnis zu nehmen und von der DDR – statt von der „Zone" – zu reden? Kaum fünf Jahre! – Und wurden nicht die polnischen Westgebiete jenseits von Oder und Neiße jahrelang ganz offen beansprucht? Wurde nicht am „Deutschland in den Grenzen von 1937". d.h. am Gebietsstand des Hitler-Reiches, festgehalten? Wie lange ist es her, daß noch in allen bundesdeutschen Amträumen größenwahnsinnige Karten hingen, die eben dieses Deutschland in den Grenzen von 1937 zeigten? Ist nicht eine ganze Generation auf den Schulen in diesem Geiste erzogen worden?

Was also meint Scheel mit seiner befremdlichen Behauptung, die Bundesrepublik hätte in der Vergangenheit „keine Gebietsansprüche geltend gemacht, weder auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße noch auf das Gebiet der DDR"? Der Trick dabei ist: die Bundesregierung hat zwar ständig ganz offen Anspruch auf das „Deutschland in den Grenzen von 1937" erhoben, also auf die DDR und die heutigen polnischen Westgebiete. Sie tat das aber nicht als Regierung der Bundesrepublik, sondern in ihrer angemaßten Rolle als „Rechtsnachfolgerin" des 1945 zusammengebrochenen Nazi-Reichs. In derselben Rolle maßte sie sich auch z.B. an, Rechtssprechungen über Bürger der DDR zu üben.

Dieses verlogene, doppelzüngige, diplomatische Spiel setzt die Bundesregierung mit den Ostverträgen und der zusätzlichen Gemeinsamen Erklärung fort: Als Regierung der Bundesrepublik erklärte sie ihren Verzicht auf die Gebietsansprüche und Grenzveränderungen, während sie als „Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches" sich weigert, die Grenzen als endgültig anzuerkennen. Im Hintergrund steht die Hoffnung, zu einem späteren Zeitpunkt – z.B. wenn die Sowjetunion durch einen Krieg gegen China gebunden ist – doch noch Gebietsveränderungen verwirklichen zu können und die Ergebnisse des vom deutschen Imperialismus begonnenen und verlorenen Weltkriegs rückgängig zu machen . . .

Hier wird mit dem Wunsch und der Sehnsucht der großen Mehrheit der Menschen in beiden deutschen Staaten, in der Sowjetunion und Polen, im übrigen Europa, nach Entspannung und gesichertem Frie-

Forts. nächste Seite

Auf der selbstverständlichen allgemeinen Ablehnung der Bombenanschläge versucht die Geschäftsleitung einen Angriff gegen die Linken im Betrieb durchzubringen. Es wurde eine Unterschriftensammlung organisiert. Das vorgelegte Papier verurteilte zunächst, „daß die demokratische Ordnung mit Mitteln verändert werden soll, die Mord als legitim anerkennen", Im weiteren wird dann aber darüber hinaus gefordert, alle fortschrittlichen Kollegen zu „durchleuchten" mit dem Ziel, sie zu entlassen.

Dieses Papier wurde zuerst von einer großen Zahl von Kollegen unterschrieben, die annahmen, daß es sich einfach nur um eine Distanzierung von den Bomben handelte. Nachdem in Gesprächen auf den Inhalt und die Stoßrichtung des Papiers hingewiesen worden war, zogen viele Kollegen ihre Unterschrift nachträglich zurück. Insgesamt läßt sich jedoch eine nicht unerhebliche Verhetzung im Sinne der faschistoiden BILD-Propaganda bei sehr vielen Kollegen feststellen. Die Positionen der Linken, der fortschrittlichen Gewerkschafter im Betrieb sind erheblich geschwächt worden. Viele von ihnen sind derzeit in ihren Abteilungen isoliert.



ARBEITERKAMPF
Herausgeber-Druck-Verlag:
J. Reents Verlag Arbeiterkampf
2 Hamburg 13 Rutschbahn 35
Presserechtlich verantwortl.:
K. Ehlers, Hamburg
Auflage 12.000

Verlagskonten = Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents
Postscheckkonto Hamburg
240 595 J. Reents

den ein niederträchtiges Spiel getrieben. Was Inhalt der Ostverträge und Grundlage einer europäischen Friedensregelung sein sollte, nämlich die Anerkennung bestehender Grenzen und Staaten, wird von der Bundesregierung im selben Atemzug wieder aufgehoben.

Die Geschichte lehrt, daß Verträge und Versprechungen imperialistischer Regierungen ohnehin immer nur einen begrenzten Wert haben, weil die Imperialisten sich nicht an Verträge zu halten pflegen. Die Nazis haben sich weder an den mit Polen abgeschlossenen „Gewaltverzicht" noch an das Nichtangriffsabkommen mit der Sowjetunion gehalten. – Allerdings haben bisher nur die Trotzkisten und Super-„Linken" aus dieser Tatsache die Schlußfolgerung gezogen, Verträge mit imperialistischen Staaten seien überhaupt in Bausch und Boden abzulehnen.

Aber hier, in den Ostverträgen, liegt das erste Beispiel dafür vor, daß eine Regierung schon bei Abschluß eines Vertrages ganz offen ausspricht, daß sie ihn nicht für rechtlich verbindlich hält und ihn nicht einhalten wird. Denn das und nichts anderes ist der Sinn und Inhalt der Gemeinsamen Erklärung Nur so ist die stillschweigende Zustimmung der CDU/CSU zu den Verträgen und ihre offene Zustimmung zur Gemeinsamen Erklärung zustande gekommen.

Die DKP in erster Linie hat von Anfang an wahre Wunderdinge über die Ostverträge verbreitet: sichere Grenzen, gesicherter Friede, sichere Arbeitsplätze und dergleichen Schmus. Sie hat das so schön gemacht, daß man beim Lesen derartiger Lobeshymnen meinen konnte, den sozialdemokratischen „Vorwärts" oder die Hamburger „Morgenpost" vor sich zu haben. Damit hat sich die DKP wieder einmal in die von CDU/CSU bis SPD reichende Front derjenigen eingereiht, die dem arbeitenden Menschen Sand in die Augen streuen wollen. Die DKP hat sich aber darüberhinaus auch über die einfachsten Erkenntnisse hinweggesetzt, was die Bedeutung der „Neuen Ostpolitik" des Großkapitals angeht.

Es liegt doch wohl auf der Hand, daß in der gegenwärtigen internationalen Lage die jahrelang eingesetzte Waffe des Kalten Krieges nicht mehr uneingeschränkt anwendbar ist. Alleinvertretungsanmaßung, offen vertretener Revanchismus und Gebietsforderungen hatten die BRD Mitte der 50er Jahre in eine außenpolitische Isolation manöveriert. Das war einer der Gründe für die Einbeziehung der SPD in die Regierung, also für die Bildung der Großen Koalition Ende 1966. Willy Brandt wurde damals Außenminister.

Die Regierungserklärung des Alt-Nazis Kiesinger vom 13. Dezember

hielt u.a. folgende Aussagen:

„Es liegt uns daran, das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn, die denselben Wunsch haben, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens zu verbessern."

„Die letzte Bundesregierung (d.h. die kleine Koalition von CDU/CSU und FDP unter Erhard) hat in der Friedensnote vom März dieses Jahres auch der Sowjetunion den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen angeboten, um erneut klarzustellen, daß sie nicht daran denke, unsere Ziele anders als mit friedlichen Mitteln anzustreben. Die Bundesregierung wiederholt heute dieses auch an die anderen osteuropäischen Staaten gerichtete Angebot."

„In weiten Schichten des deutschen Volkes besteht der lebhafte **Wunsch nach einer Aussöhnung mit Polen, dessen** leidvolle Geschichte wir nicht vergessen haben und dessen Verlangen, endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben, wir im Blick auf das gegenwärtige Schicksal unseres eigenen geteilten Volkes besser als in früheren Zeiten begreifen."

Daß es bei der sogenannten „Neuen Ostpolitik" um die alten Ziele im neuen Gewand geht, wurde nicht einmal verheimlicht. Rainer Barzel sagte am 1. Februar 67 vorm **Bundestag**: „**Unsere** rechtlichen, moralischen und historischen Positionen bleiben unverändert. Unsere Methoden können und müssen wechseln." – Und Guttenberg (CSU) sagte **am 28. Juli 67** vor einem Treffen von Sudeten-Deutschen: „Es gibt keine **andere** Ostpolitik der Bundesrepublik **als bisher**. Die Welt hat sich gewandelt. Darauf hat der Westen mit der **Entspannungspolitik** – ich sage der sogenannten Entspannungspolitik – geantwortet. Dazu gehört daß sich die deutsche Politik der veränderten Landschaft anpaßt. Man muß **die Methoden** den jeweiligen Gegebenheiten anpassen . . ."



Protestdemonstration der Arbeiter von ‚Felten & Guilleaume' (Köln): „Strauß und Barzel rüsten fleißig für ein neues 33"

Besteht demnach zwischen CDU/CSU und SPD/FDP gar kein prinzipieller Gegensatz über die Notwendigkeit der Abkehr von der gescheiterten Politik des Kalten Krieges, des Frontalangriffs, so gibt es doch unterschiedliche Konzeptionen über die konkrete Ausgestaltung der eingeschlagenen „Neuen Ostpolitik". Die „Neue Ostpolitik" des Großkapitals steht ja im Widerspruch, auf der einen Seite möglichst große Illusionen über den angeblichen Friedenswillen des westdeutschen Imperialismus erwecken zu wollen, und auf der anderen Seite möglichst wenig „Rechtspositionen" des Imperialismus aufzugeben. Betont die SPD in diesem Widerspruch stärker die erste Seite, so die CDU/CSU (unterstützt von der NPD) die zweite Seite.

Zum Teil handelt es sich dabei allerdings auch einfach nur um Theater, ein Spiel mit verteilten Rollen. Walter Becher, Mitglied der CSU und bekannter Revanchistenführer, plauderte schon 1967 aus, die opposi tionellen" Rechtsradikalen müßten immer um „zwei Stärken lauter sein als die Bundesregierung, damit die Bundesregierung einen Ton stärker werden kann" (vorm Wiesbadener Bundeskongress des „Bundes der Vertriebenen"). Das heißt: je lauter die CDU/CSU und NPD gegen die Ostverträge hetzen, umso mehr kann die SPD/FDP-Regierung unter Berufung auf diese „innere Opposition" bei der sowjetischen Regierung herausholen.

Eine jämmerliche Statisten-Rolle in diesem zynischen Spiel hat die DKP übernommen. Sie hat von Anfang an Illusionen über die Konsequenzen der Verträge mit der Sowjetunion und Polen verbreitet. Aber während der Bonner Auseinandersetzungen der vergangenen Woche übertraf die DKP alles, was sie sich bis dahin an Ungereimtheiten und Traumtänzereien geleistet hatte. Einen Höhepunkt erreichte die DKP in ihrer „UZ" vom 28. April, wo es doch tatsächlich hieß:

„Krupp-Arbeiter und -Manager für Ratifizierung der Verträge/ Breite Bewegung . . . Mit 53 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur- und Geistesleben ist **Krupp-Generalbevollmächtigter Beitz** für die Annahme der Verträge, weil ihre Ablehnung die BRD ‚in die internationale Isolierund treiben . . . und unser Friedenswille unglaubhaft würde'.

Das zeigt die Breite der Bewegung für einen sicheren Frieden in Europa, an deren Zustandekommen die DKP aktiv mitgewirkt hat."

Für die Arbeiterklasse sollte es immer ein Grund zur Aufmerksamkeit und Vorsicht sein, wenn sie sich in einer Front mit Managern und „Persönlichkeiten der Wirtschaft" – zu deutsch: Vertretern des Großkapitals! – sieht. Die DKP aber sieht darin nichts weiter als die „Breite Bewegung", an deren Zustandekommen sie selbst „aktiv mitgewirkt hat". Heißt es da doch in dem genannten Artikel noch weiter: „ .. **Es gibt bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine gesellschaftliche Schicht mehr, die sich nicht mehrheitlich für die Ratifizierung engagiert hat."**

Die Sache ist die, daß hier eben nicht einfach nur ein revisionistischer Schreiberling, dem die historische Gesetzmäßigkeit des Klassenkampfs zutiefst unsympatisch ist, in der UZ einmal seiner Phantasie die Zügel schießen lassen durfte. Sondern hier sind wir am „Kern" des Revisionismus und grenzenlosen Opportunismus der DKP: die Ersetzung des Klassenkampfs durch die „breite Bewegung", die Einheit aller „gesellschaftlichen Schichten" (früher sagte man: Klassen!). Die Manager, Kapitalisten und anderen „Persönlichkeiten der Wirtschaft" sollen von der Notwendigkeit ihrer eigenen Abschaffung, von den Vorteilen des Sozialismus überzeugt werden.

Das Kindische und Utopische derartiger Vorstellungen liegt auf der Hand. Und um die „Breite der Bewegung" nicht aufs Spiel zu setzen, verzichtet die DKP natürlich auch darauf, zu sagen, daß die Arbeiter einerseits und die „Persönlichkeiten der Wirtschaft" andererseits aus ganz verschiedenen Gründen für die Ostverträge eintreten:

- **Die Arbeiterklasse will ehrlich Frieden und Entspannung, weil sie stets die größten Opfer imperialistischer Kriegspolitik zu tragen hat.**
- **den Kapitalisten dagegen geht es darum ihre alten expansiven und aggressiven Ziele – politische und wirtschaftliche Vorherrschaft in Europa – auf neuen Wegen zu erreichen.**

Für die DKP spielt es auch keine Rolle, daß die Verträge von Moskau und Warschau durch die dazu abgegebene Gemeinsame Erklärung von Regierung und Opposition ihrer ohnehin mageren Substanz völlig beraubt worden sind. Noch billiger konnte sich der BRD-Imperialismus nicht vom Ruf des internationalen Störenfrieds und Entspannungsfeindes befreien. Noch billiger konnte Brandt nicht zum Titel des „Friedenskanzlers" kommen. Das ist nun wirklich etwas, woran die DKP „aktiv mitgewirkt hat". Wahrlich, ein stolzer Erfolg! . . .

Dürfen die Arbeiter gegen die CDU/CSU kämpfen?

Die Zuspitzung des politischen Massenkampfes konfrontiert die kommunistische Bewegung mit einer Reihe von Fragen, auf die sie eine konkrete Antwort geben müssen. Die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der kommunistischen Bewegung mögen bei einem „friedlichen" Gang der Dinge unklar, kaum bestimmbar sein. Die Zuspitzung des Massenkampfes indessen läßt die bestehenden Widersprüche scharf und unversöhnlich hervortreten.

Die Reaktion auf die politischen Massenkämpfe der Arbeiterklasse gegen die versuchte Machtergreifung der CDU/CSU hat nicht nur gezeigt, daß die kaum noch zählbaren „ML"-Parteichen aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt haben. Leider haben sogar solche Gruppen und Organisationen den Kopf verloren, von denen man es ihrer bisherigen Politik nach nicht unbedingt zu erwarten brauchte.

Durften die Arbeiter gegen die versuchte Machtergreifung der CDU/CSU kämpfen? Hätten sie sich stattdessen lieber passiv verhalten sollen oder hätten sie am Ende gar die CDU/CSU unterstützen müssen? – Diese Frage steht im Mittelpunkt der Auseinandersetzung.

Die Super-„Linken" betrachteten die Vorgänge in Bonn ausschließlich als „Parteiengerangel", als „Konkurrenzkampf um die Regierungspfründe" – mit dem einzigen Ziel, „die Ministerposten zu ergattern". – Von daher mußte es bestenfalls nutzlos und überflüssig sein, daß die Arbeiterklasse gegen die CDU/CSU Stellung nahm.

Aber mehr noch: da die Super-„Linken" die SPD für den „viel gefährlicheren Agenten des Kapitals", für die „effektivere" (wirksamere, geeignetere) Regierungspartei der Kapitalistenklasse halten, so wäre das Eintreten der Arbeiter gegen die CDU/CSU nicht nur sinnlos, sondern sogar falsch und schädlich gewesen. Wenn die Super-„Linken" ehrlich und konsequent wären, so hätten sie die Arbeiter zur Unterstützung der ihrer Meinung nach weniger gefährlicheren, weniger „effektiven" Partei, also der CDU/CSU, aufrufen müssen; hätten jedenfalls im Sinne der Arbeiterklasse eine Ablösung der SPD/FDP-Regierung begrüßen müssen.

Diese logische Konsequenz wurde natürlich nicht gezogen. Einzig der KB Göttingen brachte immerhin den traurigen Mut (den Mut des Selbstmörders!) auf, offen gegen die Aktionen der Arbeiterklasse Stellung zu nehmen und zu erklären:

„ . . . . *Daher kann das Gerangel der beiden Parteien, SPD und CDU, um die Regierungsgewalt auch nicht der Anlaß sein, den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte des Volkes zu führen und zu diesem Zweck auf die Straße zu gehen . . .*
Was heißt das aber, anläßlich des Regierungsgerangels auf die Straße zu gehen und gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes zu demonstrieren? Das bedeutet eben doch, für die Erhaltung der SPD/FDP-Regierung zu demonstrieren . . . "

Folgerichtig rief der KB Göttingen zum Boykott der in Göttingen stattfindenden Demonstration gegen die versuchte Machtergreifung der CDU/CSU auf.

Auf gleicher Wellenlänge liegen ihre Freunde vom KB Bremen, die in ihrer Zeitung „Wahrheit" vom Mai 72 schreiben:

„Es wurde die Hauptparole ‚Stoppt Strauß und Barzel!' aufgestellt, was angesichts der Tatsache, daß die Arbeiterklasse heute nicht den bürgerlichen Staat zerschlagen kann, um ihre eigene Macht zu errichten, nichts anderes heißt, als ‚Unterstützt Brandt!' ".

Dieser seltsamen Logik zufolge dürfte die Arbeiterklasse im Kapitalismus überhaupt nicht gegen eine Verschlechterung ihrer Lage kämpfen, da ein solcher Kampf gleichzeitig ein Eintreten für die bestehenden Zustände wäre. Dabei ist es doch sehr einfach zu begreifen, daß die Arbeiter sehr wohl gegen Strauß und Barzel sein können, ohne deshalb für Brandt, Schiller und Schmidt zu sein. Aber vielleicht meinen die Genossen vom KB Bremen, daß die Arbeiter vor 1933 besser daran getan hätten, nicht gegen die faschistische NSDAP zu kämpfen, um nicht etwa die bürgerliche Regierungen – Brüning etc. – zu unterstützen?

Daß die Aktionen gegen die versuchte Machtergreifung der CDU/CSU teilweise den Charakter von Unterstützungsaktionen für die SPD/FDP-Regierung hatten, beweist nicht die Falschheit oder Nutzlosigkeit dieser Aktionen. Wie hätte es angesichts der Zersplitterung und Konfusion der kommunistischen Bewegung anders sein können? Der Sozialdemokratie ist es weitgehend ge-

lungen, die Bewegung auf ihre Partei-Mühlen zu lenken, weil die kommunistische Bewegung noch immer zu schwach ist, um dieser Desorientierung entgegenzutreten und die Illusionen über die Rolle der SPD mit Erfolg zu bekämpfen. Und daraus ziehen nun einige super-„linke" Schlaumeier die Schlußfolgerung, sich grollend in den Schmollwinkel zu verkriechen und den Sozialdemokraten (zusammen mit ihrem kleinen Ableger, der DKP) das Feld zu überlassen! Für die größten politischen Massenkämpfe seit der anti-militaristischen Bewegung Ende der 50er Jahre haben diese Schlaumeier nur ein verächtliches Achselzucken und ablehnende Bemerkungen übrig.

In seinem immer noch lesenswerten Artikel gegen den „Linken Radikalismus" (1920) bemerkte Lenin:

„Die Differenzen zwischen den verschiedenen bürgerlichen Parteien und Politikern sind ‚vom Standpunkt des reinen, d.h. abstrakten, d.h. zur praktischen politischen Massenaktion noch nicht herangereiften Kommunismus ganz belanglos und geringfügig. Aber vom Standpunkt dieser praktischen Aktionen der Massen aus gesehen sind diese Unterschiede äußerst, äußerst wichtig".

Vom Standpunkt des Schreibtisch-Strategen aus genügt es vollständig, die SPD und CDU/CSU als „Pest und Cholera" darzustellen, zwischen denen gar kein Unterschied besteht, und sich folgerichtig aus den Massenkämpfen zurückzuhalten. Für die praktische Politik der kommunistischen Organisationen aber ist es von entscheidender Bedeutung, solche Massenbewegungen wie die gegen die versuchte Machtergreifung der CDU/CSU zu unterstützen, an ihnen teilzunehmen, sie vorwärts zu treiben.

Die Kommunisten müssen es verstehen, sehr genau und konkret die Widersprüche zwischen den bürgerlichen Parteien und innerhalb der Kapitalistenklasse zu erkennen, Klarheit über diese Widersprüche zu schaffen, diese Widersprüche auszunutzen für eine proletarische Politik.

Letzten Endes können auch die Super-„Linken" nicht ihre Behauptung aufrechterhalten, daß es gleichgültig sei, ob SPD oder CDU/CSU regieren. Sie wenden es aber so, als sei eigentlich die CDU/CSU die angenehmere von beiden für die Arbeiterklasse, da sie weniger gefährlich und „effektiv" sei als die SPD.

„Die SPD ist die Partei, die die Interessen der Bourgeoisie am planmäßigsten durchzusetzen vermag", hieß es in einem Flugblatt der sog. „KPD", das in Hamburg verteilt wurde. In ihrer Zeitung „Rote Fahne" schreibt dieselbe Gruppe, „die Existenz der CDU in ihrer heutigen Form" sei „gefährdet". „Schon jetzt gibt es für die Existenzgefährdung der CDU deutliche Anzeichen: Die Spenden aus Großkapital und Großfinanz schwinden, die Parteikasse ist leer." („Rote Fahne", 3. Mai 72)

Wäre dieser Blödsinn richtig, so wäre es in der Tat sinnlos, daß die Arbeiter gegen die CDU/CSU, gegen Strauß und Barzel auf die Straße gegangen sind. Wäre doch angeblich das Großkapital gerade auf dem besten Wege, die Partei, auf die sie sich 20 Jahre lang gestützt hat, nunmehr einfach verhungern zu lassen.

Das Kapital würde sich damit überhaupt langfristig der Möglichkeit berauben, eine zur SPD alternative Politik durchzusetzen.

Allerdings zeigt die historische Erfahrung, daß der deutsche Imperialismus sich immer nur in ganz bestimmten Situationen und immer nur vorübergehend der SPD als Regierungspartei bedient hat; nämlich in kritischen Momenten wie nach dem verlorenen Krieg 1918 angesichts der Arbeiteraufstände für ein sozialistisches Deutschland, und 1966 in der ersten größeren Wirtschaftskrise seit 1945.

Heute zeichnet sich bereits deutlich ab, daß eine solche Etappe wieder einmal ihrem Ende entgegengeht. Das Großkapital hat einige Jahre lang die SPD als Regierungspartei eingesetzt, um die Politik der Faschisierung und der „Neuen Ostpolitik" besser getarnt durchzusetzen. Nunmehr aber geht es darum, eine schärfere Gangart einzuschlagen, die Rückkehr der CDU/CSU in die Regierung und eine noch direktere Regierungsführung durch das Großkapital selbst vorzubereiten.

„Gefährlicher" als die CDU/CSU ist die SPD in derselben Weise, in der ein freundlicher, „sozialer" Kapitalist mitunter gefährlicher ist als ein offener Ausbeuter und Vertreter des "Herr-im-Haus"-Standpunktes. Gefährlicher deshalb, weil er besser versteht, die Arbeiter zeitweise über sein wahres Wesen zu täuschen. Deshalb müssen die Anstrengungen der Kommunisten darauf gerichtet sein, die ganze Arbeiterfeindlichkeit und Verlogenheit, die ganze Dienstfertigkeit dieser Partei und Regierung gegenüber dem Großkapital aufzuzeigen.

Dennoch ist eine solche Partei das „kleinere Übel" – ebenso wie der „freundliche" Kapitalist das „kleinere Übel" gegenüber dem offenen und brutalen Ausbeuter darstellt. Diese Unterscheidung bedeutet jedoch keineswegs ein Arrangement, „friedliche Koexistenz" mit dem kleineren Übel.

Das arbeitende Volk macht Front gegen Strauß und Barzel

Die versuchte Machtergreifung der CDU/CSU rief die bedeutendsten und breitesten politischen Kämpfe seit der Anti-Kriegsbewegung Ende der 50er Jahre hervor. Das ist umso beachtlicher, weil diese Bewegung nicht zentral vorbereitet und organisiert war, sondern spontan entstand.

SPD- und DGB-Führung, der die Massenbewegung parteipolitisch durchaus gelegen kam, hatten doch andererseits Angst vor einer „zu weit gehenden" Massenbewegung. Nur in Ausnahmefällen wurden sie direkt für Aktionen aktiv. Ihre allgemeine Marschlinie war ungefähr: „Demonstrationen für die Regierung sind uns sympathisch, falls gesichert bleibt, daß damit kein Einfluß der Massen auf die Politik verbunden ist." Die SPD rief zur „Besonnenheit" auf; der DGB erklärte, er werde „nicht gegen das Parlament streiken".

Sehr aktiv waren allerdings einige sozialdemokratische Gewerkschafter Betriebsräte und SPD-Betriebsgruppen. Deren rechte Flügelleute allerdings waren vor allem bemüht, sozialdemokratische, regierungsfreundliche Parolen in die Bewegung hineinzutragen („Unser Land braucht Willy Brandt"), was mangels Widerstand anderer Gruppen auch sehr weitgehend gelang.

Einen Großteil der rein organisatorischen Arbeit, die mit den Massendemonstrationen zusammenhing, übernahm die DKP, die sich von Anfang an voll hinter die Bewegung stellte. „Hinter" die Bewegung aber auch in dem Sinne, daß sie hinter deren spontanem und sozialdemokratischen Charakter völlig verschwand. Die DKP beschränkte sich darauf, Parolen für die Ratifizierung der Ostverträge stärker in den Vordergrund zu rücken.

Die „antirevisionistischen" Gruppen – vor allem die diversen „KPD/ML"s und „KPD"s – kapitulierten völlig vor der Situation Sie bemühten sich nicht einmal in die Bewegung eine antikapitalistische Stoßrichtung hineinzutragen, sondern ignorierten sie bestenfalls. Eine Gruppe wie der KB Göttingen, dem man bisher Besseres zutrauen durfte, verlor völlig den Kopf und rief zum Boykott der in Göttingen stattfindenden Demonstration auf. Es zeigte sich, daß die irrsinnige These vom „Hauptfeind SPD", die ursprünglich nur von einem Teil der „KPD/ML"s vertreten wurde, inzwischen breite Anhängerschaft in den linken Gruppen außerhalb der DKP gefunden hat.

Wie ist der Charakter der Bewegung gegen die versuchte Machtergreifung der CDU/CSU einzuschätzen?

In erster Linie ging es um Kampf gegen den Versuch der CDU/CSU, die Regierung zu übernehmen. Denn von einer solchen Regierung wurde eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, ein weiterer Abbau demokratischer Rechte und eine außenpolitische Rückkehr zum Kalten Krieg befürchtet. Diese Befürchtung stand hinter der gespannten Aufmerksamkeit, mit der Hunderttausende am Arbeitsplatz die entscheidende Abstimmung im Radio verfolgten, und stand hinter der Erleichterung, die sich nach Bekanntwerden des Ergebnisses in Feiern, Freudenkundgebungen usw. Luft machte.

Die Massenbewegung hatte auch den Charakter einer Unterstützung für die SPD. Das konnte gar nicht anders sein, denn die reale Alternative zu Strauß und Barzel war in der gegebenen Lage nun einmal nicht die Diktatur des Proletariats oder eine „demokratische Erneuerung" sondern war die Erhaltung des Bestehenden, also der Regierung von SPD und FDP. Daraus schlug die SPD politisches Kapital, indem sie ihre „Willy, Willy"-Parolen hineintragen ließ.

Ganz gewiß sind Illusionen über die SPD weit verbreitet, obwohl das Unverständnis der Arbeiter für den unsozialen Charakter der Regierungspolitik nicht so groß ist, wie viele Gruppen anzunehmen scheinen. Aber unabhängig von diesen Illusionen wurde die SPD tatsächlich als das „kleinere Übel" gegenüber CDU/CSU begriffen. Die SPD tut wenig für uns und besorgt das Geschäft des Großkapitals, aber mit der CDU/CSU würde alles für uns noch viel schlimmer – diese Stimmung war weit verbreitet.

Es muß allerdings damit gerechnet werden, daß die Auseinandersetzung in Bonn zumindest vorübergehend der SPD/FDP-Regierung Luft verschafft hat, indem von deren arbeiterfeindlichen Maßnahmen abgelenkt wurde. Verstärkt wurde diese Tendenz noch durch die Schwäche und schwerwiegende Fehler der Linken.



Massendemonstration in Hamburg mit 15.000 Menschen gegen die Putschversuche der CDU/CSU-Reaktionäre

Ereignisse in Hamburg

In Hamburg fand am Vorabend der Abstimmung über das Mißtrauensvotum eine Kundgebung und Demonstration statt, an der etwa 15.000 Menschen teilnahmen. Relativ hoch war dabei die Beteiligung von Arbeitern und Angestellten.

Aufgerufen zur Veranstaltung hatte eine sogenannte „SPD-Wählerinitiative", bestehend in erster Linie aus sozialdemokratischen und linksliberalen Schriftstellern und Intellektuellen. Unterstützt wurde dieser Aufruf neben der betrieblichen Mobilisierung durch die SPD-Betriebsgruppen u.ä. vor allem durch die DKP. Die DKP verteilte vom frühen Morgen bis zum Abend – anerkennenswert die Kondition der DKP-Verteiler, die z.T. den ganzen Tag ausharrten – vor Betrieben und Bahnhöfen eine Erklärung des Parteivorstandes, der ein Aufruf zur Demonstration am Abend angefügt war.

Auf der Kundgebung wurden die Zuhörer durch insgesamt sieben Reden systematisch angeödet. Erst sprachen sechs Schriftsteller und ähnliche Kleinbürger, bevor als letzter Redner ein Arbeiter die richtigen Worte fand. Leider fand gerade diese Rede nach dem vorangegangenen seicht-süßlichen Geschwätz nur noch gedämpfte Aufmerksamkeit.

Die zunächst angesagte Demonstration zur CDU/CSU-Geschäftsstelle hatten die Veranstalter bereits abgeblasen – „weil das nicht unser Adressat ist", wie es hieß; tatsächlich aber aus Angst vor heftigen Aktionen der Demonstranten gegen das Büro der CDU/CSU. Stattdessen wurden die Demonstranten zunächst eine dreiviertel Stunde lang durch ein Villenviertel geschleppt, bevor sich der Zug dann in die mittlerweile fast menschenleere Innenstadt bewegte.

Unverkennbar war es die Absicht der Veranstalter, den Protest des arbeitenden Volkes gegen die CDU/CSU auf die parteipolitischen Mühlen der SPD umzuleiten und die Empörung der Massen zu kanalisieren.

Dieser Absicht hätte dann nur zumindest ansatzweise entgegengetreten werden können, wenn die Kommunisten – in Hamburg also in erster Linie der Kommunistische Bund – mit ihren Parolen und Vorstellungen eingewirkt hätten.

Das war jedoch nicht der Fall. Die Leitung beschränkte sich darauf, den Freitag (also den Tag nach der Abstimmung) als geeignetsten Tag für ein massenhaft zu verteilendes Flugblatt festzulegen. Dieser Termin war deshalb der beste, weil es so möglich wurde, aufgrund der in Bonn gefallenen Entscheidung die Ergebnisse zusammenzufassen und vor allem auf das Kommende zu orientieren.

Nötig gewesen wäre jedoch darüberhinaus, daß von der Leitung klare Anweisungen für das Verhalten der Genossen gegenüber der Demonstration, in der betrieblichen Diskussion usw. gekommen wären. Da das nicht erfolgte, mobilisierten nur einige Genossen im Betrieb für die Demonstration, während andere unsicher waren, der Demonstration nur wenig Bedeutung beimaßen oder sich vorübergehend sogar sektiererisch verhielten. Das Gesagte gilt entsprechend für das gesamte Verhalten in der betrieblichen Diskussion. Das unterstreicht nochmals die Notwendigkeit, daß die Handlungsfähigkeit des Kommunistischen Bundes durch eine Verbesserung der Leitungstätigkeit gewährleistet werden muß. ■

KONTAKTADRESSEN DES KB

BREMERHAVEN: Arbeiterbuch Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, Bürger 198", tgl. 9.30 – 18,30 Uhr, Tel. 41 24 54

EUTIN: H. Lankau, 242 Eutin-Großmeinsdorf

FLENSBURG: M. Göhler, 239 Flensburg, Postfach 459

FRANKFURT: D. Müller, 6232 Bad Soden, Postfach 1371, Tel. 0611 / 55 80 72, Di. 17.30 – 19 Uhr, Fr. 17 – 20 Uhr

HAMBURG: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 2 HH 13, Grindelhof 45, Tel. 45 38 01, tgl. 9 – 18.30 Uhr

OLDENBURG: D. Seidel, 29 Oldenburg, Ziegelhofstr. 37, Tel. 1 08 88, Mi. 17 – 18 Uhr.

Faschismus in Griechenland
Profit für die Kapitalisten

In Griechenland herrscht eine faschistische Militärdiktatur. Sie wurde vor 5 Jahren mit Hilfe von CIA und NATO errichtet, um das Land weiterhin den Interessen der Imperialisten zu unterwerfen.

Das Ziel ist nicht nur die Ausbeutung des griechischen Volkes. Das Land dient auch als Stützpunkt für die aggressive Politik des USA- und BRD-Imperialismus im Mittelmeerraum und in Europa. Vor kurzem wurde bekannt, daß die USA an die griechischen Faschisten 36 Phantom-Düsenbomber liefern und in Piräus einen Flottenstützpunkt eröffnen wollen.

Griechenland hat ca. 9 Mill. Einwohner, 48 % leben von der Landwirtschaft. Das mittlere Einkommen pro Kopf beträgt ca. 2000 DM im Jahr. Das starke Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land sowie zwischen wenigen Reichen und vielen Armen ist hierin enthalten, so daß das wirkliche Einkommen der Masse der griechischen Bevölkerung noch wesentlich geringer ist. Zum Vergleich: EWG-Durchschnitt 5100 DM.

Griechenland zeigt alle Merkmale eines Entwicklungslandes: Totale Abhängigkeit von den Imperialisten, erzwungene stagnierende Unterentwicklung der einheimischen Industrie, Export von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Import von Fertigwaren, hohe Verschuldung.

Eine dünne Schicht von einheimischen Kapitalisten, das Königshaus, der korrupte Staatsapparat und die hohen Militärs vertreten die Interessen der USA- und EWG-Monopole und verdienen gut daran.

Die reaktionäre Herrschaft des Militärs war natürlich nicht gebrochen worden. Sie trat nur vorübergehend in den Hintergrund. Das griechische Militär wird von der NATO-Militärmaschinerie politisch und personell gesteuert. Es ist die Machtbasis für die Kontrolle Griechenlands durch die Imperialisten. Die Offiziere zählen zu den Privilegiertesten des Landes. Sie erhalten hohe Bezüge und Pensionen und nach ihrer Dienstzeit Verwaltungs- und Industrieposten.

Die immer deutlicher vorgetragenen Forderungen des griechischen Volkes waren mit dem Ausbeutersystem der Imperialisten nicht zu vereinbaren: Unabhängigkeit Griechenlands, insbesondere Austritt aus der NATO, Entmachtung der reaktionären Offiziere, Verwandlung des Militärs in ein Volksheer, Verbesserung der sozialen Lage. Auch der künstlich geschürte Antikommunismus verfing nicht im gewünschten Maße. Deshalb wurde Mitte 1965 die Regierung Papandreou zum Rücktritt gezwungen.

Während ein Regierungschef dem anderen folgte, bereiteten die Imperialisten einen Militärputsch vor, um zur offen faschistischen Herrschaftsform überzugehen. In vom USA-Imperialismus beherrschten Ländern werden solche „Kursänderungen" mit Hilfe des CIA durchgeführt. In Griechenland konnte man dabei auch der Hilfe der NATO sicher sein.

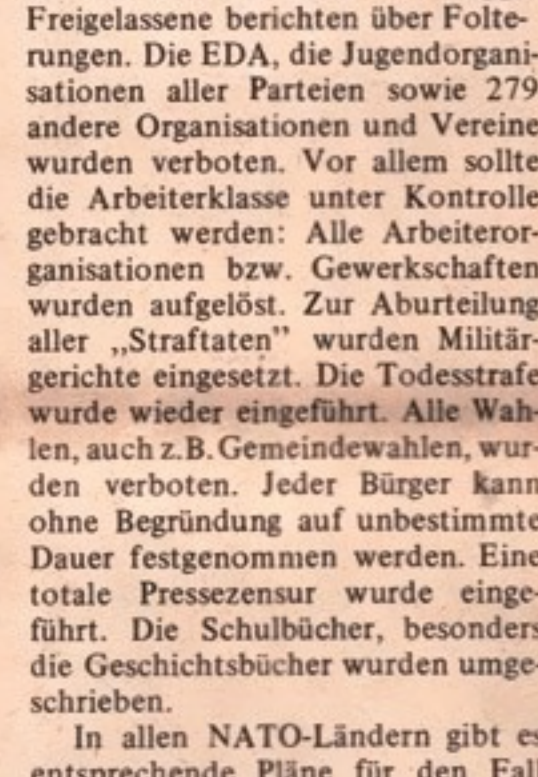
Ende Mai 1967 sollten die Wahlen stattfinden. Im griechischen Volk wurde die Forderung nach Beendigung der Mitgliedschaft in der NATO immer stärker. Ein sicherer Wahlsieg Papandreous auf dieser Basis hätte den Imperialisten ernste Schwierigkeiten bereitet. Am 21. April wurde deshalb der Putsch durchgeführt.

Zur konkreten Ausführung des Unternehmens konnte man auf den NATO-Plan „Prometheus" zurückgreifen. Er enthielt: Vollständige Pläne zur Verteilung von Truppen mit Panzern auf alle strategisch wichtigen Punkte (Regierungsgebäude, Rundfunk, Bahnhöfe, Straßenknotenpunkte), Besetzung aller Parteibüros, Verhaftung aller wichtigen Mitglieder der politischen Organisationen auf Grund von jahrelang vorbereiteten Listen und Errichtung von Konzentrationslagern.

Die dauernden Regierungswechsel, die Korruptheit der Beamten und die ständig steigende Inflation waren von den Faschisten propagandistisch aufbereitet worden. Die stärkste „linke" Partei, die Vereinigte Demokratische Linke EDA, hatte eine Politik der Kapitulation betrieben: Vertrauen auf die „demokratischen" Institutionen, Ablehnung jeder Gewalt. Das Volk war ohne Waffen und ohne politische Kraft.

So dauerte der Herrschaftswechsel nur 2 1/2 Stunden. Die Gegenwehr war so gering, daß sie nicht einmal ausreichte, um irgendwelche „Beweise für die kommunistische Gefahr" konstruieren zu können, der dann die Faschisten mit ihrer „nationalen Revolution" gerade noch zuvorkommen konnten.

Über 6000 Menschen wurden verhaftet und in Zuchthäuser oder auf die KZ-Insel Jaros verschleppt. Freigelassene berichten über Folterungen. Die EDA, die Jugendorganisationen aller Parteien sowie 279 andere Organisationen und Vereine wurden verboten. Vor allem sollte die Arbeiterklasse unter Kontrolle gebracht werden: Alle Arbeiterorganisationen bzw. Gewerkschaften wurden aufgelöst. Zur Aburteilung aller „Straftaten" wurden Militärgerichte eingesetzt. Die Todesstrafe wurde wieder eingeführt. Alle Wahlen, auch z.B. Gemeindewahlen, wurden verboten. Jeder Bürger kann ohne Begründung auf unbestimmte Dauer festgenommen werden. Eine totale Pressezensur wurde eingeführt. Die Schulbücher, besonders die Geschichtsbücher wurden umgeschrieben.



In allen NATO-Ländern gibt es entsprechende Pläne für den Fall eines „Notstands", auch für die BRD. Sie werden in Zusammenarbeit von Militär und Geheimdiensten ständig auf dem neuesten Stand gehalten. Die Notstandsgesetze der BRD sollen ihre Anwendung in den Rahmen bürgerlicher Demokratie stellen.



Putsch-Patroille 1967



Faschisten nach dem Sieg 1967:
Oberst Papadopoulos (l.), Brigadegeneral Pattakos (M.), General Zoitakis (r.)

Putsch nach NATO-Plan

Anfang 1964 hatte die relativ liberale Regierung Papandreou auf Grund eines überwältigenden Wahlsieges das rechtsradikale Regime Karamanlis abgelöst.

Die Regierung Papandreou sollte durch Reformversprechen eine aufkommende demokratische und antiimperialistische Massenbewegung in für die Kapitalisten ungefährliche Bahnen lenken. In einer solchen Aufgabe hatte sich, nach Kriegsende, Papandreou schon einmal hervorgetan.

Eine liberalere Herrschaftsform in einem völlig abhängigen Land – in Worten demokratisch, in der Tat reaktionär – bietet den Imperialisten in gewissen Situationen wichtige Vorteile. Sie bedeutet auf wirtschaftlichem Gebiet eine Schwerpunktverlagerung auf die Entwicklung des einheimischen Kapitalismus. Das ist die Grundlage für eine intensivere Ausbeutung durch die Imperialisten. Auf politischem Gebiet besänftigt eine solche Herrschaftsform die Widersprüche, die sich z.B. in Griechenland seit 1949, dem Ende des Bürgerkrieges, neu verschärft hatten.

Internationales faschistisches Zentrum

Die Errichtung des Faschismus in Griechenland war nur ein Teil der Strategie der Imperialisten im Mittelmeerraum und in Europa.

Griechenland, die Türkei, Israel und der Iran sind die Stützpunkte des Militärs, der Geheimdienste und der Erdölgesellschaften zur Beherrschung des Nahen Ostens.

Nur zwei Monate nach der Errichtung der Diktatur in Griechenland folgte der israelische Aggressionskrieg gegen die arabischen Völker und besonders das palästinensische Volk. Von griechischen Flugplätzen aus flogen getarnte US-Flugzeuge Einsätze gegen arabische Stellungen.

Von Griechenland aus wird die Spionage im Nahen Osten betrieben. So wurde z.B. 1959 ein Offizier der griechischen Armee nach Ägypten eingeschleust, um ein Spionagenetz für den CIA aufzubauen. 27 Griechen wurden in Kairo durch ein Militärgericht abgeurteilt.

Die Niederschlagung der palästinensischen Revolution, der reaktionäre Wandel der ägyptischen Politik und der neue Stützpunkt der 6. US-Flotte in Piräus ebenso wie das Vordringen der BRD-Kapitalisten im Iran sind Teile des heutigen Gesamtbildes, das den Druck der Imperialisten auf den Nahen Osten zeigt.

Die zypriotische Regierung wird offen erpreßt, weil sie nicht bereit ist, die Unabhängigkeit Zyperns aufzugeben. Die Militärdiktaturen in Griechenland und der Türkei betreiben die gewaltsame Zweiteilung Zyperns und seine Verwandlung in einen riesigen NATO-Stützpunkt.

Ende März fand ein Geheimtreffen statt, bei dem neue USA-Waffenlieferungen für Griechenland vereinbart wurden. Es sollen 36 Phantom-Jagdbomber geliefert werden, um die griechische Luftwaffe „zur Stärkung der südlichen NATO-Flanke" zu modernisieren. Die Kosten trägt das griechische Volk: 8 Mill. DM für jeden Bomber. Auch die „Waffenhilfe im Rahmen der NATO" durch die BRD ist wieder aufgenommen worden.

Vor einiger Zeit wurde der Brief eines griechischen Agenten an den Premierminister Papadopoulos bekannt. Er schildert darin Gespräche mit Angehörigen der italienischen Armee und Polizei. Dabei wurde eine Zusammenarbeit und Aktionen vereinbart. Die griechische Armee habe nach Meinung der italienischen Militärs Erfolge gehabt, die auch in Italien angestrebt werden müßten. Die Polizei habe die Vorschläge mit großem Interesse studiert und sei sehr beeindruckt gewesen von der Rolle der griechischen Militärpolizei. Der Agent berichtet weiter von „der Entwicklung unserer Aktionsgruppen in Italien".

Drehpunkt der griechisch-italienischen faschistischen Zusammenarbeit ist der NATO-Stützpunkt in Neapel. Doch der Erfahrungsaustausch dieser Kreise geht auch noch auf andere Weise vor sich. Der italienische Faschist Pino Rauti organisierte Studienreisen italienischer Jungfaschistengruppen nach Griechenland. Auf der Insel Korfu gibt es eine Kolonie von italienischen Faschisten und Aristokraten. Dazu gehört ein militärisches Trainingslager für Jugendgruppen.

Rauti ist jetzt verschiedener Bombenattentate angeklagt, die die italienische Linke belasten und das Klima für einen faschistischen Umsturz schaffen sollten. Die in den letzten Wochen in der BRD explodierten Bomben dienten derselben Absicht.

Am 29.10.71 besuchte Franz Josef Strauß Griechenland in geheimer Mission. Der Einladungsbrief von Pattakos an Strauß wurde allerdings bekannt. In kaum verhüllenden Worten werden darin die gemeinsamen Aufgaben beschworen: Errichtung einer faschistischen Herrschaft, Niederschlagung der Arbeiterklasse.

Ausländische Arbeiter – durch Terror billiger

Die Vorteile, die die Kapitalisten aus der Ausbeutung ausländischer Arbeiter ziehen, lassen sich durch Terror noch verstärken. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß sich Abgesandte der griechischen Militärjunta in der BRD frei bewegen können. Sie genießen vielfach konsularischen Schutz oder arbeiten mit den Geheimdiensten zusammen. Sie versuchen, mit Terror, Bespitzelung und Drohungen die ca. 250.000 griechischen Arbeiter und Arbeiterinnen in der BRD einzuschüchtern:

So wurden z.B. in Vaihingen Griechen durch Angehörige eines sogenannten „Griechischen Zentrums" bedroht und zusammengeschlagen. Aus Angst um ihre Familien und um sich nicht eine Rückkehr nach Griechenland unmöglich zu machen, verzichteten die Opfer auf polizeiliche Verfolgung der Täter.

Der griechische Geheimdienst KYP hat die Militärmission in Bonn angewiesen, gegen „juntafeindliche Personen" vorzugehen. Es wird meist mit dem Entzug des Reisepasses gedroht. In griechische Organisationen sollen Agenten eingeschleust werden.

So wurde versucht, den griechischen Studentenbund „Hellas" in Hamburg faschistisch zu unterwandern.

Es wurde auch bekannt, daß griechische Agenten ohne deutsche Kontrolle mit amerikanischen Geräten in der BRD Telefone abgehört haben.

Gestützt auf entsprechende Ausländergesetze verfolgen auch die deutschen Behörden im Interesse der Kapitalisten das Ziel, die ausländischen Arbeiter gefügig zu machen:

In Baden-Württemberg wurde ein Grieche, der mehrfach um politisches Asyl gebeten hatte, verhaftet, in ein Flugzeug gesetzt und ausgeliefert.

Die westdeutschen Behörden haben die volle inhaltliche, personelle und finanzielle Verantwortung für die Ausbildung ausländischer

Kinder in der BRD. Deshalb ist es besonders bezeichnend, daß die 16.000 grieschischen Schulkinder in deutschen S chulen von juntatreuen Geheimdienstlehrern an faschistischen Schulbüchern unterrichtet werden. Demokratische Lehrer finden keinen Schutz, wenn sie unter Druck gesetzt werden. Lehrerkonferenzen fanden im griechischen Konsulat statt.

In Hilkerode im Harz isolierte ein Kapitalist 100 griechische Arbeiterinnen in einem Arbeitslager. Er verweigerte ihnen das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und verstieß gegen Tarifverträge und Arbeitsschutzbestimmungen. Die Vorfälle wurden bekannt, als 40 dieser Arbeiterinnen in die IG Metall eintraten. Sie wurden nun damit bedroht, sie bei der Militärjunta als Kommunisten anzuzeigen. Fast alle traten wieder aus und verloren auch bald ihre Arbeitsplätze an neu angekommene Griechinnen.

Die westdeutschen Kapitalisten sorgen dafür, daß die griechische Pressezensur auch auf die BRD ausgedehnt wird:

In den Sonderprogrammen für Griechen im 3. Programm der ARD dürfen keine Kommentare mehr gesendet werden. Dies war von der Militärjunta als Gegenleistung für den Abschluß bestimmter Geschäfte mit westdeutschen Firmen angeblich gefordert worden. Mit Hilfe der CDU wurde die Forderung durchgesetzt.

Der Leiter der griechischen Sendungen im bayrischen Rundfunk, Bakojannis, wurde gemaßregelt. Er hatte in einer Nachrichtensendung über die Krise der griechischen Wirtschaft berichtet. Daraufhin wurden die Firmen AEG und Siemens in Bonn vorstellig und forderten Maßnahmen gegen Bakojannis und gegen die griechischen Sendungen der „Deutschen Welle". Sie wiesen hin auf die wohl erwünschte „Aufrechterhaltung guter wirtschaftlicher Beziehungen zu Griechenland.

Der Widerstand

Die Militärclique hat nicht die Unterstützung der Massen des griechischen Volkes. Sie versucht nun auf verschiedene Weisen mit den inneren Widersprüchen fertig zu werden. Perioden scheinbarer Demokratisierung wechseln ab mit Perioden des Terrors. Nachdem es im Frühjahr zu den ersten offenen Streiks nach dem Putsch gekommen war, begann im Herbst letzten Jahres eine neue Verhaftungswelle:

Am 18.10.71 wurden 37 Demokraten und Sozialisten verhaftet, darunter zwei ZK-Mitglieder der Kommunistischen Partei Griechenlands (Inlandsfraktion) sowie Mitglieder der PAM (Patriotische Antidiktatorische Front).

Am 24. 1. 72 wurden 8 Mitglieder der PAK (Panhellenische Befreiungsbewegung) zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt. Sie erklärten vor Gericht, sie seien gefoltert worden.

Am 2. 5. 72 wurden 25 Studenten in Athen und Saloniki verhaftet, weil sie Demonstrationen gegen das Regime geplant und damit gegen das Kriegsrecht verstoßen hätten.

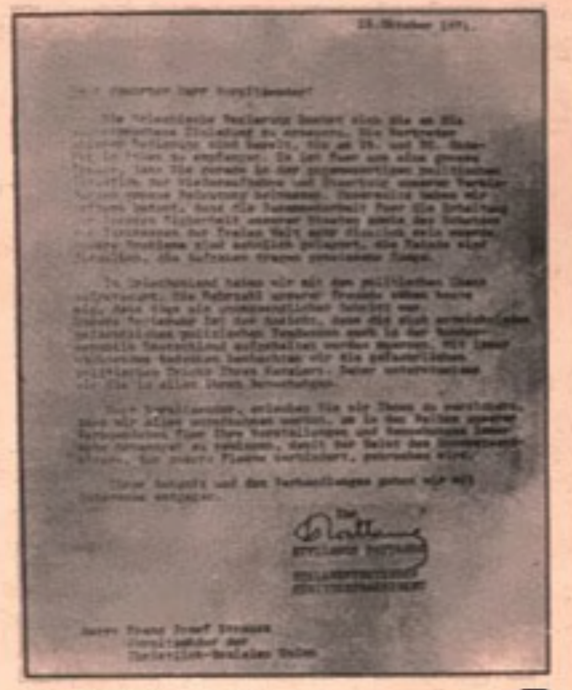
Anfang Mai wurden drei Griechen unter der Anschuldigung verhaftet, 19 Bombenattentate verübt zu haben.

Am 22. 5. 72 befahl ein Gericht die Auflösung zweier gemäßigt demokratischer Organisationen. Die Vorsitzenden und mehrere Mitglieder wurden verhaftet.

Der griechische Widerstand ist organisatorisch und politisch stark zersplittert. Dies ist zurückzuführen auf die Erfahrungen der Arbeiterklasse in ihrer Niederlage im Bürgerkrieg und beim Putsch. Die dauernden l arten Maßnahmen der Militärjunta können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Widerstand möglich ist und ständig stattfindet. Fast täglich explodieren Bomben, werden Flugblätter verteilt oder Versammlungen abgehalten. Die von den Imperialisten gewünschte politische Totenstille ist nicht eingetreten. Die Widerstandsorganisationen versuchen jetzt den langen Weg der Überzeugung und der Organisierung der Massen zu gehen.

Aus der faschistischen Ausbeutung des griechischen Volkes zieht die Kapitalistenklasse der USA und der BRD einen Teil ihrer Macht.

Die Arbeiter Griechenlands stehen deshalb auf einer Seite mit den Arbeitern Westdeutschlands im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen Imperialismus und Reaktion.



Einladung von Pattakos an Strauß

15. Oktober 1971.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Die Griechische Regierung beehrt sich die an Sie ausgesprochene Einladung zu erneuern. Die Vertreter unserer Regierung sind bereit, Sie am 29. und 30. Oktober in Athen zu empfangen. Es ist fuer uns eine grosse Freude, dass Sie gerade in der gegenwaertigen politischen Situation der Wiederaufnahme und Staerkung unserer Verbindungen grosse Bedeutung beimessen. Unsererseits haben wir oefters betont, dass die Zusammenarbeit fuer die Erhaltung der inneren Sicherheit unserer Staaten sowie des Schutzes der Interessen der Freien Welt sehr dienlich sein wuerde. Unsere Probleme sind aehnlich gelagert, die Feinde sind dieselben, die Aufgaben tragen gemeinsame Zuege.

In Griechenland haben wir mit dem politischen Chaos aufgeraeumt. Die Mehrzahl unserer Freunde sehen heute ein, dass dies ein unumgaenglicher Schritt war. Unsere Regierung ist der Ansicht, dass die sich entwickelnden gefaehrlichen politischen Tendenzen auch in der Bundesrepublik Deutschland aufgehalten werden muessen. Mit immer wachsenden Bedenken beobachten wir die gefaehrlichen politischen Tricks Ihres Kanzlers. Daher unterstuetzen wie Sie in allen ihren Bemuehungen.

Herr Vorsitzender, erlauben Sie mir Ihnen zu versichern, dass wir alles unternehmen werden, um in den Reihen unserer Verbuendeten fuer Ihre Vorstellungen und Bemuehungen immer mehr Anhaenger zu gewinnen, damit der Geist des Unverstaendnisses, der unsere Plaene verhindert, gebrochen wird.

Ihrer Ankunft und den Verhandlungen gehen wir mit Interesse entgegen.

Ihr

STYLI ANOS PATTAKOS

STELLVERTRETENDER MINISTERPRAESIDENT

Herrn Franz Josef Strauß
Vorsitzender der
Christlich-Sozialen Union

Solidarität mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes

Am 9. Mai begannen die USA-Imperialisten mit der Verminung der Küsten und Häfen und einer noch stärkeren Bombardierung der Demokratischen Republik Vietnam. In Südvietnam wurde der Bombenterror gegen das im Aufstand befindliche Volk verstärkt.

Die USA führen diesen Krieg, um die Befreiung der Völker Indochinas zu verhindern und ihren Einfluß über die wirtschaftlichen Schätze dieses Gebietes aufrechtzuerhalten. Sie führen diesen Krieg zur Aufrechterhaltung ihres politisch-militärischen Brückenkopfes in Asien, ihres Aufmarschgebietes gegen die Volksrepublik China. Sie führen darüberhinaus diesen Krieg, um andere von ihnen unterdrückte Völker davon abzuschrecken, dem Beispiel des indochinesischen Befreiungskampfes zu folgen.

Die von Nixon angeordneten Maßnahmen werden den vietnamesischen Befreiungskampf nicht aufhalten. Sie treffen aber mit brutaler Grausamkeit die Bevölkerung dieses Landes und provozieren militärische Zusammenstöße mit der Volksrepublik China und der Sowjetunion.

In aller Welt lösten diese neuen Verbrechen des USA-Imperialismus Empörung und Proteste aus. Alle antiimperialistischen Kräfte waren aber auch voll Freude und Zuversicht angesichts der Erfolge des vietnamesischen Volkes.

In Demonstrationen zeigten sie ihre Solidarität. Einige Beispiele aus aller Welt:

* USA: In 23 Staaten fanden Demonstrationen statt, in vielen Städten wurden Verwaltungsgebäude besetzt. Die Polizei verhaftete mehrere Tausend Menschen und schoß auf Demonstranten. In einigen Städten wurde der Belagerungszustand verhängt.
* Südamerika: US-Botschaften gingen in Flammen auf.
* Australien: In Sidney und an der ganzen australischen Küste traten Hafenarbeiter und Seeleute in Proteststreiks.
* Italien: In Rom demonstrierten 60.000 Menschen gegen den USA-Imperialismus.

Auch überall in Westdeutschland gab es Protest- und Solidaritätsdemonstrationen.

Aktionseinheit notwendig

Gerade die antiimperialistischen Demonstrationen gegen die verbrecherische Politik Nixons und die Solidaritätsbekundungen mit dem um seine Freiheit kämpfenden vietnamesischen Volk machen es notwendig, daß sich demokratische, sozialistische und kommunistische Organisationen und Gruppen zusammentun. Notwendig ist es, auf möglichst breiter Basis, in möglichst großen und eindrucksvollen Demonstrationen das gemeinsame Anliegen aller fortschrittlichen Kräfte, nämlich Protest gegen die US-imperialistische Kriegspolitik und Solidarität mit der vietnamesischen Revolution, zum Ausdruck zu bringen.

Alle fortschrittlichen Organisationen hätten die Pflicht, parteipolitische und weltanschauliche Differenzen gegenüber anderen Gruppen hinter dieses gemeinsame Anliegen zurückzustellen ... wenn sie es wirklich ehrlich meinen mit ihrem Protest gegen die imperialistischen Verbrechen und mit ihrer Solidarität gegenüber der vietnamesischen Revolution. Die verschiedenen Organisationen werden es sich gefallen lassen müssen, wenn die Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit ihrer Politik gerade auch an dieser Frage gemessen wird.

Wir berichten hier über Vietnam-Demonstrationen der letzten Wochen in verschiedenen westdeutschen Städten und untersuchen dabei auch das Verhalten verschiedener Organisationen hinsichtlich ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit in diesem Punkt mit anderen Gruppen:

Westberlin

Korrespondentenbericht

Anfang April gründete sich in Westberlin ein „Initiativkomitee für eine Vietnam-Demonstration" aus



Westberlin: Massenkundgebung von 15.000 Menschen gegen Bombenterror der US-Imperialisten

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 7

Vertretern verschiedener fortschrittlicher Studentengruppen. Ziel des Komitees war die Herstellung einer möglichst breiten Aktionseinheit für eine Solidaritätsdemonstration am 22. 4., dem Welt-Vietnamtag.

Auf der 2. Sitzung des Komitees überraschte die „KPD" mit dem Schnack, sie selber habe „zufällig" just am selben Abend beschlossen, auch eine Demonstration zum 22.4. zu organisieren. Sie habe schon Verhandlungen geführt mit dem KSV und der „Liga gegen den Imperialismus" (mit sich selber also, denn was sind diese Organisationen anderes als Ableger der „KPD"). Da ihnen die Einheit plötzlich sehr am Herzen zu liegen schien, forderten sie die anderen Organisationen auf, sich ihrem Parteiladen anzuschließen.

Das Initiativkomitee ist natürlich auf diese Frechheit nicht eingegangen. Die Demonstration fand ohne „KPD" statt.

Auch die SEW (westberliner Schwesterpartei der DKP) beteiligte sich nicht. Ihre Begründung war, es würde die Arbeiter verwirren, wenn eine Woche vor dem 1. Mai noch eine Demonstration stattfinden würde.

Trotz dieser Spaltungsversuche war die Demonstration ein voller Erfolg. Fast 15.000 Menschen demonstrierten unter den Parolen „Frieden in Vietnam", „Stop dem Bombenterror", „Amis raus aus Vietnam", „Sofortige Rückkehr der USA an den Verhandlungstisch", „Abzug der USA aus Indochina" und „Solidarität mit dem vietnamesischen Volk".

Weitere Demonstrationen fanden am 12. und 13. Mai statt. Zur Demonstration am 12. Mai war erst ein Tag vorher vom Initiativkomitee aufgerufen worden. Darum fanden sich nur ca. 2.000 Demonstranten ein.

Am 13. Mai veranstalteten die Alliierten wie jedes Jahr eine Truppenparade. Anläßlich dieser Parade war es schon mehrmals in den letzten Jahren zu zum Teil blutigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei gekommen.

In diesem Jahr säumten wieder viele Demonstranten die Aufmarschstraße. Sie hißten Vietcong-Fahnen und riefen antiimperialistische Parolen. Zuschauer und sogar französische Soldaten solidarisierten sich mit den Demonstranten gegen den Vietnamkrieg und den Terror der britischen Truppen in Nordirland. Am Nachmittag beteiligten sich ca. 10.000 Menschen an einer weiteren Solidaritätsdemonstration. Es kam zu Übergriffen der Polizei, wobei sich die Bevölkerung mit den Demonstranten solidarisierte.

Frankfurt

In Frankfurt beteiligten sich am 9. Mai über 3.000 Menschen an einer spontanen Demonstration.

Trotz polizeilichem Verbot gab es am 12. (3.000 Teilnehmer) und 18. Mai (über 3.000) weitere Demonstrationen, die auch unter der Losung standen: „Kampf dem Demonstrationsverbot, für demokratische Rechte!" An diesen Demonstrationen beteiligte sich teilweise auch die DKP, die in Frankfurt vergleichsweise schwach ist.

Flensburg

Auf der Grundlage einer einheitlichen Linie für die Agitation und Propaganda wurde in Flensburg ein Aktionskomitee „Vietnam Solidarität" von 11 Organisationen – u.a. KB und DKP – gebildet. Es handelte sich um das breiteste Bündnis, das in Flensburg bisher zustandegekommen ist. Durch diese Politik wurden die Super-„Linken" in Flensburg („KPD/ML"-ZB) bis an den Rand der politischen Liquidierung isoliert.

Vom 15. bis 19. Mai wurde ein Informationsstand aufgestellt. Am 19. Mai fand eine Kundgebung und Demonstration statt, die u.a. die folgenden Losungen führte:

„Solidarität mit dem Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes!"
„Für den Sieg der Völker Indochinas gegen den US-Imperialismus!"

Das Bündnis und die Aktionen werden vom KB/Gruppe Flensburg als wichtiger Erfolg angesehen.

Hamburg

Selbstdarstellung statt Solidarität Sektierertum statt Massenlinie

In Hamburg dagegen kam es zu drei verschiedenen Demonstrationen. Die Gründe hierfür sind typische Beispiele „linken" und rechten Sektierertums.



Frankfurt: Tausende protestieren gegen US-Terror in Vietnam

Gleich am 9. Mai hatte eine verdienstreiche demokratische Studentenorganisation (ESG) alle in Hamburg vertretenen Gruppen zu einem breiten Bündnis eingeladen.

Die Revisionisten beteiligten sich am ersten Gespräch mit mehreren Gruppen aber ohne die „leider verhinderte" DKP und entlarvten die Unehrlichkeit ihrer Politik durch ein wahrhaft dummdreistes Manöver.

Sie erklärten einen ebenfalls nicht anwesenden „Arbeitskreis Vietnamaktion" (AKV) zum einzig legitimierten Träger einer Vietnam-Demonstration, die er auch bereits vollständig vorbereitet habe. Am Ende des sehr mühsamen Gesprächs stellte sich dann heraus, daß erstens der Vorsitzende des AKV von einer Demonstration („noch") gar nichts wußte und daß zweitens alle übrigen Vertreter im AKV sich gar nicht in Hamburg aufhielten und also weder etwas beschlossen noch vorbereitet haben konnten. Es hat dann auch später keine vom AKV getragene Demonstration stattgefunden.

Im weiteren Gesprächsverlauf täuschten die Revisionisten einerseits Bündnisbereitschaft vor. So wurde u.a. darüber verhandelt, die Parole „Für den Sieg im Volkskrieg" durch „Für den Sieg des vietnamesischen Volkes" zu ersetzen. Stimmte aber der KB zu, dann zogen sie sich auf die „prinzipielle" Aussage zurück, daß sie zusammen mit dem KB sowieso nicht unterzeichnen würden, daß eine Aktionseinheit mit dem KB für die Revisionisten „prinzipiell nicht in Frage kommt". Was diese Herrschaften auf solchen Bündnisverhandlungen wohl überhaupt wollen?

Am zweiten Gesprächstag setzten die Vertreter dieser Organisationen eine solche Politik des Hinhaltens und der Spaltungsversuche fort. Deshalb schlug der KB eine Abstimmung über die folgende Resolution vor:

„Die hier vertretenen Organisationen verhandeln gleichberechtigt über die gemeinsame Durchführung einer Solidaritätsdemonstration für den Kampf des vietnamesischen Volkes. Sie bemühen sich um eine möglichst breite Basis für diese Aktion. Sie stellen für diese Aktion keine Vorbedingungen, außer daß sie gegen die Verbrechen des US-Imperialismus kämpft und den Kampf des vietnamesischen Volkes propagiert.

Wir schlagen vor, ein Aktionskomitee zu bilden, das für die Durchführung der Demonstration verantwortlich ist."

Der rechtsopportunistische Block von 13 Organisationen erklärte, daß er an der Abstimmung nicht teilnehme und schloß sich damit selbst aus dem Bündnis aus. Er führte dann einige Tage später (17. Mai) im Universitätsgelände eine Kundgebung und anschließend eine Demonstration in die Innenstadt mit ca. 200 Teilnehmern durch.

Die unterschiedlichen Ergebnisse in Hamburg und Flensburg erklären sich aus dem unterschiedlichen Kräfteverhältnis zwischen KB und DKP. Ziel der Politik der rechtsopportunistischen Führer ist in Hamburg eine Spaltung des Bündnisses von Demokraten und Sozialisten und, wo sie dabei Niederlagen erleiden, eine Verhinderung oder Verzögerung der Aktionen. Es wird unsere Aufgabe sein, darauf in Zukunft mit einer Politik zu antworten, die noch konstruktiver ist und die noch mehr Initiative entwickelt.

Alle übrigen anwesenden Organisationen stimmten der Resolution zu.

Kernpunkt der weiteren Auseinandersetzung war, daß linkssektiererische Gruppen die Parole „Nieder mit dem sowjetischen Sozialimperialismus!" in den Vordergrund der Agitation und Propaganda rükken wollten. Dazu ist folgendes zu sagen:

Das vietnamesische Volk erhält von der Sowjetunion eine beträchtliche materielle Unterstützung. Sowjetische Schiffe sind im Hafen von Haiphong von amerikanischen Bombenangriffen getroffen worden und durch die Verminung der Seewege aktuell gefährdet. In dieser Situation und bei diesem Anlaß zum Kampf gegen die Sowjetunion aufrufen zu wollen, ist eine Provokation gegenüber dem vietnamesischen Befreiungskampf und der westdeutschen Arbeiterbewegung.

Die Linkssektierer veranstalteten am 15. Mai eine „Demonstration" mit 500 Teilnehmern.

Diese Demonstration war die reihste Selbstdarstellung ihrer Veranstalter und hatte mit Solidarität gegenüber der vietnamesischen Revolution nicht das Geringste mehr zu tun: Die erste (kleinere) Hälfte des Zuges war in 3 lächerlich kleine Blocks aufgeteilt. Im ersten Block marschierte die sog. „KPD". im zweiten Block die „KPD/ML-ZK", im dritten schließlich die „KPD/ML-ZB". Jede dieser drei selbsternannten „Avantgarden des Proletariats" war bemüht, durch überdimensionale Transparente, auf dem der jeweilige Name ihrer Gruppe prangte, sich selbst herauszuputzen. Parolen, die die Solidarität mit der vietnamesischen Revolution ausdrücken sollten, verschwanden dahinter. In der zweiten größeren Hälfte des Zuges marschierten in 2 Blöcken verschiedene trotzkistische Organisationen, ebenfalls mit riesigen Parteischildern vornweg.

Die rechtsopportunistischen und linkssektiererischen Organisationen gehen von einer falschen Einschätzung unserer Politik aus. Sie übersehen, daß der KB im Interesse der Arbeiterklasse notwendige Aktionen, gestützt auf seine eigenen Kräfte, durchführen kann und wird. Gerade bei der Veranstaltung von Solidaritätsdemonstrationen halten wir jedoch ein breites Bündnis von Demokräten und Sozialisten für erforderlich. Damit ein solches Bündnis zustandekommt, führen wir eine ehrliche konstruktive Politik. Dies hat der KB bei früheren Anlässen ebenso wie bei dieser Vietnamdemonstration unter Beweis gestellt. Aus diesem Grunde werden sich Organisationen, für die Selbstdarstellung wichtiger als Solidarität und Sektierertum wichtiger als Massenlinie ist, unweigerlich sowohl vor den demokratischen und sozialistischen Bündnisorganisationen als auch vor den Massen entlarven und sich isolieren.

Die Demonstration

Getragen von einem Bündnis von 8 Organisationen fand schließlich am 18. Mai eine Solidaritätsdemonstration für den Kampf des vietnamesischen Volkes mit ca. 1.200 Teilnehmern statt.

Sie stand unter den Losungen:
Für den Sieg im Volkskrieg!
Für nationale Unabhängigkeit und Souveränität der Völker Indochinas!
Sofortiger und bedingungsloser Abzug aller US-Truppen aus Indochina!
Sofortige Aufhebung der Blockade Nordvietnams!
Sofortige Einstellung der Bombenangriffe auf Indochina!
Einheit der Völker im Kampf gegen nukleare Erpressung!
Kampf dem Bündnis von US- und BRD-Imperialismus!
Es lebe der antiimperialistische Kampf der Völker der Welt!

■

1. Mai 1972

In großen und vielen Demonstrationen, Kundgebungen und anderen Veranstaltungen trat ein Teil der westdeutschen Arbeiterklasse dieses Jahr am 1. Mai für seine Forderungen ein. Hunderttausende von Arbeitern, Angestellten und fortschrittlichen Menschen aus anderen Schichten hielten der Kapitalistenklasse ihre Parolen entgegen. In vielen Städten rief der DGB zu Demonstrationen und öffentlichen Kundgebungen auf:

- 90.000 demonstrierten in Dortmund in 2 gewaltigen Zügen. Hier fand die zentrale Kundgebung des DGB statt. Es war zugleich die größte Demonstration am 1. Mai in Westdeutschland.
- 25.000 versammelten sich in München auf dem Königsplatz zu der anschließenden größten Demonstration seit Ende der 50er Jahre in dieser Stadt. Allein in Bayern führte der DGB rund 350 Veranstaltungen durch, die von zigtausend Arbeitern besucht wurden. So in Augsburg, Nürnberg, Fürth, Würzburg, Regensburg, Nördlingen und vielen anderen Städten.
- 14.000 demonstrierten in Bremen. 3.000 davon in Bremen-Nord, unter meist klassenkämpferischen Transparenten und roten Fahnen. 10.000 Arbeiter sangen in Mannheim nach einer mächtigen Demonstration am Ende der Abschlußkundgebung die „Internationale", das Kampflied der Arbeiterklasse. 8.000 Arbeiter führten in Köln die größte Mai-Demonstration seit Kriegsende durch. 10.000 Kollegen demonstrierten in Braunschweig.

Neben diesen größten Demonstrationen der westdeutschen Arbeiter führte der DGB noch eine große Zahl von kleineren Demonstrationen durch. Allein in Hessen beteiligten sich ca. 100.000 Arbeiter an 120 Maiveranstaltungen des DGB, davon 3.000 an einer Demonstration in Frankfurt. Im Ruhrgebiet wurden, außer der zentralen Demonstration des DGB in Dortmund, noch viele weitere Demonstrationen durchgeführt, so u.a. in Essen mit 3.500 und in Oberhausen mit 3.000 Arbeitern. In Norddeutschland wurde – neben den größten Veranstaltungen in Bremen und Braunschweig – noch in vielen weiteren Städten demonstriert: u.a. in Hannover (4.000), Göttingen (2.500), Wilhelmshaven (2.500), Preetz (2.000), Bremerhaven (1.000) usw.

In vielen Städten sind diesen Mai-Demonstrationen heftige innergewerkschaftliche Kämpfe vorausgegangen. Vielfach wurden die DGB-Führer durch den „Druck der Basis" zu diesen für die Arbeiterbewegung so wichtigen Demonstrationen und öffentlichen Kundgebungen gezwungen. Zu gern hätten sich viele örtliche DGB-Führungen auch diesen 1. Mai wieder zu „Saalveranstaltungen mit geladenen Gästen" zurückgezogen. In einigen Städten gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und den DGB-Führern um die aufzustellenden Kampfparolen und die Inhalte der Reden (vgl. Bericht aus Göttingen).

Überall versuchten die Gewerkschaftsführer die Demonstrationen der Arbeiter in sozialdemokratische Wahlveranstaltungen umzufunktionieren. Sie versuchten damit die Forderungen der Kollegen – seien sie nun politisch oder wirtschaftlich – auf Bahnen umzuleiten, die die Kapitalisten nicht schmerzen. So wurde von den offiziellen Rednern auf DGB-Kundgebungen die „Reform- und Friedenspolitik" der SPD/FDP-Regierung in den Himmel gelobt. In den Reden dieser Sprecher – alles sogenannte „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens", tatsächlich hohe SPD-Politiker und Gewerkschaftsführer – erschienen dann das arbeiterfeindliche BVG als ein Geschenk einer „Arbeiterregierung" an die Arbeiter und die „Neue Ostpolitik" wurde dargestellt als Politik, die einzig und allein gemacht wurde, um den Arbeitern „Frieden und Ausgleich mit dem Osten" zu bescheren usw. Häufig hatten die Redner – Brandt, Schiller und Vetter z.B. in Dortmund – bei den Arbeitern noch Erfolg, häufig kam ihre soziale Demagogie aber nicht mehr an und sie ernteten Pfeifkonzerte und Buhrufe.

Leider weigerten sich auch dieses Jahr wieder die DGB-Führungen in wichtigen Industrie-Städten zu Demonstrationen aufzurufen. Stattdessen führten sie geschlossene Saalveranstaltungen mit geladenen Gewerkschaftsfunktionären und „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" durch. Die Arbeiter sollten ausgesperrt bleiben. In dieser Situation haben sich kommunistische und fortschrittliche Gruppen und Organisationen vielfach entschlossen, zu gewerkschafts-oppositionellen Demonstrationen aufzurufen. Naturgemäß sind solche Demonstrationen z.T. wesentlich kleiner, als offizielle DGB-Demonstrationen. Dies zeigt den noch immer bestehenden Einfluß der reaktionären DGB-Führung in der Arbeiterklasse. Dennoch gab es auch hier beachtliche Demonstrationen:

- In Westberlin demonstrierten über 30.000 Menschen auf einer Demonstration, die von SEW und einer Reihe kommunistischer und sozialistischer Gruppen durchgeführt wurde. Es ist dies die größte Demonstration der Westberliner Linken seit vielen Jahren. Die DGB-Führer feierten derweil im Saal.
- In Hamburg folgten 4.000 Demonstranten dem Mai-Aufruf des KB und fast 3.500 Demonstranten dem Aufruf eines „Aktionszentrums" (vgl. Bericht).
- Kleinere gewerkschafts-oppositionelle Demonstrationen und Kundgebungen wurden noch durchgeführt in Freiburg vom BKA mit 700 Menschen, in Kiel von der „Roten Garde" mit 1.000, in Wolfsburg vom KB mit ca. 300 und in Flensburg vom KB mit ca. 250 Personen. In Rüsselsheim riefen sozialistische Ausländergruppen zu einer Demonstration auf.

Insgesamt gingen an diesem 1. Mai sehr viel mehr Menschen auf die Straße als noch im letzten Jahr. Der Druck der Arbeiter auf die DGB-Führungen hat sich gesteigert. Den DGB-Führern ist es schwerer gefallen, die Arbeiter mit Saalveranstaltungen an der Nase herumzuführen. Die Kritik der Arbeiter an den Reden und Ausführungen der DGB-Führer ist deutlicher und lauter geworden.

In diesen Demonstrationen drückt sich eine erhöhte Bereitschaft für politisches Engagement bei vielen Arbeitern aus. Die aktuelle Regierungskrise in Bonn schaffte darüberhinaus bei vielen Kollegen erhöhte politische Aufmerksamkeit und auch Mobilität.

Darin sehen nun verschiedene Gruppen einen „machtvollen Aufschwung der Arbeiterbewegung und kommunistischen Bewegung in Westdeutschland" und einen „gewaltigen Schritt zur Einheit (der Arbeiter) gegen die umfassenden Angriffe des Monopolkapitals". (KAZ München, Nr. 23 der Arbeiter-Basis-Gruppen) Der KB-Bremen meinte gar in völliger Überschätzung seines Einflusses in der Bremer Arbeiterschaft: „Die Massen am 1. Mai folgten mehrheitlich den Aufrufen und Losungen des KBB", während die „große Zahl (der 14.000 Bremer Demonstranten) . . . nicht durch die Aktivität des DGB zustande gekommen" war. (vgl. „Wahrheit" Nr. 4 des KBB)

Derartige Jubelberichte, die zudem den Einfluß der reaktionären DGB-Führungen in der Arbeiterklasse völlig falsch einschätzen, dienen niemandem und trüben nur den Blick für die Realitäten des Klassenkampfes in Westdeutschland.

Es darf nicht übersehen werden, daß es bisher nur ein vergleichsweise kleiner Teil der westdeutschen Arbeiterklasse war, der dieses Jahr am 1. Mai auf die Straße ging. Es darf auch nicht übersehen werden, daß es den Gewerkschaftsführern zumeist noch gelungen ist, Parolen und Inhalte der Reden allein und im Sinne der „Sozialpartnerschaft" mit den Kapitalisten zu bestimmen. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, daß örtliche kommunistische und sozialistische Gruppen bemüht waren, den Demonstrationen einen möglichst klassenkämpferischen Ausdruck zu verleihen. Zumeist blieben diese Gruppen aber eine Minderheit innerhalb der Demonstrationszüge. Nur selten solidarisierten sich sehr große Teile der demonstrierenden Arbeiter mit den Parolen der Kommunisten und Sozialisten, auch wenn hier teilweise beachtliche Erfolge erzielt werden konnten.

Sektiererisches und teilweise auch einfach kindisches Auftreten einiger „kommunistischer" Gruppen auf diesen Demonstrationen erschwerten zudem eine Solidarisierung der Arbeiter mit klassenkämpferischen Forderungen. So glaubten offensichtlich einige super-„linke" Schreihälse auf der Abschlußkundgebung in Göttingen, die DGB-Führer am besten „entlarven" zu können, wenn sie ihnen nur ordentlich laut und oft genug ihr „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!" entgegenschleuderten. Daß damit keine Solidarisierung unter den Arbeitern erreicht werden kann, sondern eher genau das Gegenteil, liegt auf der Hand.

Auch in diesem Jahr haben wieder einige super-„linke" Spalter-Gruppen zu eigenen Demonstrationen aufgerufen, allen voran die verschiedenen „KPD/ML"'s und die selbsternannte „KPD" aus Westberlin. Diese Gruppen bemühten sich weder um eine Aktionseinheit mit anderen Gruppen, noch beteiligten sie sich – dort wo sie es gekonnt hätten – an den Demonstrationen des DGB. Weit davon entfernt sich mit den breiten Massen der Arbeiter zusammenzutun und diesen zu helfen, die kapitalhörigen Gewerkschaftsführer zu entlarven, führten sie ihre eigenen Mini-Umzüge nach dem Motto „klein aber mein" durch.

Der Einfluß der Super-„Linken" ist allerdings gegenüber letztem Jahr stark gesunken.

Hamburg

4000 Menschen folgten dem Aufruf des KB

Bericht des KB/Gruppe Hamburg

Nachdem klar wurde, daß die Hamburger DGB-Führer auch dieses Jahr wieder „im Saal feiern" würden, statt zu Demonstration und öffentlicher Kundgebung am 1. Mai aufzurufen, unternahm der KB initiativ Anstrengungen, um eine einheitliche gewerkschafts-oppositionelle Mai-Demonstration durchzuführen.

An alle politisch links stehenden Organisationen und Gruppen in Hamburg, wie auch an die Vertrauenskörper und Betriebsräte der wichtigsten Hamburger Betriebe wurden schriftlich Aufforderungen geschickt, sich über eine einheitliche Mai-Demonstration zu verständigen. Es sollte ein Aktionsbündnis aller fortschrittlichen Kräfte angestrengt werden. Die Resonanz unserer Bemühungen war sehr gering. Statt dessen riefen später einige Gruppen und Organisationen zu „eigenen" Mai-Demonstrationen auf und ignorierten damit die Bemühungen des KB um einheitliches Vorgehen aller derjenigen Kräfte, die den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse durch öffentliche Demonstration zum Ausdruck bringen wollten. So gab es in Hamburg 2 Demonstrationen, genau genommen sogar 5.

Die größte Demonstration war die des KB und seiner Bündnisorganisationen. Seinem Aufruf folgten insgesamt ca. 4.000 Menschen zum „Platz der Republik" in Altona. Unter der zentralen Parole „Gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse – die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse" marschierte der Zug ca. 2. Stunden durch die Arbeiterviertel Altona und Eimsbüttel zur Abschlußkundgebung, an der noch über 3.000 Menschen teilnahmen.

Bis auf eine „Sozialistische Studentengruppe", die sich der Demonstration im eigenen Block und mit eigenen Parolen anschloß (Hauptstoß gegen die SPD, gegen die ‚Ostverträge' usw.), marschierten die Demonstranten unter den Parolen, wie sie in der Mai-Plattform des KB (vergl. AK 17) dargelegt wurden.

Auf der Anfangskundgebung auf dem „Platz der Republik" knüpfte der Sprecher des KB noch einmal an die Erfahrungen an, die die Kollegen in den letzten Tagen anläßlich des Regierungssturzes durch CDU/CSU gemacht haben. Er berichtete von der spontan entstandenen Kampfbereitschaft der Arbeiter in Hamburg und anderswo gegen die Machenschaften der westdeutschen Parlamentarier. Die dahinterstehende Taktik der Kapitalistenklasse mache deutlich, worauf es diesen Herrschaften in nächster Zeit ankommt: Durch Regierungsübernahme der offen reaktionären CDU/CSU soll ein wesentlich schärferer Kurs gegen die Arbeiterklasse eingeschlagen werden. Soll der schon im letzten Jahr eingeleitete reale Lohnabbau noch zügiger durchgesetzt werden. Sollen kommunistische und sozialistische Organisationen der Arbeiterklasse möglichst sofort verboten werden. Sollen Rundfunk und Fernsehen endgültig auf CSU/Löwenthal-Linie gleichgeschaltet werden. Sollen die Reste innergewerkschaftlicher Demokratie gänzlich abgebaut werden und mit ihnen möglichst auch gleich das Streikrecht und die gewerkschaftliche Vertrauensleute-Organisierung im Betrieb. Soll jede linke Kritik – einschließlich der liberalen – an der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft möglichst vollkommen zerschmettert werden.

Insbesondere machte der Redner darauf aufmerkdam, daß dieser Versuch der offenen Reaktionäre die Regierungsgewalt zu übernehmen, nicht der letzte sein wird. Er wies auf die von den Kollegen gemachte Erfahrung hin, daß SPD- und DGB-Führer sich derartigen Versuchen keineswegs konsequent widersetzen würden, sondern im Gegenteil, ihre Hauptaufgabe offensichtlich darin sehen, die Arbeiterklasse in solchen Situationen ruhig zu halten, sie politisch zu desorientieren. Hier tritt neben dem Konkurrenzverhalten von Regierung und Opposition auch das Spiel mit verteilten Rollen zwischen CDU/CSU und SPD/DGB-Führern klar hervor. Dies mache deutlich, daß alle diese Herrschaften letztlich bestimmte – wenn auch nicht dieselben – Funktionen für die Kapitalisten gegen die Arbeiterinteressen erfüllen: Während CDU/CSU im Auftrag der Kapitalisten einen schärferen Kurs gegen die Arbeiter vorbereiten und durchsetzen wollen, beschwichtigten SPD- und DGB-Führer – ebenfalls im Interesse der Kapitalisten – die Arbeiter: Sie sollen um Himmels Willen ruhig bleiben und alles geduldig hinnehmen. Das aber kann die Arbeiterklasse nicht akzeptieren. Sie muß und wird ihre Interessen gegen die offenen Reaktionäre vom Schla-



Mai-Kundgebung des KB

Forts. Seite 13

Göttingen

Beachtlicher Erfolg der Gewerkschafts- opposition



Kundgebung auf dem Göttinger Platz

Bericht der AGL

Fast 2.000 Menschen demonstrierten mit roten Fahnen und z.T. klassenkämpferischen Parolen und Transparenten durch die Stadt zum Marktplatz. Hier fand die Abschlußkundgebung des DGB statt.

Der geschäftsführende Vorsitzende des Göttinger DGB, Siegfried Krüger, hielt die Rede, in der er unter starken Protesten der Demonstranten sich bemühte, Werbung für die SPD und die sozialliberale Regierung zu machen. Immer wieder wurde er von Sprechchören unterbrochen, wie etwa: „Kampf dem KPD-Verbot" – Kampf dem Berufsverbot." Es gelang den Göttinger DGB-Führern nicht, Demonstration und Kundgebung zu einer sozialdemokratischen Wahlveranstaltung zu machen.

Vorbereitet wurde der 1. Mai in Göttingen durch einen Mai-Ausschuß, dem je ein Vertreter der Einzelgewerkschaften und Personengruppen des DGB angehörten.

Dieser Mai-Ausschuß bestimmte die Redner (keine sog. „Prominenten", sondern 2 Kollegen aus dem Betrieb, ein Jugendlicher und ein älterer Kollege), legte die inhaltliche Linie der Reden fest und verabschiedete einen Parolen-Katalog für die Demonstration.

Die 4 Hauptparolen waren:
– Für die Einheit der Arbeiterklasse und aller Werktätigen
– Gegen die Abwälzung der Krise auf den Rücken der Arbeiterklasse durch politische Entrechtung und verschärfte Ausbeutung
– Vereinigung der internationalen Arbeiterklasse mit den kämpfenden Völkern gegen den Imperialismus
– Gegen alle Spaltungsversuche – Arbeiterjugend ist Teil der Arbeiterklasse.

Die Vorstellungen der Kollegen im Mai-Ausschuß mußten gegen den entschiedenen Widerstand des DGB-Kreisvorstandes durchgesetzt werden. Als dieser seine Felle davonschwimmen sah, sollte eine Kreisdelegiertenkonferenz einberufen werden, die endgültig über Parolen, Reden usw. entscheiden sollte.

Hier sollte nach den Vorstellungen der DGB-Führer durchgesetzt werden, daß z.B. „für Ratifizierung der Ostverträge" in den Mittelpunkt der Parolen gesetzt wird und in den Reden die SPD als ‚Friedenskraft' und ‚konsequente Arbeiterpartei' beweihräuchert wird.

Der Kreisvorstand erhielt allerdings auf dieser Delegierten-Versammlung eine Schlappe: Trotz eifriger Bemühungen der ‚linientreuen' SPD- und DKP-Mitglieder stimmte die Mehrheit der Delegierten den Vorstellungen des fortschrittlichen Mai-Ausschusses zu. In dieser Situation warf Kreisvorsitzender S. Krüger die gewerkschaftliche Demokratie vollends über Bord. Er griff in die Diskussion der Delegierten ein, indem er darauf hinwies, daß die „endgültige Entscheidungen allein der Kreisvorstand trifft" und „daß diese Versammlung keine Entscheidungbefugnisse" hätte. So also sollte der Hase laufen.

Der Kreisvorstand verstümmelte dann die vom Mai-Ausschuß verabschiedeten Parolen. Begriffe wie „Arbeiterklasse", „sozialistisch" verschwanden ganz. Parolen wie „Kampf dem KPD-Verbot – Kampf Berufsverbot" wurden gestrichen. Auf diese Weise versuchte der Kreisvorstand seine klassenversöhnlerische Linie durchzusetzen. Um sein Gesicht aber einigermaßen zu wahren, mußte der Kreisvorstand auch einige fortschrittliche und klassenbewußte Parolen stehen lassen. Z.B.: „Raus aus der konzertierten Aktion – weg mit Lohnleitlinien", „Gegen den Abbau demokratischer Rechte" und „für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in Betrieb, Behörde, Schule und Hochschule."

Das vom Mai-Ausschuß verabschiedete Parolen-Paket war so gut, daß es auch nach der politischen Kastration durch den Kreisvorstand noch wichtige Forderungen der Arbeiterklasse zum Ausdruck brachte.

S. Krüger versuchte zwar in seiner Mai-Rede auf die fortschrittlichen Kampfparolen möglichst wenig einzugehen, aber immerhin haben die gewerkschaftsoppositionellen Kräfte einen beachtlichen Sieg über die rückschrittlichen und klassenversöhnlerischen DGB-Führer errungen. Daran konnte auch nichts ändern, daß die DKP-ler sich eifrig bemühten, den Kreisvorstand in jeder Situation zu unterstützen. Als der Kreisvorstand dann noch die Jugendvertreter-Rede völlig veränderte, alle entscheidenden politischen Stellen strich, verweigerte der Sprecher, diese Rede zu halten. Statt dessen mußte Krüger die von ihm zusammengestrichene Rede selbst vorlesen, was ihm auf der Mai-Kundgebung ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert und Buh-Rufe einbrachte.

Zensurversuche gescheitert

Bremerhaven

Bericht des KB/Gruppe Bremerhaven

In Bremerhaven war die DGB-Führung bemüht, den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse abzubauen. Nach den für Bremerhavener Verhältnisse recht starken Demonstrationen in den letzten Jahren war ein Rückzug zu einer Saalveranstaltung für die DGB-Führer allerdings zu gewagt. Hatten doch erst wenige Tage zuvor 3.500 Werftarbeiter anläßlich der Bonner Regierungskrise mit spontanen Streiks und Demonstration zum Theodor-Heuss-Platz ihre Kampfentschlossenheit gezeigt.

Nach dem Willen dieser Gewerkschaftsführer wurde dann statt am 1. Mai am 30. April demonstriert. So hofften die Gewerkschaftsführer daß nur sehr wenige Kollegen kommen würden und sie damit das ihnen willkommene „Argument" hätten, daß nur noch wenig Interesse an „gewerkschaftlichen Mai-Umzügen" bei den Arbeitern bestehen würde.

Um dieses Konzept zu durchkreuzen, rief der KB zu möglichst breiter Beteiligung an der Demonstration auf. Es beteiligten sich dann auch über Tausend Kollegen. Die Gewerkschaftsführer waren bemüht, solche Schilder und Transparente, die ihnen nicht in ihr klassenversöhnerisches „Für eine bessere Welt"-Konzept paßten aus der Demonstration herauszuhalten. So meinte z.B. der 2. DGB-Kreisvorsitzende Oethen (SPD) zu dem Transparent „Gegen die Angriffe der Kapitalistenklassenkasse – die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse", daß er „ja parteipolitisch dagegen" sei. Der Versuch dieses und andere ihm unangenehme Transparente zu verbieten mißlang allerdings, da aufmerksame Kollegen die Zensurversuche beobachteten und keinerlei Verständnis für derartige Maßnahmen hatten. Oethen mußte wegen des Widerstandes vieler fortschrittlicher Kollegen aufgeben. Dafür wetterte später die lokale bürgerliche Presse über „linksextreme Parolen" in der Mai-Demonstration.



Mai-Demonstration in Bremerhaven bürgerliche Presse wettert über „linksradikale Parolen"

Auf der Kundgebung versuchten die DGB-Sprecher erwartungsgemäß ihren sozialdemokratischen Schmuß an den Mann zu bringen. Sie lobten das arbeiterfeindliche BVG, schwatzten davon, daß es keine Ausbeutung mehr gäbe und forderten schließlich gar die Regierung dazu auf, „politische Maßnahmen" gegen die Kapitalisten zu ergreifen, um diese von Preistreiberei und ständigen Profiterhöhungen abzuhalten.

Auch auf den versuchten Regierungssturz wurde eingegangen. So führte DGB-Redner Lembke aus: „Die Herren, die Hitler die Steigbügel hielten, unterstützen die Bestrebungen, die sozial-liberale Regierung zu stürzen!" Soweit gut und richtig. Aber wer nicht mehr dazu zu sagen hat, führt nicht den Kampf gegen die Kapitalistenklasse, sondern verschleiert letzten Endes den Kern der Sache: Ebensowenig wie die Hintermänner von Barzel und Strauß waren Hitlers Steigbügelhalter irgendweiche unbelehrbaren Reaktionäre, sondern hinter Strauß und Barzel steht die Kapitalistenklasse, wie sie auch seinerzeit hinter Hitler stand. Und der Gegner der Kapitalistenklasse ist nicht die sozial-liberale Regierung, sondern die Arbeiterklasse.



Frankfurt: 3.000 folgten dem Aufruf des DGB

Aktionsbündnis der Linken fiel ins Wasser

Frankfurt

Bericht des KB/Gruppe Frankfurt

Rund 3.000 Menschen – dreimal so viel wie letztes Jahr – demonstrierten in Frankfurt am 1. Mai vom Opernplatz zur gewerkschaftlichen Abschlußkundgebung vor dem DGB-Haus. Der Demonstrationszug war weitgehend geprägt durch die Fahnen und Transparente der verschiedenen sozialistischen und kommunistischen Gruppen und Organisationen. Sehr starke Blocks bildeten auch die ausländischen Arbeiter, vor allem Griechen, Türken und Spanier. Die türkischen und spanischen Arbeiter bekannten sich eindeutig zum Kommunismus und führten entsprechende Parolen und Transparente mit. DGB-Funktionäre und DKP-Anhänger demonstrierten vor allem „für die Ratifizierung der Ostverträge."

Der Vorsitzende des hessischen DGB-Landesbezirks Armin Clauss, hielt das Hauptreferat auf der Abschlußkundgebung. Wie in der bürgerlichen Presse angekündigt, stand die angebliche Friedenspolitik der

Größte Mai-Kundgebung seit Kriegsende

Bremen

Auf den beiden vom DGB veranstalteten Mai-Demonstrationen marschierten insgesamt ca. 15.000 Personen, 12.000 durch die Innenstadt, 3.000 in Bremen-Nord. Das Bild der Demonstrationen und der abschließenden Kundgebung war geprägt von roten Fahnen und klassenkämpferischen Parolen: „Gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse – die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse" – „Weg mit den Lohnleitlinien" – „Weg mit der Friedenspflicht für Betriebsräte" usw.

Die Bremer DGB-Führer hatten zuvor alles unternommen, um einer Mai-Demonstration den klassenkämpferischen Ausdruck zu rauben. Ihnen lag die Mai-Kundgebung vom letzten Jahr noch schwer im Magen: 10.000 Kollegen zwangen damals durch Rufen von klassenkämpferischen Parolen den sozialdemokratischen Minister Ehmke zum Abbruch seiner Rede. Unter diesem Eindruck sprach sich der IGM-Ortsvorstand überhaupt gegen eine öffentliche Kundgebung aus. Statt dessen schlug er eine Saalveranstaltung vor, die man besser im Griff behalten könnte. Der IGM-Ortsvorstand wurde allerdings von den Vorständen der anderen Gewerkschaften überstimmt.

Danach beschlossen die Bremer DGB-Führer verschiedene Maßnahmen, die ihnen geeignet erschienen, die Mai-Kundgebung zu einer sozialdemokratischen Wahlveranstaltung umzufunktionieren.

Es wurde beschlossen, daß alle in der Demonstration mitgeführten Transparente vorher zu genehmigen seien. Diese Maßnahme brachte allerdings nichts: die fortschrittlichen Kollegen und die Kommunisten setzten sich über diese Anordnung hinweg. Sie erschienen auf der Demonstration mit solchen Parolen und Transparenten, die die Forderungen der Arbeiterklasse zum Ausdruck brachten. Darüberhinaus konnten in gewerkschaftlichen Gremien und Vertrauenskörpern vorher verschiedene korrekte Parolen, die der sozialdemokratischen Konzeption („Bildung und Mitbestimmung verändern die Welt") direkt ins Gesicht schlugen. Auf der Demonstration selbst sammelten sich die Kollegen dann hauptsächlich hinter den klassenkämpferischen Parolen, sodaß die DGB-Führer weitgehend isoliert waren.

Eine weitere Anordnung der Bremer DGB-Führer verbot allen nicht-DGB-Mitgliedern die Teilnahme an Demonstration und Kundgebung. Dagegen setzte der KB-Bremen seinen Aufruf an alle aktiven Gewerkschafter, möglichst viele unorganisierte Kollegen zur Demonstration mitzubringen, um sie so an den organisierten Kampf ihrer Klasse heranzuführen.

Die DGB-Führer verabredeten mit der Polizei direkte Zusammenarbeit, um ihre Anordnungen durchzusetzen. Vergebens. Die Mehrheit der Kollegen stand gegen diese Maßnahme der DGB-Führer, sodaß diese machtlos waren.

Zum Abschluß der Kundgebung sangen Tausende von Kollegen ohne Unterstützung durch Lautsprecher die „Internationale", das internationale Kampflied der Arbeiterbewegung. (Nach „Wahrheit" Nr. 4 – Organ des KBB)



Mai-Demonstration des KB in Wolfsburg



300 Kollegen schließen sich der Mai-Demonstration des KB an

Bericht des KB Wolfsburg

Schon seit Jahren hat der DGB darauf verzichtet, zu einer Mai-Demonstration und Kundgebung unter freiem Himmel aufzurufen. Stattdessen gab es Saalveranstaltungen im Gewerkschaftshaus. So auch in diesem Jahr wieder. 1000 Kollegen kamen, fast die Hälfte bekam keinen Platz im Saal. Der Hauptredner der Saalveranstaltung Steffen (SPD) gab sich sehr wortradikal, vermied es aber, die konkreten Aufgaben der nächsten Zeit auch nur zu erwähnen.

Der KB und seine Bündnisorganisationen bemühten sich seit langem auf den DGB-Kreisvorstand einzuwirken, damit dieser zu einer gewerkschaftlichen Mai-Demonstration aufrufe. Vergeblich. Als die grundsätzliche Ablehnung des DGB-Kreisvorstandes klar war, propagierte der KB eine Demonstration im Anschluß an die Saalveranstaltung. 300 Kollegen, darunter viele italienische Arbeiter, schlossen sich dieser Demonstration an. Diese, ausschließlich von Kommunisten organisierte Demonstration ist für Wolfsburger Verhältnisse ein beachtlicher Erfolg.

Insbesondere der immer wiederkehrende Sprechchor „gegen Barzel, gegen Strauß – jagt sie aus dem Bundeshaus", brachte die am Rande der Demonstration stehenden DKP-Führer in arge Bedrängnis. Hatten sie doch bisher ihrem Anhang (hauptsächlich Schüler) immer wieder vorgelogen, der KB unterstütze die CDU. So waren die DKP-Führer jetzt eifrig damit beschäftigt, ihre Schüler von einer Beteiligung an der Mai-Demonstration abzuhalten.

Der KB hat schon lange zuvor der DKP Angebote gemacht für eine gemeinsame Planung und Durchführung einer Mai-Demonstration, worauf die DKP-Führer aber überhaupt nicht eingingen. So hatten sie sich selbst isoliert.

sozial-liberalen Regierung, sowie deren „Reform-Politik" im Mittelpunkt seiner Ausführungen, die immer wieder von starken Mißfallensbekundungen der Demonstranten unterbrochen wurden. Selbst die bürgerliche Presse mußte zugeben: „Armin Clauss mußte sehr laut reden, um seine bessere Welt unter die Leute zu bringen." (FR. v. 2.5.)

Verschiedene sozialistische und kommunistische Gruppen – u.a. auch der KB – bemühten sich in Vorbereitung auf den 1. Mai um eine Aktionseinheit aller sozialistischen Kräfte in Frankfurt. Ziel dabei sollte nach Möglichkeit sein, sich unter gleichen Parolen in einem einheitlichen Block an der Demonstration zu beteiligen. Dieses Vorhaben scheiterte allerdings. Zu unterschiedlich waren die politischen Vorstellungen der verschiedenen Gruppen. Manchen Gruppen war nicht einmal klar, was Sinn und Zweck einer Demonstration am 1. Mai überhaupt sei. Andere Gruppen stiegen aus den Bündnisgesprächen mit so dürftigen Erklärungen aus, daß sie „gegenwärtig (ihre) Aufgaben nicht klarlegen könnten und auch nicht bestimmen könnten, was die Arbeiterinteressen seien und daher auch keine Mai-Forderungen aufstellen" könnten. (KSV/FFM)

Neben der DGB-Demonstration gab es noch 2 weitere Demonstrationen in Frankfurt. Eine davon am 30. April mit ca. 4–500 Beteiligten. Sie wurde als „Jugenddemonstration" ausgerufen und von 3 trotzkistischen Gruppen organisiert. Eine 3. Demonstration wurde von verschiedenen „KPD/MLs" durchgeführt. Die Veranstalter dieser Spalterdemonstration rechneten zwar mit 700 Personen. Es kamen aus Frankfurt aber nur ca. 150 und aus Marburg und Gießen weitere 100.

Mannheim

10.000 Kollegen sangen die "Internationale"

Korrespondentenbericht

Rund 10.000 Kollegen versammelten sich am 1. Mai zur gewerkschaftlichen Abschlußkundgebung auf dem Marktplatz in Mannheim. Die Teilnehmer dieser Kundgebung marschierten zuvor in 2 verschiedenen Demonstrationen dorthin:



Mannheim: Demonstration . . .

Ca. 5.000 Kollegen marschierten mit roten Fahnen und z.T. klassenkämpferischen Parolen auf Schildern und Transparenten vom Messplatz ab. Dort versammelten sich zuvor viele Kollegen und warteten auf den Zug der MWM-Kollegen (Motorenwerke Mannheim). Diese trafen in einem geschlossenen Zug – vornweg eine betriebseigene Blaskapelle – auf dem Messplatz ein. Die dort wartenden Kollegen reihten sich in den Zug ein. Ein Block von ca. 150 demokratischen und sozialistischen Studenten aus Heidelberg (Mitglieder und Sympathisanten der KG-NRF) schloß sich ebenfalls dem Zug mit eigenen Parolen an.

Ein zweiter Demonstrationszug, der von der Gewerkschaftsjugend organisiert wurde, zog mit ca. 2.000 Kollegen vom Wasserturm zum Marktplatz. Eine ca. 30 Mann starke Gruppe von Mitgliedern und Sympathisanten des KAB/ML demonstrierte hier mit.

Die Mannheimer Gewerkschaftsführer hofften, durch die Organisierung dieses besonderen Zuges der Gewerkschaftsjugend, rote Fahnen und klassenkämpferische Parolen aus dem Hauptzug heraushalten zu können.

Erwartungsgemäß versuchten die beiden Redner des DGB, Jäger (Mannheimer DGB-Vorsitzender) und Hauenschild (1. Vorsitzender der IG-Chemie), ihren klassenversöhnlerischen Plunder an den Mann zu bringen. So wurde die Brandt-Scheel-Regierung aus vollem Hals gelobt. So wurde behauptet, daß Brandt wegen seiner „Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis" „neues Glück für das deutsche Volk" gebracht hätte. Da wurde das arbeiterfeindliche BVG als „großer Fortschritt" gepriesen usw. usf. Immer wieder wurden die Reden dieser beiden Herren von Pfiffen und Buh-Rufen unterbrochen.

Für die Gewerkschaftsjugend sprach Kollegin Elisabeth Brück. Ihre Rede erhielt viel Beifall. Sie betonte den Charakter des 1. Mai als internationalen Kampftag der Arbeiterklasse und sprach sich gegen die vielerorts von den Gewerkschaftsführern durchgeführten Saalveranstaltungen aus. Sie betonte den notwendig gemeinsamen Kampf von Arbeitern, Angestellten und Lehrlingen für ihre Lebensrechte und kritisierte das arbeiterfeindliche BVG. Sie sprach sich gegen die von den Kapitalisten intensivierte Wehrpropaganda an unseren Schulen aus und protestierte im Namen der Mannheimer Gewerkschaftsjugend gegen das Berufsverbot von Demokraten und Kommunisten im öffentlichen Dienst. Sie forderte „Kampf gegen Friedens- und Schweigepflicht" für Betriebsräte und Jugendsprecher und wies auf die Notwendigkeit von gemeinsamen Tarifverhandlungen von jugendlichen und älteren Kollegen hin. Für diese und andere klassenbewußte Forderungen, erhielt Kollegin Brück immer wieder den stürmischen Beifall der 10.000 Kollegen auf dem Marktplatz.



. . . und Kundgebung am 1. Mai

Zum Schluß der Kundgebung sangen die versammelten Kollegen Kampflieder ihrer Klasse: „Brüder zur Sonne, zur Freiheit" und „Die Internationale". Bei diesem Kampflied der Kommunisten und aller klassenbewußten Arbeiter erhoben sich viele Tausend Fäuste. Die sozialdemokratischen Festredner zogen sich verschreckt zurück.

Flensburg

Mai-Kundgebung des KB

Bericht des KB / Gruppe Flensburg

Die Flensburger DGB-Führung war auch dieses Jahr wieder nicht bereit, eine Demonstration und öffentliche Kundgebung zu organisieren. Statt dessen organisierte sie einen „Tanz in den Mai" am 30. April.

Die Begründung des DGB-Kreisvorstandes war die übliche: in der Arbeiterschaft herrsche keine Bereitschaft für Kampfmaßnahmen mehr. Die Flensburger Arbeiter, allen voran die Werftarbeiter der FSG/FWN, haben diese Behauptung nur wenige Tage vor dem 1. Mai Lügen gestraft: Angesichts des drohenden Regierungswechsels in Bonn legten 1.200 Kollegen der Flensburger Werft für 1 Stunde die Arbeit nieder. Bei NOPI streikten die Kollegen 10 Minuten. Die Vertrauenskörper von FSG/FWN, Danfoss und Anthon & Söhne vereinbarten eine gemeinsame Demonstration aller Kollegen für den Fall einer Regierungsübernahme durch die offen reaktionäre CDU/CSU.

Anfänglich genehmigte der Kreisvorstand des DGB dem KJA (Kreisjugendvorstand) die Durchführung einer Demonstration und Kundgebung am 1. Mai, wenn garantiert werden könnte, daß diese Veranstaltung von mindestens 100 Teilnehmern getragen werden würde. Nach einer KJA-Informationsveranstaltung am 18. 4. mit 70 Teilnehmern, liquidierte der KJA-Vorsitzende und SPD-Karrierist Mädel den Plan einer Mai-Veranstaltung. Begründung hierfür war offensichtlich die Tatsache, daß es Mädel auf der Informationsveranstaltung nicht gelungen war, die klassenversöhnlerische Politik der Gewerkschaftsführung durchzusetzen.

Nachdem auch der KJA zurückgezogen hatte, rief der KB zu einer eigenen Mai-Kundgebung für die Flensburger Arbeiter auf. Eine Aufforderung an DKP und SDAJ zu einer gemeinsamen Planung und Durchführung dieser Veranstaltung wurde von den Revisionisten ignoriert.

Die Kundgebung auf dem Südermarkt wurde von ca. 250 Kollegen besucht. Viele Passanten blieben stehen und hörten sich interessiert die Ausführungen eines Sprechers des KB an. Nach Auflösung der Kundgebung bildeten sich viele Diskussionsgruppen, die noch lange über Reden und Parolen des KB diskutierten. Diese Veranstaltung ist zwar in keiner Weise mit den Mai-Kundgebungen vor 10 – 12 Jahren zu vergleichen, als noch bis zu 10.000 Kollegen vom Ostseebad zum Südermarkt zogen. Dennoch ist wieder ein kleiner und bescheidener Anfang gemacht worden, nachdem sich die Flensburger DGB-Führer in den letzten Jahren zu Tanzveranstaltungen zurückgezogen haben.

8000 in Köln

Bericht der KOMMUNISTISCHEN INITIATIVE (KI) KÖLN

In Köln marschierten 4000 Demonstranten im gewerkschaftlichen Zug. Etwa 8000 versammelten sich schließlich auf dem Neumarkt zur zentralen gewerkschaftlichen Kundgebung. Das sind für Köln die höchsten Teilnehmerzahlen bei einer Maikundgebung seit Kriegsende.

Sehr viel deutlicher als beispielsweise im letzten Jahr kam der klassenkämpferische Aspekt des 1. Mai heraus. So sprach auch der DGB-Redner Franz Woschech von einem „Klassenkampf von oben". Im Demonstrationszug dominierten rote Fahnen und politisch bewußte Parolen.

Während von der revisionistischen DKP nur ein paar Ratifizierungsplakate zu sehen waren, bildete das Sozialistische Maikomitee, das von der „Kommunistischen Initiative" (KI) Köln und der „Kommunistischen Gruppe Köln" (KGK) gebildet und von trotzkistischen Genossen unterstützt wurde, einen geschlossenen Block von etwa 300 Personen. Das sozialistische Maikomitee hatte dafür zuvor auf der Grundlage eines politischen Aktionsprogramms eine gemeinsame intensive Agitations- und Propagandaarbeit entfaltet. Der Block der Kommunisten war einer der Kernteile der Demonstration und bedeutet einen unzweifelhaften Fortschritt für die Kölner Bewegung.

Es kam dem sozialistischen Maikomitee zugute, daß die super „linken" Gruppen der sog. „KPD" und „KPD/ML-ZB" auf ein Kölner Auftreten verzichteten und sich stattdessen in Dortmund zwecks antigewerkschaftlicher Mini-Demonstration absonderten. Den Aufruf zur Teilnahme an einer breiten Aktionseinheit hatten sie ignoriert.



Köln: Abschlußkundgebung mit 8.000 Beteiligten

Freiburg

2 Mai – Demonstrationen

Die Freiburger DGB-Führer lehnten Demonstration und öffentliche Kundgebung zum 1. Mai ab. Statt dessen gaben sie für „die Spitzen des öffentlichen Lebens" einen „festlichen Empfang" im Kaufhaussaal.

Um dennoch eine Mai-Demonstration zu ermöglichen, wurde von verschiedenen Kräften ein „gewerkschaftliches Mai-Komitee" gegründet. In ihm arbeiteten sowohl der „Bund Kommunistischer Arbeiter" (BKA), als auch die Revisionisten von DKP und SDAJ mit. Das Mai-Komitee sollte eine gewerkschaftsoppositionelle Mai-Demonstration vorbereiten und durchführen.

DKP und SDAJ waren bemüht, die „Ratifizierung der Ostverträge" und ihre Mitbestimmungsillusionen in den Mittelpunkt der Demonstration zu stellen. Als sie merkten, daß sie für diese sozialdemokratischen Vorstellungen keine Mehrheit im Mai-Komitee fanden, spalteten sie dies und gründeten ein eigenes „neues Maikomitee" nur eine Woche vor dem 1. Mai . . . nicht ohne sich vorher der stillschweigenden Zustimmung der Freiburger Gewerkschaftsführer zu versichern. In Flugblättern beschimpften sie dann das „gewerkschaftliche Mai-Komitee" als gewerkschaftsfeindlich.

DKP und SDAJ riefen dann unter dem Deckmantel „neues Mai-Komitee" zu einer eigenen Demonstration auf und erhielten Schützenhilfe von Jusos, SHB (Sozialdemokratischer Hochschulbund), MSB (Hochschulbund der DKP) und AStA der Universität. Die gewerkschaftlichen Jugendgruppen der IG-Metall, der IG-Druck, der ÖTV, der HBV und der IG-Chemie-Arbeitskreis lehnten allerdings eine Mitarbeit in diesem „neuen Mai-Komitee" ab. Sie unterstützten weiterhin das „gewerkschaftliche Mai-Komitee", das seine Demonstration unter klassenkämpferischen Parolen organisierte:

„Gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse – die geschlossene Kampffront der Arbeiterklasse" – „Kampf dem Abbau demokratischer Rechte" – und „Für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker"*.

Während unter diesen klassenbewußten Parolen etwa 700 größtenteils junge Kollegen und Genossen durch die Arbeiterviertel Haslach und Stühlinger marschierten, zogen 500 junge Sozialdemokraten und Revisionisten „für die Ratifizierung" durch die Innenstadt.

* Nach „Wahrheit" Nr. 4

Gewerkschafts-oppositionelle Massendemonstration

Westberlin



Abschlußkundgebung mit 30.000 Menschen

Korrespondentenbericht

In Westberlin demonstrierten ca. 30.000 Menschen in den Arbeitervierteln Neukölln und Kreuzberg. (Einige Zeitungen sprechen sogar von 40.000 und 48.000 Demonstranten). Der DGB hingegen führte eine Saalveranstaltung mit 5.000 geladenen Gästen durch.

In vielen Resolutionen hatten Mitgliederversammlungen der Einzelgewerkschaften, Landesjugendausschüsse, Vertrauensleutekörper, Belegschaftsversammlungen und sogar die Ortsverwaltung der IG Druck und Papier eine machtvolle Straßendemonstration zum 1. Mai gefordert. Auf die verschärften Angriffe der Kapitalisten auf den Lebensstandard und die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse könne nur eine machtvolle Demonstration, nicht aber eine Feierstunde der Funktionäre die richtige Antwort sein.

Die DGB-Führung hat nicht nach dem Willen dieser Gewerkschaftsmitglieder gehandelt. Begründung: Die Arbeiter hätten kein Interesse an einer Mai-Demonstration. Das ist doch offener Hohn!

Am 15. März gründete dann die SEW ein „gewerkschaftliches" Maikomitee. In Worten sprach sich die SEW für eine breite Aktionseinheit aus, („das Trennende zugunsten des Gemeinsamen zurückstellen") in der Tat schloß sie aber die Kommunisten von der Aktionseinheit aus. „Für pseudorevolutionäre und anarchistische Phrasen, für antigewerkschaftliche Politik ist bei uns kein Platz" (1. Aufruf des Mai-Komitees) „Pseudorevolutionär" und „anarchistisch" sind für sie diejenigen, die sich zur Diktatur des Proletariats bekennen, „gewerkschaftsfeindlich" ist ihrer Meinung nach die Kritik an den reaktionären Gewerkschaftsführern.

Diese Politik der Öffnung nach rechts bei gleichzeitiger verschärfter Abgrenzung nach links verfolgt die SEW seit ihrer Wahlniederlage im März letzten Jahres. Die SEW sah den Grund dafür, daß sie von der Bevölkerung nicht ins Abgeordnetenhaus gewählt wurde, darin, daß sie mit den links von ihr stehenden Gruppen und Organisationen verwechselt wurde. Daraus folgerten sie die Notwendigkeit, keine Aktionseinheit mehr mit Sozialisten und Kommunisten einzugehen und alle Parolen aus ihrem Repertoir zu streichen, die auf den Sozialismus hinweisen. So tauchte denn auf der Demonstration ihre alte Parole „Für Frieden, Demokratie und Sozialismus" nicht mehr auf. Ihre Hauptparole war „Für die Ratifizierung der Ostverträge".

Anfang April setzten sich sozialistische Arbeitergruppen, sozialistische Arbeitergruppen, sozialistische Schüler, Vertreter der „Marxistisch-Leninistischen Hochschulgruppen, Spartacus und die „Spandauer Betriebs- und Stadtteilgruppen" an einen Tisch und beschlossen ein Aktionsbündnis zum 1. Mai. Man beschloß, sich im eigenen Block mit eigenen Parolen der Demonstration der SEW anzuschließen. Außer Spartacus und „Spandauer Betriebs- und Stadtteilgruppen" einigten sich alle Organisationen auf gemeinsame Parolen. Als Hauptparole wurde festgelegt: „Gegen die politischen und ökonomischen Angriffe der Kapitalisten – die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse."

15.000 Menschen demonstrierten im Block dieses Aktionsbündnisses. Genausoviele im Block der SEW. Die SEW machte ihre Drohung, sie werde keine anderen Parolen als ihre eigenen auf der Demonstration dulden, nicht wahr. Es kam nicht zu Schlägereien.

Eine 30.000 Mann Demonstration ist in Berlin ein großer Erfolg, vor allen Dingen, wenn man bedenkt, daß im letzten Jahr die größten linken Organisationen (KB/ML-Westberlin, PL/PI und SDA) auseinandergebrochen sind.

Die große Anzahl der Demonstranten ist wohl darauf zurückzuführen, wie es auch die vielen Resolutionen gezeigt haben, daß die Kollegen die verstärkten Angriffe der Kapitalisten und des Senats auf ihre Lebensbedingungen und ihre Rechte nicht regungslos hinnehmen, daß der größte Teil der linken Studenten durch die momentan gegen sie gerichteten Angriffe noch nicht resigniert oder eingeschüchtert sind. Außerdem zeigte diese Maidemonstration auch den Protest der Arbeiter gegen den Versuch der CDU/CSU, die Bonner Regierung zu stürzen und ihren Protest gegen die Eskalation des Vietnamkrieges.

Alles in allem war die Demonstration ein Erfolg der Westberliner Arbeiter, die so machtvoll wie noch nie nach dem Krieg für ihre Forderungen demonstriert haben. Die Zeit der antikommunistischen „Freiheitskundgebungen" ist vorbei, und auch der reaktionäre DGB-Führer Sickert konnte den Arbeitern dieses Jahr ihren 1. Mai nicht versauen, indem er versuchte, die Arbeiter von der Straße weg und vor die Fernseher zu locken.

Außer dieser Demonstration fanden noch drei weitere im Wedding statt, an denen aber insgesamt nur 2.300 hauptsächliche Studenten teilnahmen. Es handelte sich hierbei um Demonstrationen der selbsternannten „KPD", zweier „KPD/ML's" (ZK und ZB) und der „KPD/ML-Neue Einheit."

Forts. von Seite 9

ge Strauß, Springer, Barzel aber auch gegen die SPD- und DGB-Führer durchsetzen.

Entsprechend dieser Ausführungen riefen die Demonstranten während ihres Marsches immer wieder: „Im Bundestag blüht Kurruption – warte Strauß, wir kommen schon! Die Macht im Staat – dem Proletariat!", „Barzel, Springer, Strauß – Arbeiter die Fäuste 'raus!" und „Flick und Thyssen üben fleißig, für ein neues 33!"

Auf der Abschlußkundgebung war der Sprecher bemüht, noch einmal die Erfahrungen des vergangenen Jahres zusammenzufassen und darzulegen, worum in der nächsten Zeit – vor allem in Betrie bund Gewerkschaft gekämpft werden muß. (Vergl. Abdruck der Abschluß-Rede am Ende des Mai-Artikels)

Die Mai-Demonstration war für die Hamburger Kommunisten ein beachtlicher Erfolg. Wie schon letztes Jahr, war auch dieses Mal wieder die Hamburger Demonstration – nach der in Westberlin – die größte gewerkschafts-oppositionelle Veranstaltung in Westdeutschland.

Eine weitere beachtlich große Mai-Demonstration wurde von einem eigens zu diesem Zweck wieder einmal öffentlich auftretenden „Aktionszentrum" durchgeführt. An dieser Demonstration nahmen 3.200 bis 3.500 Menschen unter Parolen „für den Kampf der Arbeiterjugend" und „für die Ratifizierung der Ostverträge" teil.

Was ist dieses „Aktionszentrum"? Es entstand vor mehreren Jahren, als die DGB-Jugend aus dem Jugendring ausstieg. Seinem Anspruch nach sollte das AZ gewerkschaftliche Aktionen zwischen DGB-, DAG- und Beamtenjugend koordinieren. Später schloß sich noch die SPD-Jugendorganisation „die Falken" an. In der Praxis war dieses AZ aber zu keiner Zeit Zentrum für gewerkschaftliche Aktionen. Es war von Anfang an eine Totgeburt. Keinerlei Aktivitäten gingen von ihm aus. Seit über einem Jahr bestand das AZ nur noch dem Namen nach;

Zu dieser Demonstration riefen ebenfalls auf: DKP, SDAJ, MSB (Studentenbund der DKP), SHB (Sozialdemokratischer Hochschulbung), die Studentenvertretungen (Asten) sämtlicher Hamburger Universitäten und Hochschulen, die GSG (gewerkschaftliche Studentengruppe) und eine Reihe speudo- „gewerkschaftlicher Arbeitskreise" und „Arbeitsgruppen" an verschiedenen Hamburger Hochschulen.

Die meisten dieser Organisationen, Gruppen und Gremien waren vom KB schon vor Wochen angeschrieben worden, mit der Bitte, sich über eine einheitliche Demonstration zu verständigen. Diese Gruppen nahmen aber von unserem Brief keinerlei Notiz, so daß klar wurde, daß auf dieser Seite kein Interesse an einer möglichst großen und einheitlichen Mai-Demonstration bestand. Erst ca. 1 1/2 Wochen vor dem 1. Mai, wurde die hier geplante Mai-Demonstration in der Öffentlichkeit bekannt. Der KB und seine Sympathisanten-Organisationen sind davon vorher nicht in Kenntnis gesetzt worden, bzw. nachträglich aufgefordert worden, an dieser Demonstration teilzunehmen. Dieses Verhalten ist eindeutig spalterisch und schadet den Interessen der Arbeiterklasse.

Mehr noch: wir haben Hinweise und Informationen, die aufzeigen, daß die eigentliche Absicht der Veranstalter gerade diese Spaltung war. Oder aus berufenen SDAJ-Mund: „So konnte verhindert werden, daß allzuviele wieder zum KB laufen."

In dieser Hauptstoßrichtung treffen sich die Interessen von DGB- und DKP-Führern.

Trotz der spalterischen Absicht der Veranstalter, freuen wir uns über den Erfolg dieser Demonstration. Die große Beteiligung auch an dieser Demonstration beweist ein weiteres Mal, daß eine wachsende Zahl von Menschen den Willen hat, am 1. Mai für ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele einzutreten.

2 weitere Maidemonstrationen wurden von verschiedenen selbstgekrönten „Avantgarden des Proletariats" durchgeführt. Die eine von der Westberliner „KPD." Zu ihrer Demonstration erschienen 263 Menschen (wir haben einmal genau gezählt), die meisten davon von außerhalb Hamburgs. Eine vierte Maidemonstration wurde von 2 „KPD/ML's" mit rund 400 Menschen veranstaltet. Es handelte sich dabei um eine der sog. „zentralen Veranstaltungen" dieser Gruppen, d.h. Anhänger dieser „KPD/ML's" wurden aus ganz Norddeutschland zu diesem Umzug zusammengekarrt. In einer fünften „Mai-Demonstration" – sozusagen die größte Kuriosität, die Hamburg am 1. Mai anzubieten hatte – zogen 30 Demonstranten anarchistischer und anderer Gruppen zum Hamburger Untersuchungsgefängnis.

Abschlusskundgebung der 1. Mai-Demonstration des KB Hamburg

Kolleginnen und Kollegen!
Genossinnen und Genossen!

Die Bilanz der vergangenen Jahre sieht für die Arbeiter in der Bundesrepublik nicht gut aus. Die Kapitalisten haben an allen Fronten Vorstöße gegen unsere demokratischen Rechte und gegen unsere wirtschaftliche Lage unternommen, die einen umfassenden Plan zur Unterdrükkung der Arbeiterbewegung ankündigen. Nach dem Willen der herrschenden Klasse soll das keimende Kampfbewußtsein unter den Arbeitern zerschlagen werden, ehe es die Arbeiter zu einer gegen die Kapitalherrschaft gerichteten politischen gebracht haben.

Die Lohnabschlüsse lagen im zurückliegenden Jahr sämtlichst innerhalb oder sogar unterhalb der von Schiller verkündeten Lohnleitlinien von 7 – 8 %. Obwohl teilweise großartige Kämpfe durchgeführt wurden, wenn wir an den 3-wöchigen Streik der baden-württembergischen Metallarbeiter und an die Demonstration der 40.000 in Stuttgart denken!

Im Juli vergangenen Jahres wurde in der Chemie-Industrie mit 7,8 % abgeschlossen und in diesem Jahr liegt das Ergebnis in einigen Bezirken der Chemie schon bei 6,4 %. Oktober 71 erhielten die Hafenarbeiter 7,6 %, im Dezember 71 die Metallarbeiter umgerechnet kaum 6 %. In der Stahlindustrie wurde im Januar sogar bei dem niedrigsten Ergebnis von umgerechnet 5 % abgeschlossen, in der Druckindustrie einen Monat später bei 6,4 % usw.

Gleichzeitig stiegen aber die Preise unaufhaltsam um 5 bis 6 %, wurden die Mieten immer drastischer erhöht und ebenso die Sozialabgaben und Steuern. Diese Entwicklung wird auch in diesem Jahr in gesteigertem Maße weitergehen. Und laut Schiller soll das von den Kapitalisten geschneiderte Lohnkorsett in Zukunft noch enger geschnürt werden.

Das neue Betriebsverfassungsgesetz sollte zu einem „großen Reformwerk" werden und die Rechte der Arbeiter im Betrieb „enorm verbessern". So kündigte die SPD es bereits 1969 in ihrer Regierungserklärung an. Auch die Gewerkschaftsführung – allen voran DGB-Vorsitzender Vetter – schlug kräftig die Werbetrommel dafür. Tatsächlich bringt es aber kaum eine Verbesserung, sondern sogar noch weitere Einschränkungen gegenüber dem Gesetz von 1952.

Aber schon vor diesem Gesetz haben die Repressalien gegen aktive Klassenkämpfer in den Betrieben zugenommen. Den Vertrauensleuten wird jeder erdenkliche Stein in den Weg gelegt. Bespitzelungen, Versetzungen und Entlassungen fortschrittlicher und kommunistischer Arbeiter sind an der Tagesordnung. Zudem hat auch die Kommunistenhatz in den Gewerkschaften eingesetzt.

Nach dem Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz rollt ebenso eine „Säuberungswelle" im öffentlichen Dienst. Offiziell geht es dabei gegen Radikale von links und rechts. In der Praxis sieht es aber wieder einaml so aus, daß die Rechtsradikalen und Faschisten natürlich ungeschoren bleiben. Dafür sind dann aber andererseits nicht nur die sogenannten „Linksradikalen", sondern alle aktiven und gesellschaftskritischen Demokraten vom Berufsverbot betroffen. Das wichtigste an diesem Beschluß ist, daß alle Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst ungehindert vom Verfassungsschutz bespitzelt werden lönnen.

Mit der zunehmenden Gleichschaltung der bürgerlichen Presse haben sich Rausschmisse kritischer Journalisten selbst in den Redaktionen solcher Zeitungen gehäuft, die sich bislang das Etikett „liberal und unabhängig" umhängten.

Auch die Beschlußfassung über die Ausführungsbestimmungen zur 1968 verabschiedeten Notstandsverfassung steht bevor:

* Neuauflage der alten Vorbeugungshaft-Pläne unter dem Namen „Haftgrund der Wiederholungsgefahr";
* Verschärfung auch des übrigen Haftrechts und insbesondere des Ausländerrechts;
* schärfere Grenzkontrollen;
* Stärkere Bewaffnung der Schutzpolizei und großangelegte Notstandsübungen, bei denen ganze Bezirke hermetisch abgeriegelt werden und immer häufiger von Maschinenpistolen und anderen Waffen Gebrauch gemacht wird;
* gewaltsame und brutale Räumungsaktionen gegen leerstehende Häuser, die von wohnungssuchenden Studenten und Arbeitern besetzt wurden;
* Ausbau des Bundesgrenzschutzes zu einer militärisch ausgerüsteten Bundespolizei;
* Untergliederung der sog. Heimatschutzverbände unter die Heeresleitung und Zentralisierung und Zusammenfassung aller aog. Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes;
* geplante Grundgesetzänderung für eine rechtlich abgesicherte Tätigkeit der Kriegsgerichte schon zu Friedenszeiten;
* Registrierung der gesamten Bevölkerung durch „Personenkennzeichen" nach einem neuen Bundesmeldegesetz.

Es ist doch allzu offensichtlich, daß hier vorbeugende Maßnahmen gegen eine wiedererwachende politische Massenbewegung der Arbeiter getroffen werden. Daß die Kapitalistenklasse auch nicht zögern wird – wie schon einaml 1933 bis 1945 – die Brutalität ihres ganzen Staatsapparats bis hin zum offenen Terror, zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft einzusetzen und genau zu diesem Zweck und zu nichts anderem gegenwärtig ihre Vorbereitungen trifft.

Demgegenüber sind die Arbeiter noch schlecht gerüstet. Keine dieser Maßnahmen und Aktionen des Kapitals konnte in der letzten Zeit durch eine Massenbewegung der werktätigen Bevölkerung verhindert werden. Die Arbeiterklasse befindet sich zur Zeit in der Defensive gegenüber den Schlägen des Kapitals. In den zurückliegenden Lohnkämpfen ist sicher die subjektive Bereitschaft vieler Arbeiter zu entschlossenerem Handeln gewachsen. Und auch die Warnstreiks und Demonstrationen der vergangenen Tage gegen die geplante Machtergreifung der CDU/CSU sind ein Anzeichen für ein Erwachen des politischen Bewußtseins unter den Arbeitern. Aber es ist leichtfertig und gefährlich darüber hinwegzusehen, daß die tatsächliche Kampfkraft der Arbeiter objektiv noch geschwächt ist, daß sie sogar in der Gefahr steht, weiter vermindert zu werden, da die Arbeiter ihre Kämpfe noch nicht auf der Basis einer selbständigen Klassenpolitik führen. Auch eine Kraft, die diese Kämpfe einheitlich organisieren und anleiten könnte, fehlt den Arbeitern in Westdeutschland bis heute.

Damit stehen mögliche Massenaktionen gegenwärtig in der Gefahr, daß die Kapitalisten und ihre Handlanger sie in den Griff kriegen und die Arbeiter von einer Niederlage in die andere getrieben werden.

Gerade in den Ereignissen der letzten Tage haben die SPD – und Gewerkschaftsführer erneut deutlich gemacht, daß sie nicht bereit sind, die Arbeiter gegen die Offensive der Kapitalisten zu führen. Auf Hilfe von dieser Seite zu hoffen, ist eine gefährliche Illusion.

In den kommenden Kämpfen, wie sie aufgrund der Einschätzung zu erwarten sind, wird die Arbeiterklasse auf sich selbst gestellt sein. Hier gibt es nur einen Weg: das Besinnen auf die eigene Kraft, die im gemeinsamen Handeln, in der Aktionseinheit der Arbeiterklasse besteht.

Diese Aktionseinheit ist gerade deshalb notwendig, weil es weltanschauliche Meinungsverschiedenheiten und parteipolitische Differenzen in der Arbeiterbewegung gibt. Die Kapitalistenklasse denkt nicht daran, uns die Zeit zu lassen, diese Differenzen in aller Ruhe zu klären.

Zudem ist es eine Illusion, wenn wir glauben, daß wir die Meinungsverschiedenheiten und Differenzen klären können, bevor wir den gemeinsamen Kampf aufgenommen haben.

Nur in der Aktionseinheit, nur im gemeinsamen Kampf kann sich herausstellen, welche Politik den Interessen der Arbeiter am besten dient.

Es muß für die Arbeiter konkret und anhand von eigenen Erfahrungen überprüfbar sein, welche Politik ihren Interessen am besten entspricht. Das gilt sowohl für die Tagesfragen, als auch für unsere langfristigen Ziele.

Dem Bestreben der Arbeiter nach gemeinsamem Handeln widersprechen die Anti-Kommunismus-Beschlüsse der SPD- und DKP-Führung. Aus diesem Grund müssen die Arbeiter, die in der SPD oder in der DKP organisiert sind, den Kampf gegen diese Beschlüsse aufnehmen.

★

Für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse – den Spaltern keine Chance!

★

Die Kommunisten handeln nach dem Grundsatz, für die Aktionseinheit keinerlei Bedingungen zu stellen, außer die einen, daß sich der Kampf gegen den Hauptfeind der Arbeiterklasse, gegen die Kapitalistenklasse richten muß.

Ebensowenig wie die Kommunisten anderen Organisationen der Arbeiterklasse Bedingungen stellen, sind sie bereit sich Bedingungen stellen zu lassen. Etwa der Art, daß sie sich in ihrer Propaganda in der Aktionseinheit einschränken.

Das gemeinsame Handeln, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse erfordert geradezu eine sachliche, aber scharfe Auseinandersetzung. Anders wird sich die richtige Strategie und Taktik der Arbeiterklasse nicht herausbilden können.

Gemeinsames Handeln muß aber auch in Betrieb und Gewerkschaft entwickelt werden. Wenn die Arbeiter in den letzten Tarifkämpfen einen Abbau ihrer Reallöhne hinnehmen mußten, so liegt ein wesentlicher Grund dafür auch in der sozialdemokratischen und klassenversöhnlerischen Politik der DGB-Führer. Dagegen müssen alle klassenbewußten Arbeiter den Kampf zur Durchsetzung einer konsequenten Klassenpolitik der Gewerkschaften aufnehmen. Dieser Kampf kann von niemandem anders geführt werden als von den Arbeitern selbst; dieser Kampf kann nirgendwo anders geführt werden als in den Gewerkschaften!

Deshalb müssen die Parolen, unter denen wir in der kommenden Zeit unseren Kampf in den Gewerkschaften führen, lauten:

★

Für die konsequente Klassenpolitik in den Gewerkschaften!
Für die Entwicklung der innergewerkschaftlichen Demokratie – gegen die Politik der Anpassung!
Machen wir die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse!

★

Weiter ist eine Zusammenarbeit von Betriebsräten, Vertrauensleuten und allen Arbeitern notwendig. Die Kapitalisten versuchen durch Korruption, durch gesetzlich verankerte Schweigepflicht und andere Tricks die Betriebsräte von der Arbeiterschaft zu spalten und zu gefügigen Werkzeugen ihrer eigenen Politik zu machen. Aber selbst die besten Vertrauensleute und die besten Betriebsräte sind machtlos, wenn hinter ihnen nicht eine wachsame und kampfbereite Arbeiterschaft steht, die ihnen in den Auseinandersetzungen den Rücken stärkt.

Die Wachsamkeit, Kampfbereitschaft und das sozialistische Zusammenstehen der Arbeiter in den kommenden Lohnkämpfen und im antifaschistischen Kampf, demokratischen Kampf gegen die Maßnahmen des Kapitals und die drohende Machtergreifung der CDU/CSU werden zeigen, ob der Wille von Strauß sich erfüllt. Für die Kapitalisten hat Strauß dieses Jahr „das Jahr der Prüfung vor der Entscheidung" genannt. Ob seine Rechnung aufgeht, oder ob die Arbeiter ihre Positionen im Kampf für die endgültige Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung im Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals verbessern können, wird in der Tat von entscheidender Bedeutung für die kommenden Jahre sein. Darum:

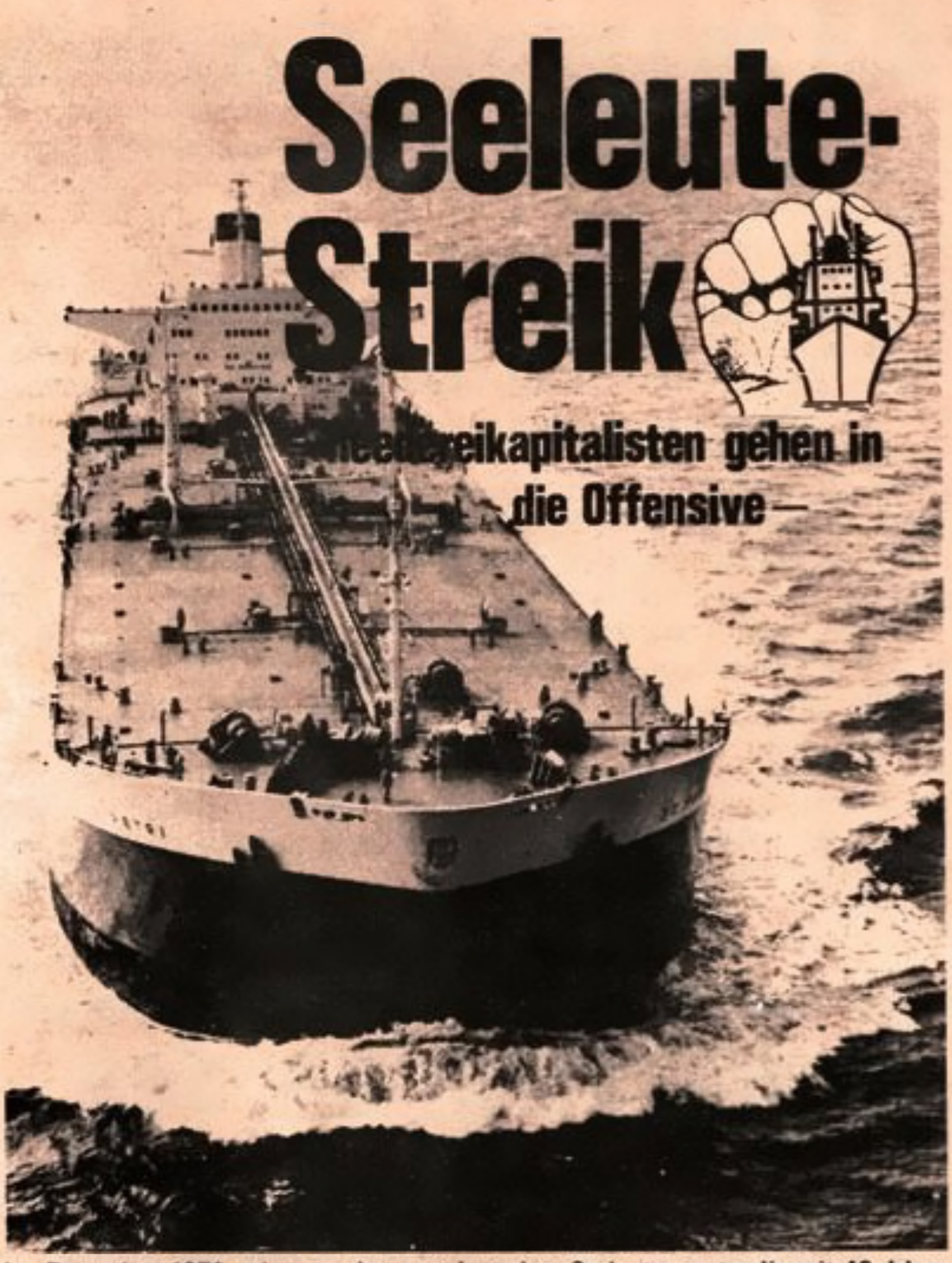
★

Gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse!
Kampf der faschistischen Formierung der Kapitalistenklasse – stoppt ihre Agenten Strauß, Barzel und Springer!

★

Seeleute-Streik

Reedereikapitalisten gehen in die Offensive –



Im Dezember 1970 gelang es den westdeutschen Seeleuten erstmalig seit 40 Jahren durch kämpferische Solidarität in spontanen Arbeitsniederlegungen ihre Forderungen durchzusetzen. Unmittelbar danach leiteten die Reederkapitalisten ihre Offensive ein, um die Folgen der sich abzeichnenden krisenhaften Entwicklung im Seetransportwesen auf den Rücken der Seeleute abzuwälzen. In ihrem Kampf zur Erhaltung und Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage haben die Seeleute in ihrem diesjährigen Lohnkampf eine Niederlage einstecken müssen.

Den Auftakt der Reederangriffe im vorigen Jahr bildete die Propagandaoffensive gegen die Schiffsbesetzungsordnung, die die Mindestbesetzung auf Seeschiffen für Nautiker und Schiffsingenieure regelt.

Eine geplante Verschlechterung dieser Regelung durch die Reederkapitalisten hatten die Seefahrtstudenten schon im Jahre 1969 durch einen 5 1/2 monatigen Unterrichtsboykott erfolgreich verhindert.

Ziel der neuerlichen Angriffe war: Schiffsbesetzungsordnung und Bemannungsordnung sollen „praktikabler" und „flexibler" gemacht werden. Die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen soll zügiger vonstatten gehen, d.h., es wird von den Reederkapitalisten versucht, einen gesetzlosen Zustand herbeizuführen, um so ihre Profite auf Kosten der Seeleute erhöhen zu können. In einem Rundschreiben der Reederei Schulte & Bruns an ihre Schiffsleitungen sieht das z.B. so aus: „Die Bemannung der Schiffe ist auf eine noch mit der Seeberufsgenossenschaft zu vereinbarende Mindestzahl herabzusetzen, sodaß eine Angleichung an die international geübte Praxis auf vergleichbaren Einheiten erreicht wird . . . Die legale Reduzierung von Mannschaften auf den übrigen Schiffen soll zunächst durch Erteilung von Ausnahmegenehmigungen erwirkt werden . . . Im übrigen bitten wir anzustreben, daß Arbeiten in größerem Umfang als bisher durch die Besatzung ausgeführt werden . . .".

Um die für sie lästigen Bestimmungen in Heuertarif, Schiffsbesetzungs- und Unfallverhütungsvorschriften zu unterlaufen, gingen die Reederkapitalisten im Frühjahr 71 dazu über, ganze Flotten unter sogenannte „billige Flaggen" zu setzen. Um ihren Manövern den Anschein der Legalität zu verleihen, gründeten die deutschen Reederkapitalisten Scheinfirmen in den Ländern, die sich in Abhängigkeit des westdeutschen Imperialismus befinden.

Kesseltreiben auf fortschrittliche Gewerkschafter

Ihren Protest gegen die Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage sowie gegen das arbeiterfeindliche Betriebsverfassungsgesetz gaben 2 000 Seeleute auf einer Kundgebung im „Zillertal" im Oktober 1971 zum Ausdruck. Am Tage der Seeleutekundgebung hatte die Konzernleitung der Hamburg-Süd (Oetker) zu einem sogenannten Informationsabend eingeladen mit der Bemerkung, man werde ja sehen, wer zur Reederei halte und wer zum „Zillertal" gehe. Zu dieser Strategie paßte auch die Verunsicherungstaktik, mit der versucht wurde, den Zillertalbesitzer davon abzubringen, sein Lokal für die Veranstaltung zur Verfügung zu stellen. Das nämlich sollten lancierte Anrufe (Vorsicht, die wollen deinen Laden auseinandernehmen, die schlagen dir alles kurz und klein, da werden Molotow-Cocktails geschmissen) erreichen. Gerüchte wurden in Umlauf gesetzt, wonach Funktionäre des Studentenverbandes Deutscher Seefahrtschulen in der DDR ausgebildet werden und die DDR Seeleuteaktionen finanziere.

Unter dem Eindruck der Veranstaltung im „Zillerta[illegible] [illegible]tellte der Verband Deutscher Ree[illegible] HAMBURGER ABENDBLATT [illegible]esorgnis fest, daß in der Gewerksch[illegible] ÖTV-Seeschiffahrt offensichtlich linksradikale Einflüsse die Oberhand gewinnen."

Im März 1971 berichtete der Verband Deutscher Reeder in seinem Organ KEHRWIEDER nach einer einleitenden Auseinandersetzung mit der DAG-Schiffahrt von einem Gewerkschaftsvertreter, der vor dem Verkehrsausschuß des Bundestages am 21. Januar (einen Monat nach dem erfolgreichen Kampf der Seeleute im Dezember 1970) folgende Erklärung abgegeben hatte: „Die Gewerkschaften befinden sich seit einer Reihe von Jahren in einem Abwehrkampf gegen extremistische Kräfte, die die Schwächen des Verkehrsträgers Seeschiffahrt studiert und erkannt haben, und die ganz genau wissen, wo man ansetzen kann und muß, um diesem Verkehrsträger Schaden zuzufügen und womöglich Schiffe oder Flotten stillzulegen." Einige Monate später, im Sommer 71, gab der Bevollmächtigte des Bundesvorstandes der DAG, W. Schenk, einem Vertreter des Springerverlages zur Auskunft, daß der DAG-Vorstand zur Zeit die Sorge habe, wie man die Unterwanderung des Funktionärskörpers durch „linksradikale" Elemente verhindern könne. Die meisten von ihnen kämen von der Hamburger Seefahrtschule, die sich zu einem Tummelplatz geschulter Marxisten entwickelt hätte und es ihm völlig unbegreiflich sei, warum die deutschen Reeder sich das gefallen ließen.

Hetzkampagne gegen den Studentenverband Deutscher Seefahrtschulen

Fanden die Angriffe gegen den Studentenverband Deutscher Seefahrtschulen (SVDS), der sich seit Herbst 1970 zu einem wichtigen Motor gewerkschaftlicher Interessensvertretung der Seeleute entwickelt hatte, in der Vergangenheit nur sporadisch statt, so wurde insbesondere während des letzten Tarifkampfes Dez. 71 – März 72 eine massive Hetzkampagne vonseiten der Reederkapitalisten und ihrer Agenten entfacht. In einem Rundschreiben gab der Verband Deutscher Reeder seine Ansicht zum Ausdruck, „daß die Kenntnisse über die Rolle des Studentenverbandes Deutscher Seefahrtschulen seine bisherige Entwicklung und seine schiffahrtszerstörerische Natur leider an Bord und insbesondere auch bei den Schiffsleitungen nicht in der wünschenswerten Klarheit vorhanden sind". Um die „wünschenswerte Klarheit" zu verschaffen, ließ der Verband Deutscher Reeder an Bord deutscher Schiffe Materialien der „zuständigen Bundesbehörden" (Verfassungsschutz) verteilen, in denen Mitarbeitern des SVDS und ehemaligen Funktionären Aktivitäten angelastet werden, die vollkommen aus der Luft gegriffen sind, wie zum Beispiel die Vorbereitung von periodischen Reisen von Fachhochschulstudenten nach Ostberlin verbunden mit Kurzlehrgängen in der DDR in basisbezogener Umsturztaktik an Hochschulen.

Um eine Solidarisierung der Seefahrtstudenten mit den im Lohnkampf befindlichen Seeleuten zu durchkreuzen, entfalteten die Agenten der Reederkapitalisten an den Seefahrtschulen in den ersten Monaten dieses Jahres eine rege Aktivität. Einer von ihnen ist Redakteur der Studentenseite der KOMMANDO–BRÜCKE, Organ des Verbandes Deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere und traditionelles Sprachrohr für reaktionäre Umtriebe in der Seeschiffahrt. In diesem Organ sowie auf denen vom Redakteur der Studentenseite gezeichneten Flugblättern fanden die verleumderischen Angaben des Verfassungsschutzes gegen Mitarbeiter des SVDS ihre Wiederholung. Mit dem Ziel der organisatorischen Schwächung des Studentenverbandes Deutscher Seefahrtschulen, der den Reederkapitalisten schon längst ein Dorn im Auge geworden ist, wurde hier im Stile des BAYERNKURIERS und der NATIONAL-ZEITUNG studentische Interessensvertretungen angegriffen und öffentlich zum Beitragsboykott aufgerufen.



Streikposten ist aufgezogen

Warum die Reeder den Heuerabbau durchsetzen konnten

In ihrem Kampf zur Erhaltung und Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage haben die Seeleute vorläufig eine Niederlage einstecken müssen, die 3 1/2 monatige Tarifauseinandersetzung endete am 17. März 1972 mit dem Abschluß eines neuen Heuertarifvertrages, der – insgesamt gesehen – eine Senkung des Lebensniveaus der Seeleute bedeutet.

Mit „Heuererhöhungen" von 3,3 % für Patentinhaber und 6,5 % für Matrosen (auf 12 Monate umgerechnet), mit der Senkung der Heuern für Patentinhaber in der Mittleren Fahrt, mit der Vereinbarung von Besatzungsreduzierungen durch Mehrzweckeinsatz, ohne Schutz für die herausrationalisierten Seeleute (worüber die 15 % „Heuererhöhung" für die verbliebenen Mannschaftsgrade nicht hinwegtäuschen können) sowie mit einer Seemannsrente, die 2 % der Lohnsumme nicht übersteigen und erst 1973 zur Anwendung kommen soll, konnten die Reeder ihr Ziel erreichen: Abwälzen der Folgen der krisenhaften Entwicklung im Seetransportwesen auf den Rücken der Seeleute zur Erhaltung und zum Ausbau ihrer Position gegen die wachsende internationale Konkurrenz.

Worum geht es den Reedern?

Um ihre Ziele durchsetzen zu können, brauchen die Reeder absolute Ruhe in der Flotte: fleißige Seeleute, die nicht aufmucken, die nicht streiken, denen man die Heuern kürzen und das Arbeitstempo verschärfen kann. Gemäß dieser Perspektiven richteten die Reeder ihre gesamte Tarifpolitik aus.

„Mehr Härte an Bord wäre besser als Ausbildung und bequeme Kammern", diese Ansicht vertrat der Hamburger Reeder Hans Edwin Reith anläßlich der Übernahme seines jüngsten Neubaus, des 8.000 Tonners „Lotte Reith". So zu lesen in der BILD-ZEITUNG vom 20.3. 72. Diese Aussage ist beispielhaft für die politische Zielsetzung der Reeder.

Die Seeleute sollen in Resignation und Mutlosigkeit getrieben und wehrlos gemacht werden gegenüber immer heftigeren Angriffen. In diesem Tarifkampf wollten die Reeder beweisen, daß die Seeleute den Kürzeren ziehen. Die Reeder wollen weismachen, daß Kämpfe und Solidarität doch keinen Zweck haben, um die Forderungen der Seeleute durchzusetzen.

Die DAG-Führung – Schwanz der Reederverbände

Die Führung der DAG hat sich in allen Phasen der Tarifauseinandersetzungen zielstrebig darum bemüht, diese Pläne der Reeder zu erfüllen. Schon vor der Kündigung der Tarife setzte sie mit der Seemannsrente einen Schwerpunkt und wurde nicht müde, eine Reform anzupreisen, die im Jahre 1972 überhaupt noch nicht zur Anwendung kommt und deren Lohnsumme 2 % nicht übersteigen soll. Als am 25. November die Tarife von der ÖTV mit einer 10 %-Forderung gekündigt wurden, hängte sich die DAG-Führung in einem plumpen Täuschungsmanöver hintenan und forderte das gleiche. Trotzdem kochte die DAG-Führung mit den Reedern weiterhin ihr Süppchen und distanzierte sich im Laufe der Verhandlungen sehr rasch von der Forderung, die sie als Lippenbekenntnis zu Anfang gestellt hatte. So setzte sie mit der Seemannsrente weiterhin einen Schwerpunkt in der Tarifpolitik, obwohl aus den Reederpublikationen ersichtlich war, daß die Kapitalisten dieser für sie billigen Forderung keine Steine in den Weg legen würden. In einer Stellungnahme zum Tarifergebnis vom 22. März feiert die DAG diese Seemannsrente dann als *ihren* Erfolg. Gleichzeitig bezeichnet sie den neuen Tarifvertrag, der einen Lohnabbau für die Seeleute beinhaltet, als unter den gegebenen Bedingungen „optimalstes Verhandlungsergebnis", mit dem angeblich die Arbeitsplätze gesichert werden. Damit übernimmt die DAG ein von den Reedern seit Monaten aufgetischtes Märchen, wonach Lohnverzicht Arbeitsplätze sichere, obwohl sie noch am 24. Januar in einem Flugblatt festgestellt hatte, daß die Arbeitsplätze durch ein Stillhalten der Seeleute nicht gesichert werden können.

Während der ganzen Zeit sprach die DAG-Führung in heuchlerischer Form von der Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens beider Gewerkschaften. Als die ÖTV-Abteilung Seeschiffahrt Mitte Januar mit Unterstützung des SVDS mit der Organisation von Seeleuteversammlungen begannen, in deren Verlauf hunderte von Seeleuten, die jeweilig in Hamburg anwesend waren, nahezu einstimmig ihre Streikbereitschaft erklärten, glänzte die DAG-Führung durch Nichtstun, obwohl sie in ihren Veröffentlichungen die Aktionseinheit noch weiterhin im Munde führte. Zum gleichen Zeitpunkt sprach G. Becker, Bundesberufsgruppenleiter der DAG-Schiffahrt, davon, daß ein günstiger Abschluß <u>nur</u> über den Verhandlungsweg erreicht werden kann. Nachdem Becker dann am 4. Februar in einem Interview des HAMBURGER ABENDBLATTES geäußert hatte, daß er sich auf der Basis des 2. Schlichtungsangebotes für eine Einigung einsetzen wolle – und mit dieser öffentlichen Erklärung die Vorentscheidung gefallen war – fiel es der DAG-Führung auf einmal nicht mehr so schwer, „Aktionseinheit" zu spielen. Sie entsandte einen Vertreter auf die dritte Seeleuteversammlung der ÖTV in Hamburg, der dort von der Notwendigkeit sprach, sich jetzt noch enger zusammenzuschließen als zuvor. Viele Kollegen erkannten bereits diese Seifenblasenpolitik. Ein Sprecher des SVDS sagte hierzu ein klares Wort und erläuterte einige Zusammenhänge, die das Konzept der DAG-Führung – „Einheit nach außen – Spaltung nach innen" – auf dieser Seeleuteversammlung im DGB-Haus ins Wanken brachten. Es mußte also nicht verwundern, daß der DAG-Vertreter als Antwort auf diese Kritik über ein Geschimpfe und den Vorwurf, „Uneinigkeit" zu stiften, nicht hinauskam.

Auf die Frage, wie die DAG-Führung zu der seit Wochen anhaltenden Solidarisierungswelle in der Fahrt stehe, antwortete G. Becker auf der Pressekonferenz der DAG-Schiffahrt am 14. Febr., die DAG habe schon seit Monaten und auf breiter Grundlage das Bewußtsein der Seeleute im Hinblick auf einen Streik untersucht und ließ dann als Kronzeugen Herrn Hauger, Betriebsrat der Hamburg-Süd und Mitglied der DAG-Tarifkommission, auftreten. Hauger erklärte, daß Streikresolutionen von Besatzungen seiner Reederei nicht unterzeichnet worden wären und schloß daraus, daß bei den Seeleuten keine Streikbereitschaft vorhanden sei. (War Hauger wirklich nicht darüber informiert, daß die Schiffsleitungen der Hamburg-Süd strikte Reedereianweisung haben, keine Informationsgruppen an Bord zu lassen? Eine Tradition, die im Hause Oetker schon seit 1969 gepflegt wird, die jedoch im Jahre 1970 die Besatzungsmitglieder zweier Kompanieschiffe nicht daran hinderte, die Warnstreiks in Bremen erfolgreich durchzuführen.)

Während der von der ÖTV ausgerufenen Kampfmaßnahmen der Seeleute verteilten die DAG-Sekretäre Flugblätter an Bord, in welchen die DAG-Mitglieder an ihre „Friedenspflicht" erinnert wurden. Für eine „Gewerkschaft", die sich noch am 14. Februar damit brüstete, einen drohenden Streik verhindert zu haben, ist es nur konsequent, an der „Friedenspflicht" – einer Zwangsjacke, mit welcher die Kapitalisten die Arbeiter kampfunfähig machen wollen – mit gleichen Verbissenheit festzuhalten wie die Reeder.

Zur Untermauerung ihrer spalterischen Politik liefert die DAG die Theorie von der „besonderen Interessenslage" der Angestellten. Wer angesichts der umfassenden Angriffe der Reeder auf das Lebensniveau <u>aller</u> Seeleute seine Tatenlosigkeit und sein Zurückweichen vor den Reedern mit einer „besonderen Interessenslage" zu bemänteln sucht, wo es gerade auf das einheitliche Vorgehen ankommt, der spielt den Reedern direkt in die Hände. Besser als mit der DAG können die Reeder ihre Ziele nicht erreichen.

Seeleute fordern Klarheit von der ÖTV-Führung

War die Praxis der DAG-Schiffahrt vom Anfang bis zum Ende offensichtlich auf bedingungslose Zusammenarbeit mit den Reedern abgestimmt, so bewegte sich die der ÖTV-Führung mehr im kurvenreichen Zick-Zack.

Nachdem der DAG-Bundesvorstand die Annahme der Schlichtungsempfehlung durch die DAG-Tarifkommission überraschenderweise am 15.Februar widerrufen hatte (um aus verbandsegoistischen Motiven über das tatsächliche Zustandekommen der Vereinbarung hinwegzutäuschen), beteiligte sich die ÖTV-Führung an dem allgemeinen Gerangel um die juristische Auslegung der Schlichtungsvereinbarung und versäumte es dabei, die Seeleute zu konkreten Kampfmaßnahmen anzuleiten.

Wertvolle Zeit, in der die Reeder weiterhin Gegenmaßnahmen vorbereiten konnten, verstrich. Die Kollegen hingegen verloren mehr und mehr den Orientierungssinn, blickte doch kaum noch einer durch, was nun eigentlich am grünen Tisch gespielt wurde.

Am 23. Februar „genehmigte" der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV die Vorbereitung von Kampfmaßnahmen. Wurden in den vergangenen Wochen (vor dem Scheitern der Schlich-

tung) noch alle Vorbereitungsmaßnahmen mit dem Hinweis auf die Friedenspflicht abgeblockt, so wurden jetzt die Vertrauensleute, denen das Problem der Streikvorbereitung unter den Nägeln brannte, sinngemäß von den hauptamtlichen Schiffahrtssekretären der ÖTV mit folgenden Worten abgespeist: „Ihr braucht Euch nicht mehr um viel zu kümmern, der Hauptvorstand hat alle wichtigen Vorbereitungen getroffen, und wenn er das Signal gibt, dann streiken wir." Auf der einen Seite sollen sich die Seeleute gegen die Angriffe der Reeder entschlossen zur Wehr setzen und werden von der ÖTV-Führung dazu aufgefordert, entsprechende gewerkschaftliche Aktivitäten zu entfalten, auf der anderen Seite jedoch sollen sich die Kollegen blindlinks auf den Hauptvorstand verlassen, und, ohne daß ihre praktischen Erfahrungen berücksichtigt werden, sich seiner Gesamtstrategie unterordnen und nichts ohne seine Zustimmung unternehmen.

Obwohl der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV am 23. Februar die Vorbereitung von Kampfmaßnahmen „genehmigt" hatte, wurde eine ursprünglich für Samstag, den 26. Feb., angesetzte Streikhelferschulung abgesetzt.

Hals über Kopf wurden dann am Montag, den 28. Feb., die organisatorischen Vorbereitungen getroffen, um am nächsten Tag den Streik in den wichtigsten Nordseehäfen auf den Schiffen zu organisieren.

Kollegen kontra Nadelstichtaktik – ÖTV-Führung weigert sich, die gewerkschaftliche Stärke voll zum Einsatz zu bringen

Die zahlreichen Vertrauensleute wurden immer unruhiger, denn sie wollten genauen Aufschluß über die geplante Streiktaktik haben und sich nicht wie Figuren auf einem Schachbrett hin und herschieben lassen. Schon seit Tagen traten sie für einen umfassend organisierten, d.h. unbefristeten Kampfstreik ein, der, wie sie richtig erkannt hatten, zu jenem Zeitpunkt das einzig wirksame Mittel darstellte. Die Schlichtung war schon seit Wochen gescheitert, und deutlicher konnten die Reeder ihre starre Haltung nicht mehr demonstrieren. Ein Warnstreik zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Verhandlungen, die man ja bereits hinter sich hatte, konnte nach Meinung der Kollegen nicht mehr in Frage kommen. Jetzt ging es nicht mehr um halbe Sachen, galt es nicht mehr zu warnen, sondern die Forderungen o. Seeleute mit dem Einsatz aller Mittel zu erkämpfen und auch auf eine längerfristige Auseinandersetzung vorbereitet zu sein.

Als am Montagabend, den 28. Feb., den Vertrauensleuten noch immer die Streiktaktik vorenthalten wurde, breitete sich Unruhe und Empörung unter den ca. 40 Hamburger Streikhelfern aus, die im Gewerkschaftshaus versammelt waren. Sie verlangten die Stellungnahme des Hauptvorstandes, der ein Stockwerk über ihnen tagte. Als der Hauptvorstand – nach langem Zögern – am späten Abend damit herausrückte, einen befristeten Warnstreik für 36 Stunden am nächsten Tag auszurufen, waren die Kollegen hellauf entrüstet. Einstimmig wandten sie sich gegen diese Nadelstichtaktik und forderten den unbefristeten Streik. Der Hauptvorstand begründete seine halben Maßnahmen mit der noch „ungeklärten Rechtslage" und der daraus herrührenden Sorge um das Heiligtum Gewerkschaftskasse.

Die Reeder hingegen scherten sich in den nächsten Tagen einen Teufel um die Rechtslage, denn obwohl das Hamburger Landesarbeitsgericht die Maßnahmen der ÖTV inzwischen für legal erklärt hatte, kündigten sie streikende Seeleute fristlos.

Als am Nachmittag des ersten Streiktages (Dienstag, den 29. Feb.) die Nachricht von der Entscheidung des Hamburger Landesarbeitsgerichtes eintraf, war eigentlich die Begründung („ungeklärte Rechtslage") für die Befristung des Streiks hinfällig geworden. Trotzdem wurde die Befristung der Kampfmaßnahmen auf 36 Stunden von der zentralen Streikleitung weiterhin aufrechterhalten. Der Protest der Streikhelfer an dieser prinzipienlosen Taktik der ÖTV-Führung wurde abgeschirmt, indem der Kontakt der Streikhelfer mit der zentralen Streikleitung systematisch unterbunden wurde.

Kollegen üben massive Kritik

Als nach Beendigung der Warnstreiks die gewerkschaftliche Praxis der vergangenen Tage diskutiert wurde, waren die falsche Streiktaktik (36-Stunden-Frist), die überstürzte organisatorische Vorbereitung und die nicht vorhandene innergewerkschaftliche Demokratie Hauptansatzpunkte der Kritik von Seiten der aktiven Kollegen. Nach ihrer Meinung konnte es nicht angehen, daß die zentrale Streikleitung, abgekapselt von den Vertrauensleuten und Streikhelfern, einsam alle Entscheidungen fällte und den notwendigen Informationsfluß vollkommen abschnürte. Die zentrale Streikleitung tat so, als wenn die Mängel, die während des Streiks auftraten, vorher nicht hätten erkannt werden können. Dies stimmte nicht, denn die Kollegen hatten jene Probleme in den Tagen und Wochen vorher schon intensiv diskutiert und teilweise entsprechende Anträge gestellt.

Über die Köpfe der Kollegen hinweg wird ein mieses Tarifergebnis ausgehandelt

Die Reaktion der Reeder zeigte, daß sie von den Warnstreiks nicht sonderlich erschüttert wurden.

„Zeigt den Reedern jetzt die Grenzen ihrer Macht", hieß es ziemlich wortradikal in einer ÖTV-Extra-Mitteilung vom 10. März. Etwa in einer Wiederauflage der Nadelstichtaktik, fragten sich die Kollegen, denn in der zentralen Arbeitskampfleitung waren wieder Äußerungen über eventuelle Schwerpunktstreiks auf einzelnen Schiffen (? !) und ähnliche Verlautbarungen gefallen.

Der stark anwachsende Streikhelferkörper der ÖTV-Schiffahrt holte ab jetzt das nach, was in den ganzen Wochen zuvor mit dem Hinweis auf die verschiedensten Gründe immer wieder verschleppt wurde: die systematische Vorbereitung auf die Auseinandersetzung mit den Reedern. Die Schiffsbesatzungen in den Häfen wurden in der Zwischenzeit von den Vertrauensleuten über den Stand der Dinge auf dem Laufenden gehalten.

Der zentralen Arbeitskampfleitung der ÖTV wurde immer klarer, daß bei der nächsten Kampfsituation der Tag für Tag anwachsende und sich schulende Streikhelferkörper sich auf kein Blinde-Kuh-Spiel mehr einlassen würde.



Streikposten beraten weiteres Vorgehen



„Gesamte ÖTV unterstützt Seeleute in ihrem Kampf", so tönte es noch großsprecherisch in einer ÖTV-Extra-Mitteilung vom 17. März. Jedoch noch am gleichen Tag wurde über die Köpfe der Kollegen hinweg – ein Teil der Streikhelfer agitierte noch an Bord – in einem sogenannten „Spitzengespräch" ein mieses Tarifergebnis ausgehandelt, das die ÖTV-Führung in der letzten Extra-Mitteilung vom 20. März sogar noch als Erfolg verkaufte.

Die DKP im Kielwasser der Gewerkschaftsführungen

Der Verzicht der DKP auf eine konsequente gewerkschaftliche Klassenpolitik wurde auch im Tarifkampf der Seeleute offenkundig.

Die Widersprüche zwischen der auf bedingungslose Klassenzusammenarbeit eingeschworenen DAG-Führung und der im opportunistischen Zick-Zack sich bewegenden ÖTV-Führung werden von der DKP-Betriebszeitung KLAR SCHIFF in liberaler Weise als „Unstimmigkeiten" zwischen den beiden Gewerkschaften bezeichnet.

Die Widerrufung der Annahme der Schlichtungsempfehlung durch die DAG-Tarifkommission vonseiten des DAG-Bundesvorstandes am 15. Februar, die von dem SVDS bereits Mitte Februar als taktischer Winkelzug entlarvt wurde, der über das tatsächliche Zustandekommen der Vereinbarung hinwegtäuschen sollte (eine Einschätzung, die sich auch in den folgenden Wochen als völlig richtig erwies), wurde in der UZ vom 3.3. und 10.3. als Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Aktionseinheit begrüßt (UZ vom 3.3.: „Jetzt wollen die ÖTV und die DAG streiken."). Die Nadelstichtaktik der ÖTV-Führung, die bei den Kollegen helle Empörung auslöste, wurde von der DKP kritiklos aufgenommen und von der UZ propagiert: „Die Gewerkschaft ÖTV führte den Kampf als Schwerpunktstreik nach dem Motto ‚mit dem geringstmöglichen Aufwand den größtmöglichen Effekt erzielen', um die Reeder dort zu treffen, wo sie am empfindlichsten sind." Es zeigte sich überhaupt im gesamten Verlauf des Tarifkampfes, daß die UZ-Artikel – entsprechend der Nachtrabpolitik der DKP – zur Darstellung des Lohnkampfes in der Hauptsache aus Zitaten von ÖTV-Veröffentlichungen bestanden.

Um dennoch ihre angebliche Verbundenheit mit den Seeleuten zu demonstrieren, scheute die DKP vor Falschmeldungen nicht zurück. So weiß die UZ vom 4. Februar 1972 in einem Artikel über die erste Seeleuteversammlung zu berichten, daß „von den Seeleuten . . . unter anderem die Flugblattaktion der DKP, Sektion Seeleute, . . . begrüßt" wurde, obwohl überhaupt kein Flugblatt der DKP auf dieser Versammlung verteilt worden war.

Die „KPD" empfiehlt den Seeleuten eine völlig neue Streiktaktik

Seit einigen Wochen entfaltet eine Gruppierung in Hamburg ihre Aktivität, die sich „KPD" nennt und berufen fühlt, die „Interessen der Arbeiterklasse" wahrzunehmen. Nach der Einreise einiger Westberliner Studenten gründete sie noch kurz vor dem 1. Mai ein „Regionalkomitee" und erklärte den Arbeitern: „Die Errichtung eines Regionalkomitees der KPD in Hamburg bedeutet für die Hamburger Arbeiterschaft einen großartigen Schritt voran".

Sehen wir uns einmal einen der „großartigen Schritte" der „KPD" etwas näher an. In ihrem „Zentralorgan", der ROTEN FAHNE (Nr. 39, 24. März 1972) gibt der „Schrittmacher" der Arbeiterbewegung eine Einschätzung des Tarifkampfes der Seeleute. Beim Lesen des Erscheinungsdatums stutzt der Leser bereits: Wie kann eine Organisation, die weder in Hamburg Raum noch in der Seeschiffahrt bisher politisch gearbeitet hat, den Kampf der Seeleute überhaupt einschätzen? Die „KPD" machts möglich, ja noch mehr, die „Schrittmacher" der Arbeiterbewegung kommen zu völlig neuen Erkenntnissen über die Streikmöglichkeiten in der Seeschiffahrt.

Für die „KPD" konnten die befristeten Warnstreiks vom 29.2. und 1.3. deshalb nicht möglich sein, weil die Seeleute an der falschen Stelle gestreikt haben. Die ROTE FAHNE schreibt: „Dieser Streik konnte die Masse der Seeleute nicht erreichen und konnte so auch kein Erfolg werden . . . " Soweit richtig! Nun aber: „Denn was soll ein Schiffahrtsstreik im Hafen? Dort arbeiten nicht die Seeleute auf den Schiffen, sondern die Hafenarbeiter . . . " (fettgedruckt in der ROTEN FAHNE).

Hier ist doch wohl etwas Nachhilfeunterricht für die „Vorhut der Arbeiterklasse" angebracht:

Schon aufgrund der schwierigen Kommunikationsverhältnisse ist ein einheitlich durchgeführter Streik der Besatzung auf See fast unmöglich. Grundsätzlich ist jede Arbeitsniederlegung in der Seeschiffahrt in dem Maße erfolgreich, wie es den Seeleuten gelingt, die Transportproduktion, d.h. die Bewegung der Waren zum Markt, zu unterbrechen. Ein Streik auf See wäre demnach nur dann erfolgreich, wenn das Schiff durch Treibenlassen an der Fortbewegung gehindert wird; dies jedoch ist aus Sicherheitsgründen nur sehr begrenzt möglich (Schlechtwetter, drohende Grundberührung, Kollisionsgefahr in verkehrsreichen Seegebieten, Mangel an Treibstoff und Proviant u.a.), es sei denn, die „KPD"-Taktiker halten einen Streik schon dann für erfolgreich, wenn die Matrosen auf See den Pinsel aus der Hand legen, oder aber, sie kalkulieren die Vernichtung von Menschenleben und Schiffen gleich mit ein. Deshalb kann ein unbefristeter Streik nur im Hafen bzw. auf Reede organisiert werden.

Mit ihrer am Schreibtisch oder auf einer Hafenrundfahrt „entdeckten" Streiktaktik wird also die „KPD" bei den Seeleuten nur Hohngelächter ernten.

Die Reederkapitalisten werden immer dreister: Vom Appell an die „gesamtwirtschaftliche Verantwortung" zum Angriff auf das Streikrecht

Zwei Wochen nach dem Abschluß des neuen Heuertarifvertrages veröffentlichte der Verband Deutscher Reeder in seinem Organ KEHRWIEDER (Nr. 4, April 1972) einen Artikel mit der Überschrift: „Sind Streiks noch zeitgemäß? " Versuchten die Reederkapitalisten bisher – bei formaler Anerkennung des Streikrechts – die Seeleute und ihre Organisationen durch Appelle an die „gesamtwirtschaftliche Verantwortung" an der Führung von Lohnkämpfen zu hindern, so greifen sie mit diesem Artikel die Streikfreiheit überhaupt an.

Mit Panikmache wie „die deutsche Seeschiffahrt ist in Gefahr!" und „die Arbeitsplätze der deutschen Seeleute sind nicht mehr gesichert!" versuchten die Reederkapitalisten schon im vorigen Jahr und verstärkten während der Tarifauseinandersetzung, die Seeleute einzuschüchtern und vom Lohnkampf abzuhalten. Wenn es dennoch zu Kampfmaßnahmen kommen konnte, so bedeutet das für die Reederkapitalisten, daß „maßgebliche Gewerkschaftsführer der ÖTV bei ihren Entscheidungen" an „gesamtwirtschaftlichem Verantwortungsbewußtsein" es haben mangeln lassen, d.h. an Bereitschaft, die Interessen der Seeleute denen der Reederkapitalisten unterzuordnen. In demagogischer Weise machen sich die Reeder in dem KEHRWIEDER-Artikel zum Fürsprecher der „realistisch" denkenden, d.h. streikunwilligen Seeleute und werfen dem Streikbeschluß der ÖTV mangelnde „demokratische Legitimation" vor. Wie der „Beitrag" der Reeder zum gewerkschaftlichen Demokratismus in der Praxis aussah, geht aus den „Hinweisen für das Verhalten der Reedereien und Kapitäne bei Streiks" hervor, die in der ersten Märzhälfte verteilt wurden, als die Reeder angesichts der der ständig wachsenden Streikbereitschaft unter den Seeleuten einen unbefristeten Streik ins Auge fassen mußten. Dort heißt es unter anderem: „Besatzungsmitglieder, die als besonders radikal oder als Gewerkschaftsmitglieder (!) erkannt sind, müssen besonders beachtet werden . . . Streikagitation braucht in Betrieb und an Bord nicht geduldet zu werden. Das gleiche gilt für Bordversammlungen, in denen zum Streik aufgerufen oder etwa eine Urabstimmung (!) durchgeführt werden soll . . . Gewerkschaftsvertreter haben auf jeden Fall dann kein Zutrittsrecht, wenn zum Streik aufgerufen werden soll oder offensichtlich Kampfmaßnahmen kurz bevorstehen." Inzwischen sind die Reederkapitalisten vom Appell an das „gesamtwirtschaftliche Interesse" über die brutale Unterdrückung von praktischen Streikmaßnahmen zum propagandistischen Angriff auf das Streikrecht überhaupt vorgestoßen. Zur Erhöhung der propagandistischen Wirkung auf die Seeleute bedienen sie sich dabei der Aussagen eines Agenten der Kapitalistenklasse innerhalb der Arbeiterbewegung, des US-amerikanischen „Gewerkschaftsführers" George Meany, Präsident des Dachverbandes AFL/CIO, der im Februar dieses Jahres das Streikrecht sinnlos nannte und die Abschaffung von Streiks vorschlug. Meany, der sich als strammer Kommunistenfresser und Befürworter des Aggressionskrieges in Vietnam des Vertrauens der US-Imperialisten erfreut, wird von den Reederkapitalisten den ÖTV-Funktionären als nachahmenswertes Beispiel gegenübergestellt.

Aus diesen Erfahrungen muß der Schluß gezogen werden, daß alle klassenbewußten Arbeiter den Kampf aufnehmen müssen gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse, gegen die sozialdemokratische Linie der Klassenversöhnung in den Gewerkschaften, für eine konsequente gewerkschaftliche Klassenpolitik, für die Gewerkschaften als Kampforganisationen der Arbeiterklasse. ■

Chile: "Friedlicher Übergang zum Sozialismus?"

Seit über anderthalb Jahren befindet sich in Chile eine „Regierung der Volkseinheit" an der Macht. Die „Volkseinheit" (Unidad Popular) ist ein Bündnis mehrerer Parteien und Organisationen, die ihre Mitgliederbasis teilweise unter den Arbeitern und Bauern und teilweise unter den städtischen Mittelschichten haben: „Sozialistische Partei" (PS; sie stellt den Präsidenten Salvador Allende), „Kommunistische Partei" (PC), „Radikale Partei" (PR), „Bewegung der einheitlichen Volksaktion" (MAPU), „Unabhängige Volksaktion" (API) und „Sozialdemokraten". Aus der „Radikalen Partei" hat sich mittlerweile eine Gruppe abgesplittert, die sich „Radikale Linkspartei" (PIR) nennt und weiterhin dem Bündnis angehört. Darüberhinaus hat sich im August 1971 aus der „Christdemokratischen Partei" (PDC; eine Partei der Ausbeuterklasse) eine Gruppe unter dem Namen „Christliche Linke" (IC) herausgespalten, die der „Unidad Popular" nahesteht und durch den von der MAPU übergewechselten Agrarminister Jaques Chonchol auch in der Allende-Regierung vertreten ist. Seit der Regierungsbildung durch die „Unidad Popular" wurden verschiedene Verbesserungen der Lebenslage des chilenischen Volkes durchgeführt. Seit dieser Zeit ist aber auch die Gefahr gewachsen, daß die reaktionären Kräfte des Landes, die Großgrundbesitzer und industriellen Kapitalisten, den derzeitigen Kurs der „Volkseinheit-Regierung" stoppen und die Regierungsgewalt wieder zurückerobern werden. Dabei ist ihnen die Unterstützung des US-Imperialismus und anderer imperialistischer Staaten gewiß. Die „Regierung der Volkseinheit" betrachtet sich als eine „revolutionäre Regierung", die einen „demokratischen, pluralistischen und freiheitlichen Weg zum Sozialismus" verfolgen will. Ihr Programm ist nach eigenen Aussagen noch kein sozialistisches Programm, sondern ein „Übergangsprogramm". Ebenso will die Regierung der Volkseinheit noch keine sozialistische Wirtschaft schaffen, sondern eine „Wirtschaft des Übergangs zum Sozialismus". Demzufolge sind die Maßnahmen vor allem gegen den Imperialismus und gegen das einheimische Großgrundbesitzertum gerichtet. Sie treffen nicht so sehr den industriellen Kapitalismus im eigenen Land, der infolge der jahrhundertelangen Kolonialherrschaft und imperialistischen Ausbeutung auch noch nicht sehr weit entwickelt ist. Als Endziel will die „Volkseinheit-Regierung" dennoch den Sozialismus errichten. Unsere proletarische Solidarität fordert uns auf, die Entwicklung in Chile aufmerksam zu verfolgen und auf der Seite des chilenischen Volkes und für die Verbesserungen in seinem Kampf gegen den Imperialismus Stellung zu nehmen. Es tritt aber noch etwas hinzu: Die „Volkseinheit-Regierung" erhebt den Anspruch, ein „neues Modell" auf dem Weg zum Sozialismus zu präsentieren. Und mit dem Wahlsieg der UNIDAD POPULAR („Volkseinheit") im September 1970 und der weiteren Entwicklung in Chile glauben auch die Revisionisten und Rechtsopportunisten in unserem Land (DKP usw.) endlich den langersehnten Beweis für ihre Theorie vom „friedlichen Übergang" zum Sozialismus gefunden zu haben, dem auch die westdeutschen Arbeiter nachstreben sollen. Unserer Auffassung nach ist ein solcher Triumpf nicht nur übertrieben, sondern in höchstem Maße verantwortungslos. Erstens werden dadurch die unterschiedlichen Kampfbedingungen des chilenischen Volkes und der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik einfach und galant mißachtet. Zweitens werden die Gefahren geleugnet, in denen sich die „Volkseinheit-Regierung" in Chile tatsächlich befindet. Dies allerdings berührt einen grundsätzlichen Aspekt der chilenischen Entwicklung: Mit derartigen Konzepten, wie sie die „Unidad Popular" anbietet, hat die internationale Arbeiterbewegung bislang keinen einzigen längerdauernden Erfolg erzielen können.

Wir veröffentlichen einen Artikel, der ausführlicher zur Entwicklung in Chile und den damit verknüpften Problemen Stellung nimmt. Wegen seiner Länge können wir den Artikel nicht auf einmal abdrucken, sondern müssen ihn unterteilen. Der 1. Teil, der nachfolgend abgedruckt ist, befaßt sich mit den Verbesserungen, die sich für das chilenische Volk unter der „Regierung der Volkseinheit" ergeben, sowie mit den Reaktionen der alten Ausbeuterklassen und des Imperialismus. In den weiteren Teilen befassen wir uns vor allem damit, ob die „Regierung der Volkseinheit" das chilenische Volk ausreichend gegen die Angriffe der Reaktion rüstet und ob ihre Politik geeignet ist, tatsächlich eine sozialistische Gesellschaft in Chile zu schaffen. Darin werden u.a. folgende Fragen behandelt: Möglichkeit eines Militärputsches und einer imperialistischen Intervention; Mobilisierung und Organisierung des Volkes; Einhaltung der bürgerlichen Verfassung; Bündnispolitik der „Volkseinheit-Regierung"; Verstaatlichung und Sozialismus.



Salvador Allende

Als die „Unidad Popular" im November 1970 nach einem knappen Wahlsieg die Regierung in Chile übernahm, sah sie sich all den Schwierigkeiten und Problemen gegenüber, die eine jahrhundertelange Kolonialherrschaft und imperialistische Ausbeutung dem chilenischen Volk aufgebürdet hat. Hinzu kam eine aktuelle Krise, wie sie in allen kapitalistischen Ländern mit gesetzmäßiger Regelmäßigkeit auftritt – auch in solchen Ländern, deren Gesellschaftsstruktur noch halbfeudale Verhältnisse aufweist und deren „eigener" Kapitalismus bislang im wesentlichen durch die imperialistische Ausbeutung durch andere kapitalistische Staaten vorhanden ist.

Die „Regierung der Volkseinheit" widmete sich so zunächst den dringendsten Nöten des Volkes und der Behebung der aktuellen Wirtschaftskrise.

Während das Bruttonationalprodukt 1970 nur ein Wachstum von knapp 2,5 % verzeichnete und auch in den drei Jahren zuvor nicht höher als 2,7 % kletterte, erreichte es 1971 im ersten Jahr der UP-Regierung eine Rate von 8,3 %. Die industrielle Produktion vergrößerte sich 1970 nur um knappe 0,8 %. 1971 erreichte die Steigerung der Industrieproduktion erstmals seit zehn Jahren wieder 12 %. 1970 betrug die Arbeitslosenquote in Groß-Santiago noch 8,3 %. Binnen eines Jahres konnte sie auf vorerst 3,8 % gesenkt werden. Die Inflationsrate wurde von 35 % im Jahr 1970 auf 22,1 % im vergangenen Jahr gesenkt. Genau wie die Arbeitslosenquote ist die Inflationsrate damit allerdings immer noch ungeheuer groß. Gleichzeitig wurden jedoch – nach Angaben von Präsident Allende – die Realeinkommen um 55 % erhöht. Somit konnte der Anteil der Löhne und Gehälter am Nationaleinkommens binnen eines Jahres von 50 % auf 59 % gesteigert werden.

Nach offiziellen Daten der vormaligen Regierung des Christdemokraten Frei sind 50 % der Kinder unter 15 Jahren in Chile unterernährt. Der Ernährungs- und Gesundheitszustand des chilenischen Volkes ist katastrophal. Die Raten der Kinder- und Erwachsenensterblichkeit, des Analphabetentums, des Wohnungsmangels und der Krankheit sind auf dem Lande besonders schlimm. Zur Verbesserung dieser unmenschlichen Verhältnisse läßt die UP-Regierung seit ihrer Amtsübernahme täglich 1/2 Liter Milch kostenlos an jedes Kind unter 15 Jahren ausgeben. Ebenso läßt sie billiges „Volksbrot" herstellen, das einer amtlichen Qualitätskontrolle unterliegt. „Volksgesundheitszüge" wurden eingerichtet, die besonders die Südprovinzen bereisen und dort eine kostenlose ärztliche Beratung und Behandlung durchführen. „Volkskulturzüge", die gleichfalls im Lande umherreisen, sollen vor allem das Analphabetentum bekämpfen, das trotz eines „Gesetzes der allgemeinen Schulpflicht" von 1925 immer noch 15 % beträgt. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen wurde von 12.000 im Jahre 1970 mehr als vervierfacht. Allerdings „leben" auch allein in den Slums der Hauptstadt Santiago mehr als 1/2 Million Menschen unter den unwürdigsten Bedingungen – während nur einige hundert Meter entfernt, im Zentrum der Hauptstadt, die einheimischen und ausländischen Kapitalherren sich ihre luxuriösen Privatvillen und Büroräume einrichten.

Als grundsätzliche Aufgabe zur Verbesserung der Lebensverhältnisse für das chilenische Volk betrachtet die „Regierung der Volkseinheit" die Agrarreform zur Beseitigung des Latifundiensystems (Großgrundbesitzertum) und die Befreiung von imperialistischer Ausbeutung durch die Nationalisierung der größten Bergbau- und Industriebetriebe. Das Elend und die Not des chilenischen Volkes rührt nämlich nicht von einer naturgegebenen Unterentwicklung seines Landes her, von besonders ungünstigen klimatischen und geographischen Verhältnissen oder gar von der Faulheit und Ungeschicklichkeit. Chile ist sogar mit seinen riesigen Kupferbeständen von ca. 34 % des Weltvorrats, mit seinen Naturstoffen Molybdän (metallischer Grundstoff, der als Zusatz zu Edelstahl dient), Eisenerz und Salpeter und mit seinen für den Eigenbedarf ausreichenden Kohlefeldern eines der reichsten Länder Lateinamerikas. Not und Elend des chilenischen Volkes liegen vielmehr in seiner Ausplünderung durch die Großgrundbesitzer und einheimischer Kapitalisten, wie auch in seiner Ausplünderung durch die imperialistischen Industriestaaten begründet. Dies kennzeichnet die gesamte sogenannte „Dritte Welt".

Agrarreform

Von seiner Gesamtfläche von 74 Mio. Hektar sind ca. 30 Mio. ha des chilenischen Bodens landwirtschaftlich nutzbar. Diese teilen sich in 21 Mio. ha Wald, 6 Mio. ha vollwertiges Ackerland und der Rest ist Weide. Von den 6 Mio. ha vollwertigem Ackerland werden aber nur 2 Mio. ha bewirtschaftet, 2/3 liegen also brach. Dies hängt mit dem Latifundiensystem zusammen, dem Großgrundbesitzertum, das seinen Besitzern freistellt, was sie bewirtschaften wollen und was nicht. Diese Herren nutzen das Land aber nur, insoweit es ihnen ein angenehmes und sorgenfreies Leben bringt. Das Volk ist für sie nur Arbeitsvieh zur Sicherung ihrer prunkvollen Feste und zur Aufrechterhaltung ihres ländlichen Besitzstandes – ansonsten kümmert es diese Herren einen Dreck, ob das Volk Lebensmittel hat oder nicht. Wie die „Unidad Popular" in ihrem Programm vom Dezember 1969 darlegt, könnten in Chile 30 Millionen Menschen ernährt werden, also das Dreifache der heutigen Bevölkerung. Dennoch muß Chile für rund 180 – 200 Millionen Dollar Lebensmittel einführen. Das Latifundiensystem verhindert eine Entwicklung der Landwirtschaft im Interesse des Volkes. Bis zur „Regierung der Volkseinheit" besaßen 53 % aller chilenischen Bauern kein eigenes Land. Demgegenüber waren aber rd. 1,8 % aller Familien auf dem Land (in Zahlen: 6 326) Großgrundbesitzer und verfügten über nahezu 75 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen und Weiden.

Die „Regierung der Volkseinheit" hat die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Verteilung des Landes an die Bauern zu einer ihrer wichtigsten Aufgaben bestimmt. Dies soll auf der Grundlage eines Agrarreformgesetzes geschehen, das bereits 1967 unter der Regierung des Christdemokraten Frei beschlossen wurde. Das Gesetz legt 80 ha bewässertes Land als Höchstgrenze des Privatbesitzes fest. Die Regierung Frei sah dies Gesetz aber lieber im Aktenschrank als in Gebrauch. Innerhalb eines Jahres hat die „Regierung der Volkseinheit" nun bereits genau so viele Latifundien enteignet, wie die Frei-Regierung während ihrer ganzen 6-jährigen Amtszeit: ca. 1400. Die Frei-Regierung hatte aber – das kommt hinzu – von dem bis Ende 1969 über 24 Mio. ha enteignetem Land nur ca. 3 Mio. ha in das Eigentum von Bauern und Landarbeitern überführt. Nur etwa 8 % aller ländlichen Kleineigentümer und Landarbeiterfamilien wurden von der Agrarreform begünstigt. Es ist somit auch klar, daß die christdemokratische Regierung mit Hilfe des Agrarreformgesetzes offenbar die Schaffung einer kleinen ländlichen Mittelschicht beabsichtigte. Diese sollte niedere und mittlere Bauern spalten und als „Puffer" zwischen den Latifundien-Besitzern und der zunehmend radikalisierten landlosen Bauernschaft wirken, die sich immer häufiger durch Landbesetzungen ihr Recht selbst verschaffte. Die „Regierung der Volkseinheit" rechnet nun damit, daß bei zügigem Voranschreiten ihrer Agrarreform das Latifundiensystem in spätestens drei Jahren ganz aus Chile verschwunden ist. Einem Artikel des amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Andrew Zimbalist zufolge, brachte die „Regierung der Volkseinheit" bereits eine Gesetzesvorlage im Parlament ein, wonach die Höchstgrenze des ländlichen Privatbesitzes weiter auf 40 ha heruntergeschraubt werden soll. Zimbalist berichtet in seinem im Januar dieses Jahres geschriebenen Artikel aus, daß die Enteignungen bis zur 80 ha-Grenze noch im April 72 abgeschlossen sein werden. Eine Bestätigung konnten wir dafür jedoch noch nicht finden.



Nationalisierung

Eine zweite wichtige Aufgabe ist die Verstaatlichung der größten Bergbau- und Industriebetriebe in Chile. Diese sind zumeist von ausländischem Kapital beherrscht, vor allem von US-Konzernen. Die US-Imperialisten hatten in Chile bis zum Regierungsantritt der „Unidad Popular" Privatinvestitionen im Wert von rund 1 Milliarde Dollar, wovon nach einer Berechnung von 1968 ca. 60 % in Großbergwerken angelegt waren. Allein in den Jahren 1968 bis 1969 schafften US-Konzerne insgesamt 1,2 Mrd. Dollar Profit aus dem Land und entzogen sie so der Entwicklung der chilenischen Wirtschaft. Diese Summe war eine Steigerung um fast das Doppelte der Jahre von 1959 bis 1964. Die Kupferminen, der wichtigste Reichtum Chiles, standen zu 85 % unter US-Kontrolle. Bei den riesigen Profiten der Anaconda-Gesellschaft und der Kenecott-Copper-Gesellschaft verblieben dem chilenischen Staat

Forts. nächste Seite



Elendsquartier in Chile

aber nur 35 Mill. Dollar jährlich von diesem Reichtum – weniger als ein siebentel von dem, was die US-Konzerne zuletzt dort herauszogen. Westdeutsche Konzerne haben über 250 Mill. DM Kapital in Chile.

Am 11. Juli 1971 ratifizierte der chilenische Kongreß (Parlament) ein von der Regierung vorgelegtes Gesetz zur vollständigen Nationalisierung des Kupferbergbaus und sonstiger national wichtiger Ressourcen und Produktionsmittel. Mittlerweile sind auch die Eisenerzgruben der nordamerikanischen Bethlehem Iron Mines Company und die größte Kohlengrube des Landes (Lota y Schwager) verstaatlicht sowie der überwiegende Teil der Textil- und Zementindustrie. Die Nationalisierungen erfolgten allerdings zumeist gegen Entschädigung, d.h. Aufkauf durch den Staat von den meistenteils ausländischen Konzernen. Ebenso kaufte die Regierung die Aktienmehrheit der größten Banken auf, sodaß sie jetzt – nach letzten eigenen Angaben – über 90 % des Bankkapitals kontrolliert.

Bei der Enteignung der chilenischen Kupferminen in US-Hand ging die „Regierung der Volkseinheit" gewitzt vor: Allende gestand den enteigneten US-Konzernen eine beträchtliche Abfindungssumme von über 600 Mio. Dollar zu. Sodann errechnete er, daß diese Konzerne in den vergangenen 15 Jahren durchweg einen jährlichen Gewinn von 40 % des Umsatzes gescheffelt hatten. Dies konnten sie nur durch fast völlige Ruinierung der Minen und Hinterlassung völlig veralteter Maschinen, was dem chilenischen Staat ungeheuere Instandhaltungskosten verursacht, sowie durch enorm gesteigerte Ausbeutung chilenischer Arbeitskraft. Die Folgen dieser imperialistischen Raubmethoden muß jetzt das chilenische Volk umso bitterer tragen. Also setzte Allende den „normalen" Profit mit 10 % des Umsatzes fest und zog die Differenz zum tatsächlich herausgepreßten Profit als Schulden an das chilenische Volk von der Abfindungssumme ab. Im Endresultat mußten die US-Kupferkonzerne auf eine „Entschädigung" verzichten – und erhielten obendrein noch Millionenrechnungen von der chilenischen Regierung zugesandt, weil ihre Schulden bei weitem höher lagen als die vereinbarte Abfindungssumme.

Das Programm der „Unidad Popular" sieht die Schaffung einer „dreigeteilten" Wirtschaft vor: einen verstaatlichten Sektor, einen Sektor des „gemischten Eigentums" (halbstaatlich-halbprivat) und einen Sektor des Privateigentums. Die Enteignungen betreffen fast ausschließlich ausländisches Kapital. Von den rund 35.000 Industriebetrieben in Chile sollen nur ca. 150 Monopolunternehmen enteignet werden. bzw. sind es bereits. Weiterhin wird es also über 34.000 private Industriebetriebe geben, die dann vorwiegend in der Hand chilenischer Kapitalisten sind. Aber auch das ausländische Kapital soll nicht ganz nationalisiert werden. In einer kürzlich vorgelegten Liste mit 91 Betrieben, die z.T. verstaatlicht und z.T. „gemischtwirtschaftlich" weitergeführt werden sollen, tauchen viele ausländische Unternehmen unter der Rubrik „gemischtwirtschaftlich" auf. Westdeutsche Kapitalien fehlen ganz in dem Katalog. Die chilenische Regierung hegt die Hoffnung, daß sie mit einer Drosselung ihrer Verstaatlichungspläne die ausländischen Kapitalisten wieder wohlgesonnener stimmen und auch die Kapitalflucht chilenischer Kapitalisten bremsen kann.

Im Handel soll nur eine kleine Gruppe von Distributionsmonopolen enteignet werden. Die 120.000 Betriebe des Kleinhandels und des mittleren Handels werden in Privatbesitz bleiben.

Die sogenannte „Wirtschaft des Übergangs zum Sozialismus" zielt im industriellen Sektor im wesentlichen nur auf eine Befreiung von imperialistischer Ausbeutung ab und kommt damit nicht nur den chilenischen Arbeitern, sondern auch einem Großteil der einheimischen Bourgeoisie zugute.

Konterrevolution schläft nicht

Dennoch hat die „Regierung der Volkseinheit" ihre Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage des chilenischen Volkes von Anfang an unter Drohungen, Provokationen und Sabotageakten der in- und ausländischen Reaktion durchführen müssen.

Allende hatte bei den Präsidentschaftswahlen im September 1970 nur eine einfache Mehrheit (36,3 % der Stimmen) erhalten, vor dem Kandidaten der extremen Rechten Jorge Alessandri, mit 34,9 % der Stimmen. Nach der chilenischen Verfassung wurde damit eine Entscheidung des Kongresses zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen erforderlich, die Ende Oktober stattfand und zugunsten der „Unidad Popular" ausfiel. Während dieser Zeit bis zur endgültigen Bestätigung durch das Parlament setzten bereits massive Versuche der Reaktion ein, das Zustandekommen der „Regierung der Volkseinheit" doch noch zu verhindern. Um die nötige Stimmenmehrheit im Parlament für seine Wahl zum Präsidenten zu „sichern", mußte Allende das Versprechen ablegen, getreu der bürgerlichen Verfassung des chilenischen Staates zu regieren. Dies hatte die „Unidad Popular" allerdings auch schon in ihrem Programm vom Dezember 1969 zugesichert. Dennoch waren große Teile der herrschenden Klasse in Chile, vor allem die Großgrundbesitzer, und nicht zuletzt die imperialistischen Staaten mit einer Wahl Allendes nicht einverstanden.



Großgrundbesitzer in Chile

Durch Kapitalflucht, Produktionsdrosselungen, zahllosen Finanzmanövern, Produktionssabotagen und Provokationen versuchten die Imperialisten die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten Chiles zu vergrößern. Wenige Tage vor der Kongreßentscheidung ließen Gruppierungen des Militärs, der rechtsradikalen Parteien und des rechten Flügels der Christdemokraten den Oberkommandierenden der Armee, Generalstabschef René Schneider, ermorden. Diese Aktion sollte der Linken in die Schuhe geschoben und so ein Militärputsch vor Bildung der „Regierung der Volkseinheit" provoziert werden. Die chilenische Bevölkerung durchschaute jedoch diese Provokation und erkannte deren rechtsradikale Urheber. Eine breite Empörungswelle des chilenischen Volkes konnte so die Pläne der Reaktion durchkreuzen.

Erst vor kurzem ist bekannt geworden, daß der US-Mammutkonzern ITT (International Telephone and Telegraph Corporation) in gemeinsamer Arbeit mit dem US-Geheimdienst CIA und dem State Departement (US-Außenministerium) den Regierungsantritt Allendes Ende 1970 verhindern wollte. ITT kontrolliert in Chile 70 % der Telefongesellschaft des Landes, besitzt dort eine Elektroanlagenfabrik, eine Nachrichten-Übermittlungs-Gesellschaft und zwei Hotels – lt. „Frankfurter Rundschau" Investitionen im Gesamtwert von ca. 220 Millionen Dollar. Der nordamerikanische Journalist Jack Anderson veröffentlichte Ende März dieses Jahres Fotokopien über Geheimpapiere der ITT, in denen die Putschpläne enthalten sind. Wie daraus hervorgeht, wurde der US-Botschafter in Chile, Edward Korry, vom US-Außenministerium angewiesen, „alles nur Mögliche zu tun – bis an den Rand einer Intervention wie in Santo Domingo –, um Allende an der Machtübernahme zu hindern" („Spiegel". 3.4.72). Der ITT-Konzern war bereit, Schmiergelder bis zu siebenstelligen Summen für einen Militärputsch auszugeben. Anstelle des gewählten Allende sollte der chilenische General Roberto Viaux die Regierungsgewalt übernehmen. Viaux sitzt inzwischen in Santiago im Gefängnis.

Die massenhafte Empörung des chilenischen Volkes, ihre Solidarität mit der „Regierung der Volkseinheit" sind der wesentliche Grund, weshalb trotz der Umsturzversuche seitens der Imperialisten und der Großgrundbesitzer Allende dennoch am 4. November 1970 seine Regierung bilden konnte.

Aber die Reaktion ist keineswegs geschlagen in Chile. Im Gegenteil muß gesagt werden, daß sie offenbar nach einem langfristigen Plan wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten im Land heraufbeschwören will, bis ihr der Zeitpunkt zum Sturz der „Regierung der Volkseinheit" günstiger erscheint.

Großgrundbesitzer lassen beispielsweise ganze Viehherden über die Grenze nach Argentinien treiben. Dadurch wird die Lebensmittelversorgung des chilenischen Volkes sabotiert. Bereits zugesagte Kredite wurden von imperialistischen Staaten wieder gestrichen. Durch Interventionen des US-Kapitals und wahrscheinlich auch des BRD-Kapitals sank der Kupferpreis auf dem Weltmarkt von 67 auf 45 Cent pro Pfund, also um ein Drittel (die BRD ist der größte Kupferabnehmer Chiles). Da das Kupfer rund 80 % der chilenischen Exporte ausmacht, bedeutet dies erheblich verminderte Deviseneinnahmen. Die Devisenbestände – notwendig für den internationalen Handel, z.B. Lebensmittelimport – sind fast aufgebraucht. Chile ist heute mit über ca. 4 Mrd. Dollar im Ausland verschuldet.

Die von ihnen selbst herbeigeführten wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten Chiles nehmen die Reaktionäre dann zum Anlaß, um die „Untauglichkeit" der Nationalisierung, Latifundien-Enteignungen, höheren Löhne, geringeren Arbeitslosigkeit usw. zu „beweisen".

Die Großgrundbesitzer haben auf dem Land „weiße Garden" aufgebaut, Privattruppen, die sie vor Enteignungen und Landbesetzungen durch die landlosen Bauern schützen sollen. Immer häufiger mehren sich die Fälle, wo Bauern von diesen faschistischen Schergen erschlagen werden.

Im Juni vergangenen Jahres wurde durch die Ermordung des Christdemokraten Edmundo Perez Zujovic der unter der Regierung Frei Innenminister war, eine neue Provokation gestartet. Der Großteil der Presse, der noch in der Hand der Reaktion ist, machte die „Linksradikalen" insgesamt und die „Regierung der Volkseinheit" insbesondere dafür verantwortlich, da deren Politik eine „Atmosphäre der Gewalttätigkeit und des Chaos" geschaffen hätte.

Zujovic wurde ermordet von Angehörigen der „Vanguardia Organizada del Pueblo" (VOP – „Avantgardeorganisation des Volkes"). die sich selbst als „links" bezeichnet. Tatsache aber ist, daß die VOP von Rechtsradikalen und CIA-Agenten durchsetzt ist, die den Mantel „links" benutzen, um das Volk gegen die Linken aufzuhetzen. Dafür haben sie sogar einen ihrer eigenen Leute über die Klinge springen lassen. Wer würde schon daran zweifeln, daß der Reaktionär Zujovic von Linken ermordet wurde? Die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung kennt tausende von Beispiele für derartige Provokationen der Reaktion, die glaubhaft den Linken angelastet werden können.

Die mit der Ermordung Zujovics verbundene Hetzkampagne gegen links hatte für die Reaktion überdies das äußerst positive Ergebnis, daß die rechtsradikale „Nationalpartei" und die Christdemokraten sich wieder zu einem engen Bündnis zusammenschlossen. Bei der Präsidentenwahl im September 1970 hatten diese beiden Parteien der herrschenden Klasse getrennt kandidiert und damit ungewollt einen Wahlsieg der „Unidad Popular" begünstigt.

Am 1. Dezember 1971 führten gutgekleidete „Damen" aus der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum eine Demonstration gegen die „Regierung der Volkseinheit" durch. Zu ihrem „Schutz" hatten sie Schlägertrupps bei sich, die einen Sturm auf das Haus des Gesundheitsministers veranstalteten und mehrere Parteilokale der Linken zerstörten. Die Allende-Regierung verhängte wegen der zunehmenden Provokationen für knapp eine Woche den Ausnahmezustand über Santiago und schloß eine Zeitung und zwei Radiosender der Reaktion – aber nur für einige Tage.

Kurze Zeit später, zu Anfang dieses Jahres, verübten Rechtsradikale ein Attentat mit Maschinenpistolen auf den Bürgermeister der Provinz Llanquihue, der Mitglied der „Kommunistischen Partei Chiles" ist. Die Kugeln verfehlten jedoch ihr Ziel und trafen stattdessen seinen Chauffeur, Mitglied der Christdemokraten.

Es ist damit zu rechnen, daß die Reaktion in diesem Jahr ihre Gegenoffensive zum Sturz der „Regierung der Volkseinheit" verstärken wird. Angesichts dieser Verschärfung gilt es näher zu untersuchen, welche Politik die „Unidad Popular" zum Schutz des chilenischen Volkes vor den Angriffen der Großgrundbesitzer und einheimischen Kapitalisten sowie des Imperialismus verfolgt.

(wird fortgesetzt!)

NAMIBIA: Aufstand gegen die süd-afrikanische Ausbeuterherrschaft

Am 13. Dezember 1971 begann der bisher größte Streik in der Geschichte Namibias (Südwest-Afrika): Zuerst in der Walfischbai, dann in Ovamboland und schließlich in großen Teilen Namibias legten über 40.000 Afrikaner ihre Arbeit in den Industrien, Minen und Farmen nieder und versetzten damit die weiße Ausbeuterklasse in Angst. Deshalb wurden sofort die nördlichen Provinzen von der Außenwelt abgeriegelt, vier portugiesische Bataillone an der Grenze in Angola zusammengezogen und über 100.000 Polizisten von Südafrika aus nach Namibia geschickt. Aber auch der brutale Polizeiterror (unzählige Tote und Gefangene) konnte den Freiheitswillen der Afrikaner nicht brechen.

Heute befinden sich die meisten von ihnen noch im Streik, der sich in Teilen Ovambolands zum bewaffneten Aufstand ausgeweitet hat.

Die südafrikanische Polizei versucht, die streikenden Arbeiter in ihren Konzentrationslagern auszuhungern. Sie deportierte Tausende Ovambos zurück in das umzäumte Reservat „Ovamboland". Doch die Solidarität der unterdrückten Afrikaner machte diese Maßnahmen wirkungslos. Über alle Stammesgegensätze hinweg bilden Ovambos, Hereros und andere eine einheitliche Streikfront. Schwarze Polizisten versorgten die Lagereinwohner mit Nahrung. Kein Afrikaner war als Streikbrecher zu finden!

Jetzt, nach über 5 Monaten und gewissen Zugeständnissen der südafrikanischen Ausbeuter, sind erst 5.000 Afrikaner wieder an die Arbeit gegangen.

Damit erweist sich dieser Streik als politischer Aufstand gegen die Ausbeuterherrschaft. Zum Teil mit Pfeil und Bogen gehen die Afrikaner gegen Polizeieinheiten vor. Die gesamte Wirtschaft Südwestafrikas ist lahmgelegt. Die südafrikanische Regierung erließ eine totale Nachrichtensperre, um ihre Niederlagen zu verhüllen. Ihr gesamtes Ausbeutersystem ist bedroht.

Die bürgerliche Presse, die diese Vorgänge nicht ganz totschweigen konnte, orakelte indessen über die möglichen Ursachen des Streiks, und glaubte dieses in dem seit 1943 gültigen Kontraktarbeitssystem gefunden zu haben. Danach können die Afrikaner nämlich eine Arbeitsstelle, auf die sie ja dringend angewiesen sind, nur durch die „Zentralstelle für Eingeborenenarbeit" vermittelt bekommen. Diese bestimmt nicht nur ihren Arbeitsplatz und Mindestlohn, sondern verbietet ihnen während der Dauer des Kontraktes auch noch die Stelle zu wechseln oder vorzeitig heimzukehren sowie jeglichen Familienbesuch.

Solche Gesetze der Sklaventreiberei in Verbindung mit strikten Paßgesetzen für Afrikaner, unbegrentzen Verhörzeiten, Folterungen, Hinrichtungen und einem perfekt geflochtenen Netz von Polizeispitzeln sichern die Herrschaft der weißen Ausbeuterklasse. Dazu eine UNO-Analyse: „Das Ergebnis der Gesetze und Anordnungen, die das Apartheidssystem kennzeichnen, ist die Schaffung eines indirekten Zwangsarbeitssystems mit einem Überangebot an billigen farbigen Arbeitskräften. Der gesamte südafrikanische Boom beruht auf Ausbeutung der Farbigen."

Ein weißer Arbeiter verdient in der Industrie fünfmal, in den Bergwerken 16 mal mehr als ein afrikanischer. Der Durchschnittslohn der Afrikaner in Namibia betrug ca. 45 DM monatlich.

Dementsprechend forderten die streikenden Arbeiter zunächst u.a.:

* Freie Wahl des Arbeitsplatzes
* Gleicher Lohn und gleiche Behandlung für alle, unabhängig von der Hautfarbe
* Für den Lebensunterhalt ausreichende Löhne
* Entfernung der Zäune und Kontrollen um Ovamboland.

Die südafrikanische Regierung versprach einige unbedeutende Verbesserungen, die keine der Forderungen erfüllten.


Das Elend der Ausbeutung

Neben dieser Methode der scheinbaren Zugeständnisse betrieben die Kapitalisten aber gleichzeitig massive Vorbereitungen für den Ernstfall:

„Die Anlage der afrikanischen Vorstädte wurde u.a. nach strategischen Gesichtspunkten geplant. Eine solche Lokation könnte innerhalb kürzester Zeit abgeriegelt, auf ihren übersichtlichen Straßen kann jeder gewaltsame Widerstand mühelos gebrochen werden." (H. Adam, „Südafrika-Soziologie einer Rassengesellschaft")

„Kein anderer Staat hat zudem seine Bevölkerung vergleichbar intensiv auf unkonventionelle Kriegführung im eigenen Land vorbereitet . . . Die beachtliche Lufttransportkapazität – auch ihr steht in Afrika nichts vergleichbares gegenüber – garantiert rasche Mobilität für den Fall, daß rebellierende Bevölkerungsteile niedergehalten werden müssen." (Die WELT)

Von spontanen Erhebungen . . .

Trotz der seit eh und jeh vorhandenen Entschlossenheit der Herrschenden, jeden Widerstand sofort brutal zu zerschlagen, haben die Afrikaner immer versucht, das herrschende System zu beseitigen.

Schon während der deutschen



Kolonialzeit (1880 – 1919) gab es in Namibia zahlreiche Aufstände, die von den Deutschen alle zusammengeschossen worden sind. So meinte der deutsche General v. Trotha zu dem dreijährigen Hereroaufstand (1904–7): „Ich glaube, daß diese Nation vernichtet werden muß." Deshalb wurden 70 % aller Hereros niedergemetzelt.

Der erste Weltkrieg endete damit, daß Deutschland sämtliche Kolonien verlor. Die Siegermächte teilten die Welt ausschließlich nach ihren imperialistischen Interessen auf, ohne dabei auch nur im geringsten nach den berechtigten Forderungen der Afrikaner zu fragen. So wurde Südafrika die Regierungsgewalt über Namibia unter der Oberhoheit des Völkerbundes zugesprochen, denn 1915 hatten englische und südafrikanische Truppen gemeinsam die Deutschen in SW-Afrika besiegt. Diese Oberhoheit war jedoch von Anfang an nichts anderes als eine leere Phrase, denn Südafrika verwandelte Namibia sehr schnell in einen integrierten Teil und beutete das Land nach besten Kräften aus.

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Zwar übernahmen die Vereinten Nationen 1946 die Aufgaben und Verpflichtungen des Völkerbundes, doch für die Nationalisten in Südafrika zählte der „Geist des Mandates" nicht länger. Sie gingen dazu über, die bisher zumindest verbal anerkannte Oberhoheit der „Weltgemeinschaft" offen zu mißachten. Es zeigte sich die wahre Funktion der UNO: Man verfaßte zahlreiche Resolutionen, in denen die UNO Südafrika das Mandat entzog. Auch gab es einen Beschluß des Weltsicherheitsrates und ein Rechtsgutachten des internationalen Gerichtshofes von den Haag, in denen die südafrikanische Präsenz in Namibia als illegal bezeichnet wurde, und man alle Länder aufforderte keine Verhandlungen mit Südafrika zu führen, in denen dieses Land für Namibia spricht. Aber darüber hinaus wurde nichts unternommen, was die Situation wirklich grundlegend veränderte, weil von vornherein feststand, daß die Imperialisten diese Beschlüsse sowieso nicht einhalten würden.

Es ist immer das Vorgehen der Imperialisten, daß sie einerseits internationalen Abkommen „gegen jede Rassendiskriminierung" beitreten, wie z.B. die BRD, und andererseits daraus ihre Profite schlagen. Auf diese Weise schaffen sich die internationalen Monopole ein demokratisches Feigenblättchen, mit dem sie ihre dreckigen Machenschaften vor den Massen besser bemänteln wollen. Hinzu kommt noch, daß sie ja auch am Geschäft mit den unabhängigen afrikanischen Staaten interessiert sind, und da würde sich eine allzu offene Unterstützung der faschistischen Regimes negativ auswirken.

. . und moralischen Appellen . .

Die Wirkungslosigkeit solcher internationalen Beschlüsse mußte auch die SWAPO (South West Africa Peoples Organisation) erkennen. Die Afrikaner hofften bei ihrer Gründung 1959 noch, ihr Recht auf Selbstbestimmung mit friedlichen Mitteln erreichen zu können. Sie wendeten sich an die UNO und verfaßten Appelle an die Regierung von Südafrika, aber diese stellte sich taub oder antwortete mit brutalem Terror. Deshalb gab die SWAPO 1966 diese Illusion auf und ging zum bewaffneten Guerillakampf über, weil nur auf diese Weile das Volk selbst, geführt durch eine schlagkräftige revolutionäre Organisation, die weiße Ausbeuterklasse entmachten kann, nicht aber irgendwelche internationalen Gremien.


Die Freiheit muß erkämpft werden

. . . zu sozialistischen Forderungen.

Heute hat die SWAPO 100.000 Miglieder und arbeitet überall im Land am Aufbau revolutionärer Kader. Ein englischer Journalist schrieb nach einem Besuch in Namibia über den Streik: „Aber es gibt meiner Meinung nach keinen Zweifel daran, daß die SWAPO sehr viel damit (mit dem Streik) zu tun hat. Alle Ovambos, die ich in Namibia getroffen habe, sprachen


Emblem der SWAPO

über die SWAPO als dem wichtigsten Element im Widerstand gegen die weiße Vorherrschaft" („The Guardian" 12.1.71)

Die Afrikaner wissen, daß hinter der weißen südafrikanischen Kapitalistenklasse die Imperialisten stehen, denen es:

1. um die Sicherung und Ausbeutung von Rohstoffquellen,
2. um hohe Profite durch die reichlich vorhandenen billigen Arbeitskräfte und
3. um die Erhaltung ihrer militärischen Interessen in diesem Teil der Welt geht.

Wo derartige Profite winken, sind natürlich auch die deutschen Kapitalisten nicht fern. Schon längst treffen sie sich mit den Vertretern des südafrikanischen Monopolkapitals zu „Arbeitsgruppen", an denen von deutscher Seite Leute wie: Stoltenberg, Fritz Berg vom BDI, Richard Jäger als Vertreter von F.J. Strauß und die Repräsentanten von Krupp, AEG, Siemens, BASF, Bosch, Demag, Lurgi, VW, Degussa, Thyssen, Klöckner, Oetker, Lufthansa, Rheinstahl, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank teilnehmen. Aber alle diese sauberen Herren sind doch nur die Spitze eines Eisberges, wie das enorm anwachsende Handelsvolumen zwischen beiden Ländern zeigt, denn die BRD ist der drittwichtigste Handelspartner Südafrikas. Schätzungsweise über 300 deutsche Firmen besitzen dort Zweigwerke oder Kapitalbeteiligungen, denn Südafrika garantiert ihnen doppelt so hohe Profitraten als die meisten Länder der Erde. Die Gefahren, die sich aus dieser Verlagerung der Produktion auch für die deutsche Arbeiterklasse ergeben, sind nur allzu offensichtlich.

Der Kampf der Namibier richtet sich also nicht bloß gegen die, formal-juristisch gesehen, illegale Präsenz Südafrikas in ihrem Land, sondern sie kämpfen zusammen mit den Bantus in Südafrika selbst gegen die Ausbeutung und Unterdrükkung. Ihr Kampf reiht sich damit ein in die Befreiungskämpfe der Völker Mosambiks, Angolas, Vietnams und der übrigen dritten Welt gegen den Imperialismus und seine Lakaien. ■

ZIELÜBUNGEN

Kapitalisten schießen sich auf kommunistische Gruppen ein

Lange Zeit hat die Kapitalistenklasse neben einer Verteufelung der gesamten linken Bewegung davon gesprochen, daß die kommunistischen Gruppen außerhalb der DKP kein Vertrauen bei den Arbeitern gewinnen könnten. Ihre „revolutionären Phrasen" würden im Betrieb auf Ablehnung der Kollegen stoßen und deshalb bekämen die „Maoisten" dort auch kein Bein auf den Boden. Darüberhinaus seien sie organisatorisch viel zu zersplittert und ideologisch derart zerstritten, sodaß ihre zeit- und kraftaufwendigen Fraktionskämpfe eine gute Gewähr für den Mißerfolg ihrer Arbeit seien.

Seit kurzem scheint sich aber an der Einschätzung der Kapitalisten über Erfolg und Mißerfolg der kommunistischen Bewegung einiges zu ändern, wo für wir ein paar Belege bringen wollen. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß die Arbeit des KOMMUNISTISCHEN BUNDES an dem leiser gewordenen Optimismus auf Seiten des Klassenfeindes offenbar „mitschuldig" ist. Nachdem Springers „Welt" sich im Sommer letzten Jahres bereits über die „straff organisierten Kohorten des ,Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrum' " in Hamburg beklagte (das SALZ war eine Vorläuferorganisation des KB) und der jüngste Bericht des schleswig-holsteinischen Innenministeriums den Zusammenschluß verschiedener norddeutscher Gruppen zum KOMMUNISTISCHEN BUND sowie die Verbreitung des ARBEITERKAMPF hervorhob, sind vor allem folgende Berichte aus jüngster Zeit bemerkenswert:

„Die Polizei". Zentralorgan für das „Sicherheits- und Ordnungswesen", brachte in ihrer Ausgabe vom 8. Februar einen kurzen Artikel, in dem über die Zersplitterung der sogenannten „Neuen Linken" berichtet wird. Es heißt dann weiter, daß es aber

„... *einigen bedeutenden Gruppen in absehbarer Zeit gelingen (kann) überregionale Zusammenschlüsse zu schaffen. Ansätze dafür zeichnen sich bei der Berliner maoistischen ,Kommunistischen Partei Deutschlands' und ihrem ,Kommunistischen Studentenverband' sowie beim Hamburger ,Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrum' ab. Diesen Gruppen fehlt allerdings eine führende Persönlichkeit mit Ausstrahlungs- und Überzeugungskraft, die einen Einigungsprozeß entscheidend fördern könnte.*"

Springers „Welt" veröffentlichte Anfang März dieses Jahres eine Artikelserie „Die Partisanen sind unter uns". In dem zweiten Artikel dieser Serie befaßte sich die ,Welt' am 6. März mit der Entwicklung der sog. „Neuen Linken", womit alle linken Gruppen gemeint sind, die nicht mit der DKP übereinstimmen. Nach einer ausführlichen „Behandlung" des sog. „linken Terrors" lautet der letzte Absatz des Artikels:

„*In der radikalen Linken hat folgerichtig ein Disziplinierungsprozeß eingesetzt. Der „Kommunistische Bund" in Hamburg zum Beispiel – 450 Jungarbeiter und Lehrlinge – ist in straff geführte, konspirativ arbeitende Gruppen gegliedert. Monatsbeitrag: 25 bis 50 DM. Die Weihnachtskratifikation war 1971 von allen Mitgliedern in voller Höhe an diesen Bund abzuführen. Den beiden Führern gebührt absoluter Gehorsam, auf Befehl ist der Arbeitsplatz zu wechseln und anderswo eine neue Zelle aufzubauen. Die ,Neue Linke' wandelt sich.*"

In Zusammenhang mit einer Berichterstattung über das Bombenattentat auf Bundesrichter Buddenberg in Karlsruhe brachte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 16. Mai einen Artikel über die Zersplitterung der kommunistischen Bewegung. Darin heißt es inmitten einer Aufzählung verschiedener linker Organisationen:

„*Als besonders erfolgreich in der Betriebsarbeit gelten die Aktionen des ,Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrums' in Hamburg.*"

Das „Deutsche Industrieinstutut" in Köln gibt eine Schriftenreihe „Die neue Linke" heraus, die vor allem den Geschäftsleitungen aller Industriebetriebe in der Bundesrepublik „Hilfen für die Diskussion" bieten soll. Die Ausgabe 11/1972, die nur knapp 7 Schriftseiten umfaßt, trägt den Titel „Agitation im Betrieb: Die roten ,Kollegen' ". Darin heißt es nach einigen zusammengewürfelten Informationen über die DKP und die ihr nahestehenden Organisationen SDAJ und MSB/Spartakus – sinnigerweise unter der Überschrift „Die junge studentische (!) Linke":

„*Nur wenige Gruppen der jungen neuen Linken waren bis jetzt in der Lage, auf breiter Basis Betriebsarbeit zu leisten. Eine davon ist der „Kommunistische Bund" Hamburg (früher: „Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum" SALZ), der sich mit mehreren norddeutschen Gruppen der Linken zusammengeschlossen hat und allein in Hamburg 4 Branchen-, 4 Betriebs- und 2 Lehrlingszeitungen herausgibt. Der Bund hat etwa 20 Betriebsgruppen, seine Funktionäre arbeiten in verschiedenen Gewerkschaften mit.*"

Nägel mit Köpfen

Warum sind diese Zitate bemerkenswert?

Der Klassenfeind bemüht sich zunehmend, innerhalb der linken Bewegung zu differenzieren, aus welcher Richtung seiner Herrschaft die größte Gefahr droht. Einige Gruppen scheinen demgegenüber immer noch der Auffassung zu sein, daß „spektakuläre Aktionen" und besonders „rrrevolutionäres" Auftreten mit viel Mao-Bildern und lautem Geschrei dem Klassenfeind Angst einflößen könnte. Diese Meinung ist aber völlig idiotisch, weil kein einziger Kapitalist sich dadurch einschüchtern läßt oder sich davor fürchtet. Organisationen wie die verschiedenen „KPD/MLs" und andere Sektierer dienen auch den Kapitalisten nur zur Belustigung. Allenfalls sind die Sektierer noch dazu geeignet, den Kommunismus bei den Arbeitern zu verunglimpfen. Von daher sind auch manche Berichte in der bürgerlichen Presse über diese Leute zu verstehen – nicht etwa, weil sie eine Gefahr für das Kapital darstellen.

Hand und Fuß hat nur eine kontinuierliche Arbeit in den Betrieben – und das wissen die Kapitalisten sehr wohl, wie sich besonders an ihren internen Mitteilungsblättern zeigt. Sie schießen sich in „Abwehrmaßnahmen" immer mehr auf solche Organisationen und Gruppen ein, die den Arbeitern eine tatsächliche Unterstützung in ihrem Kampf geben; die in der Lage sind, auf der Grundlage einer Teilnahme an den Kämpfen des Proletariats die Unzufriedenheit und die Forderungen der Arbeiter zusammenzufassen und ihnen breitere Bekanntheit zu verleihen; die dem Kampf der Arbeiter zu größerer Bewußtheit verhelfen und an der Organisierung ihrer Kämpfe praktischen Anteil nehmen; die sich über ihre uneigennützige Arbeit in den Tagesfragen des Arbeiterlebens das Vertrauen der Arbeiter erkämpfen, und die schließlich von den Arbeitern deswegen (und nur deswegen) auch zunehmend als Ratgeber für ihren längerfristigen Kampf zum Sturz der Herrschaft des Kapitals anerkannt werden. „Jeder Betrieb sei unsere Burg!" – mit einer kontinuierlichen Arbeit nach dieser Richtlinie haben die russischen Kommunisten unter der Führung von Lenin und die deutschen Kommunisten unter der Führung von Ernst Thälmann Erfolge erzielen können.

Wir stehen in der Bundesrepublik erst wieder sehr am Anfang und es gibt noch viele Differenzen innerhalb der Bewegung, welche Politik den Interessen der Arbeiter tatsächlich am meisten nützt. Abgesehen von den Trugbildern der „KPD/MLs" und der Westberliner „KPD", die das Problem des Wiederaufbaus der Kommunistischen Partei einfach und galant durch eine entsprechende Selbstkrönung lösten, bestehen auch hier noch zahlreiche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der kommunistischen Bewegung. Der KB vertritt in dieser Frage seit langer Zeit den Standpunkt, daß neben der notwendigen Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Gruppen bereits eine Zusammenarbeit in vielerlei Fragen anzustreben ist. Als wichtigstes Instrument aber, das den Aufbau der Kommunistischen Partei vorantreiben kann, sehen wir die Schaffung einer nationalen politischen Zeitung an. Diese Zeitung muß von einem ideologisch standfesten Zentrum der Bewegung herausgegeben werden und trotz aller Bereitschaft zur Diskussion aller für die Arbeiterbewegung wichtigen Fragen, eine klare proletarische Linie verfolgen. Sie muß sich weiter der Unterstützung möglichst vieler Gruppen aus allen Teilen unseres Landes sicher sein, sowohl was die Zusendung von Kritiken, Berichten und Artikeln angeht, als auch was die Verbreitung der Zeitung unter den Arbeitern des jeweiligen Ortes betrifft. Es ist klar, daß eine solche Zeitung nur dann zum Sprachrohr der Arbeiterinteressen werden kann und die Organisierung der Arbeiter vorantreiben wird, wenn sie aufs engste verbunden ist mit der praktischen Arbeit in den verschiedenen Orten der Bundesrepublik.

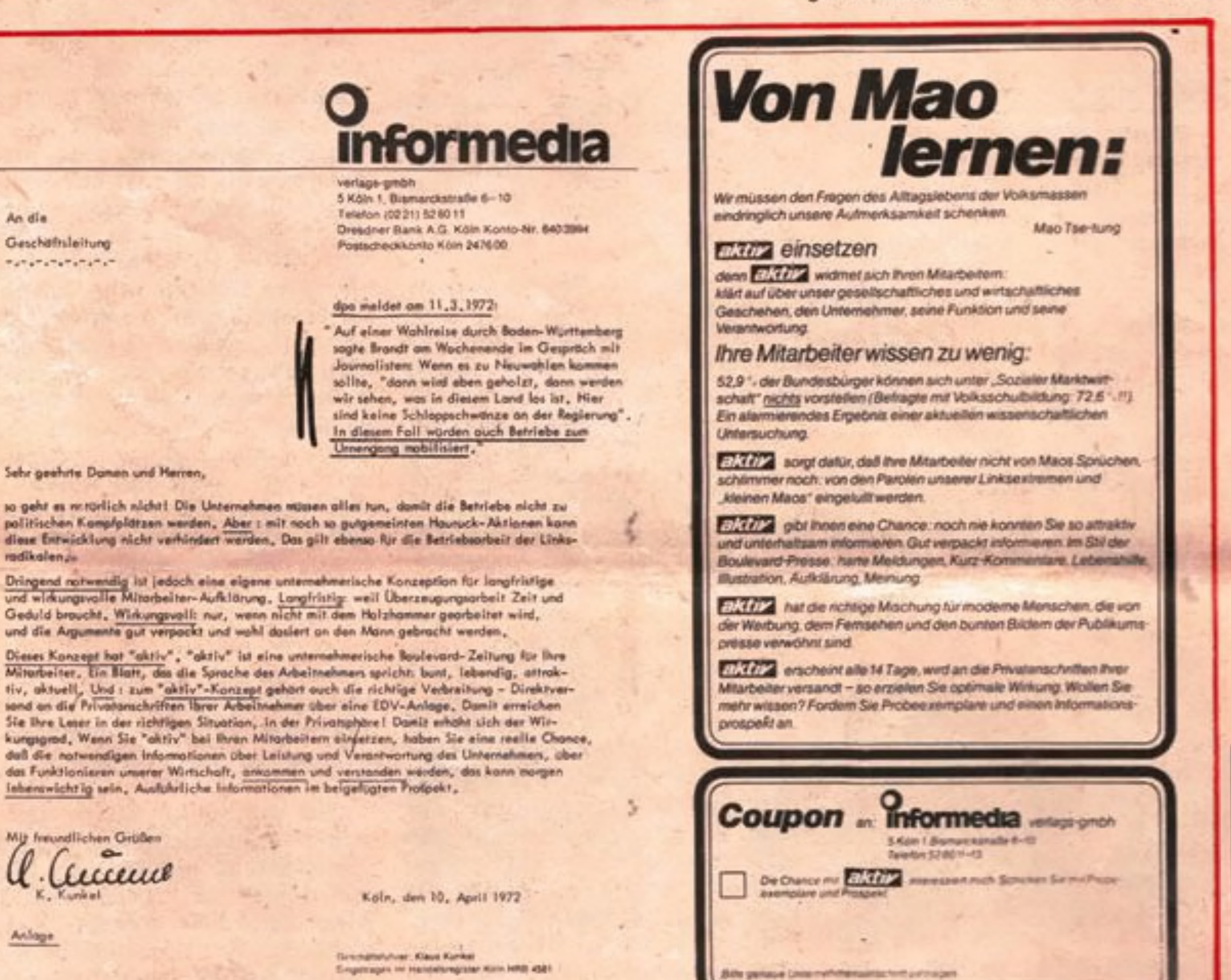
Der KB hat mit dem ARBEITERKAMPF einen praktischen Schritt in dieser Richtung unternommen und auch bereits Unterstützung von einigen anderen Gruppen erhalten. Aber die Basis des ARBEITERKAMPF ist noch viel zu schmal; es sind noch viel zu wenig Gruppen, die diese Arbeit unterstützen, als daß wir leichtfertig die bereits geleistete Arbeit übertreiben und die vor uns liegenden, viel größeren Probleme herunterspielen könnten. Schon gar nicht ist es angebracht, wenn beim derzeitigen Stand der Bewegung irgendeine Gruppe mit dem selbstgestehefteten Orden „Partei der Arbeiterklasse" durch die Gegend rennt. Da mag man noch so eindringlich auf seine „Regionalkomitees" in Dortmund, Düsseldorf, Hamburg und Westberlin hinweisen. Bei einem Blick hinter die Kulissen, der bedauerlicherweise nicht jedem Arbeiter und auch nicht jedem Genossen in einem anderen Ort möglich ist, verhält es sich mit diesen „Regionalkomitees" nämlich wie mit einer Kokosnuß: außen haarig und innen hohl.

Was den KB betrifft, so wird er weiterhin ohne sektiererische Selbstüberschätzung bemüht sein, Nägel mit Köpfen zu machen. Daß der Klassenfeind uns deswegen immer deutlicher aufs Korn nimmt, kann uns nur darin bestärken, unsere Arbeit in der bisherigen Richtung mit noch größeren Anstrengungen fortzusetzen: Was die Kapitalistenklasse energisch bekämpft, das kann für die Arbeiter nur gut sein! ■

Gut verpackt

Propaganda - Offensive der Kapitalisten

Die Verlags-GmbH „informedia" in Köln verschickte im April ein Schreiben an zahlreiche Kapitalisten. Darin wird aufgefordert: Die Kapitalisten sollten „alles tun, damit die Betriebe nicht zu politischen Kampfplätzen werden". Dazu soll „aktiv" dienen, eine Zeitung, die an die Privatadressen der Arbeiter geschickt werden soll: auf Veranlassung der jeweiligen Geschäftsleitung eines Betriebes und auf deren Rechnung – denn knausrig sind die Kapitalisten ja keineswegs, wenn es ihren Interessen dient.



informedia
verlags-gmbh
5 Köln 1, Bismarckstraße 6–10
Telefon (02 21) 52 80 11
Dresdner Bank A.G. Köln Konto-Nr. 6403994
Postscheckkonto Köln 247600

An die
Geschäftsleitung

dpa meldet am 11.3.1972:

"Auf einer Wahlreise durch Baden-Württemberg sagte Brandt am Wochenende im Gespräch mit Journalisten: Wenn es zu Neuwahlen kommen sollte, "dann wird eben geholzt, dann werden wir sehen, was in diesem Land los ist. Hier sind keine Schlappschwänze an der Regierung". In diesem Fall würden auch Betriebe zum Urnengang mobilisiert."

Sehr geehrte Damen und Herren,

so geht es natürlich nicht! Die Unternehmen müssen alles tun, damit die Betriebe nicht zu politischen Kampfplätzen werden. Aber: mit noch so gutgemeinten Hauruck-Aktionen kann diese Entwicklung nicht verhindert werden. Das gilt ebenso für die Betriebsarbeit der Linksradikalen.

Dringend notwendig ist jedoch eine eigene unternehmerische Konzeption für langfristige und wirkungsvolle Mitarbeiter-Aufklärung. Langfristig: weil Überzeugungsarbeit Zeit und Geduld braucht. Wirkungsvoll: nur, wenn nicht mit dem Holzhammer gearbeitet wird, und die Argumente gut verpackt und wohl dosiert an den Mann gebracht werden.

Dieses Konzept hat "aktiv". "aktiv" ist eine unternehmerische Boulevard-Zeitung für Ihre Mitarbeiter. Ein Blatt, das die Sprache des Arbeitnehmers spricht: bunt, lebendig, attraktiv, aktuell. Und: zum "aktiv"-Konzept gehört auch die richtige Verbreitung – Direktversand an die Privatanschriften Ihrer Arbeitnehmer über eine EDV-Anlage. Damit erreichen Sie Ihre Leser in der richtigen Situation, in der Privatsphäre! Damit erhöht sich der Wirkungsgrad. Wenn Sie "aktiv" bei Ihren Mitarbeitern einsetzen, haben Sie eine reelle Chance, daß die notwendigen Informationen über Leistung und Verantwortung des Unternehmers, über das Funktionieren unserer Wirtschaft, ankommen und verstanden werden, das kann morgen lebenswichtig sein. Ausführliche Informationen im beigefügten Prospekt.

Mit freundlichen Grüßen
K. Kunkel

Köln, den 10. April 1972

Anlage

Geschäftsführer: Klaus Kunkel
Eingetragen im Handelsregister Köln HRB 4581

Von Mao lernen:

Wir müssen den Fragen des Alltagslebens der Volksmassen eindringlich unsere Aufmerksamkeit schenken.
Mao Tse-tung

aktiv einsetzen

denn aktiv widmet sich Ihren Mitarbeitern: klärt auf über unser gesellschaftliches und wirtschaftliches Geschehen, den Unternehmer, seine Funktion und seine Verantwortung.

Ihre Mitarbeiter wissen zu wenig:

52,9 % der Bundesbürger können sich unter „Sozialer Marktwirtschaft" nichts vorstellen (Befragte mit Volksschulbildung: 72,6 % !!). Ein alarmierendes Ergebnis einer aktuellen wissenschaftlichen Untersuchung.

aktiv sorgt dafür, daß Ihre Mitarbeiter nicht von Maos Sprüchen, schlimmer noch: von den Parolen unserer Linksextremen und „kleinen Maos" eingelullt werden.

aktiv gibt Ihnen eine Chance: noch nie konnten Sie so attraktiv und unterhaltsam informieren. Gut verpackt informieren. Im Stil der Boulevard-Presse: harte Meldungen, Kurz-Kommentare, Lebenshilfe, Illustration, Aufklärung, Meinung.

aktiv hat die richtige Mischung für moderne Menschen, die von der Werbung, dem Fernsehen und den bunten Bildern der Publikumspresse verwöhnt sind.

aktiv erscheint alle 14 Tage, wird an die Privatanschriften Ihrer Mitarbeiter versandt – so erzielen Sie optimale Wirkung. Wollen Sie mehr wissen? Fordern Sie Probeexemplare und einen Informationsprospekt an.

Coupon an: **informedia** verlags-gmbh

„aktiv" soll durch „wirkungsvolle Mitarbeiter-Aufklärung" verhindern, daß „die Betriebsarbeit der Linksradikalen" Erfolg hat. In einem beigelegten Prospekt zum Schreiben an die Geschäftsleitungen heißt es in großen Buchstaben: „Die Feinde der Marktwirtschaft schlafen nicht! Sie arbeiten an der Basis – bei Ihren Mitarbeitern. Wehren Sie sich mit ‚aktiv' ".

Nun wissen die Kapitalisten aber mittlerweile, daß ihr Geschwätz von der „sozialen Marktwirtschaft" von „wir sitzen alle in einem Boot" usw. nicht mehr so leicht bei den Arbeitern ankommt, daß das Bewußtsein der Arbeiter vom Klassengegensatz in dieser Gesellschaft angewachsen ist. Deshalb verspricht „informedia", daß in der Zeitung „aktiv" „nicht mit dem Holzhammer gearbeitet wird", sondern „die Argumente gut verpackt (!) und wohl dosiert (!) an den Mann gebracht werden". Dadurch hätten die Kapitalisten „eine reelle Chance, daß die notwendigen Informationen über Leistung und Verantwortung des Unternehmers, über das Funktionieren unserer Wirtschaft, ankommen und verstanden werden, das kann morgen lebenswichtig sein" – lebenswichtig für die Ausbeuter natürlich! Die „Basis-Arbeit" der Linken sei eine „tödliche Gefahr für alle Unternehmer", heißt es in dem beigefügten Prospekt. Und weiter: „permanente Verteufelung des Unternehmertums erzeugt ein Klima, in dem rote ‚Reformpläne', die die Leistungsfähigkeit und den Fortbestand der Wirtschaft in Frage stellen, begeistert begrüßt werden". Dagegen soll „aktiv" den Arbeitern eintrichtern, daß sie sich nur „selbst auf die Finger hauen", wenn sie die Kapitalisten angreifen.

Wie die Arbeiter sich angeblich nur „selbst auf die Finger hauen", das können wir z.B. – „gut verpackt und wohl dosiert" – der Ausgabe 6 (25. März 72) von „aktiv" entnehmen:

Dort wird in einem Artikel unter der Überschrift „Weg mit dem Profit – was dann? " folgendermaßen „argumentiert": Die „Erträge unserer (? !) Unternehmen" würden „nicht nur von linken Radikalen gern und abschätzig als ‚Profit' verdammt". Aber ohne Profit würde die Wirtschaft nicht mehr wachsen, weil dann ja auch keine neuen Fabriken usw. mehr finanziert werden könnten. Schließlich: wenn es keine Profite mehr gäbe, könne der Staat auch keine Steuern mehr von den Kapitalisten eintreiben. Da der Staat aber Geld braucht, bliebe keine andere Wahl, als die Lohnsteuer, Tabaksteuer usw. zu erhöhen. Wörtlich droht „aktiv" dann: „Das hieße dann, daß der kleine Mann die Zeche zahlt. Ein Bier kostet dann eben 1,50 DM, genauso das Liter Benzin. Bauen würde dann ohnehin niemand mehr, weil die Besteuerung von Hausbesitz das als Wahnwitz erscheinen ließe. Schönes Paradies, was? "

Ja, die Arbeiter können schon froh sein, daß die Kapitalisten ihnen diese Sorgen abnehmen, indem sie sich selbst durch den Profit ein Leben in Saus und Braus verschaffen. Der Verlag „informedia" hat schon recht, wenn er (lobend) „Die Zeit" zitiert, daß „aktiv" einen „Hauch von BILD" habe! Durch den Sturz der Kapitalistenherrschaft und damit der Abschaffung des Profits wird der tatsächlich gesellschaftliche Reichtum nicht weniger, sondern mehr! Denn die Arbeiter werden nicht nur ebensoviel produzieren, sondern mehr (und vor allen Dingen mehr Sinnvolles!). Sie werden ihre schöpferische Kraft ungleich besser verwirklichen, weil nun nicht mehr ein Teil des von ihnen produzierten Reichtums in die Taschen der Kapitalisten wandert, sondern alles der Gesellschaft, den Produzierenden zugute kommt!

Gegen „rote Idole"

Das Schreiben von „informedia" an zahlreiche Kapitalisten ist nicht bloß ein einfaches Werbeschreiben, mit dem „informedia" wie jeder kapitalistische Verlag seine Profitaussichten vergrößern will. Es handelt sich hierbei um einen Teil der von den Kapitalisten seit einiger Zeit eingeleiteten Propaganda-Offensive gegen „rote Arbeiter" und gegen die gesamte linke Bewegung. „aktiv" gehört ebenso zu dieser Propaganda-Offensive des Kapitals wie die zur Zeit gesteigerte Hetzkampagne anläßlich der Bombenattentate der letzten Wochen.

Bereits im Dezember letzten Jahres hatte das „Deutsche Industrieinstitut" in Köln ein ähnliches Schreiben an zahlreiche Kapitalisten geschickt (siehe ARBEITERKAMPF Nr. 14 und UNSER WEG Nr. 14, wo das Schreiben des DII im Original abgedruckt ist). In ähnlicher Weise wurde dort die zunehmende „Unternehmerfeindlichkeit und die Verehrung roter Idole" als ein „Alarmzeichen" beschworen. Gleichzeitig wurde die SPD/FDP-Regierung angegriffen, die „der Wirtschaft der Bundesrepublik Belastungen in bisher nicht gekanntem Ausmaß beschert". Die Kapitalistenklasse wurde aufgefordert, „den Kampf um die marktwirtschaftliche Freiheit auf(zu)nehmen, wenn sie nicht eines Tages als unterprivilegierte Minderheit enden will", und wenn sie „nicht Gefahr laufen" will, „in einer Woge von Fanatismus, Ideologisierung und Reformutopien unterzugehen". Die Kapitalisten sollten darum die „gezielte und geduldige Öffentlichkeitsarbeit" verstärken und die „Informations-Offensive" mit dem Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts" besser unterstützen. Konkret: Die einzelnen Kapitalisten sollten durch Spenden die Verbreitung des „Unternehmerbriefs" fördern. Zielgruppe dieser „Informations-Offensive" sollten sein: „Besonders ausgesuchte Empfänger, die durch Beruf oder Stellung zur Meinungsbildung beitragen", also Schulen, Universitäten, Verwaltungsbeamte, Politiker, Journalisten, Pfarrer usw.

Die Zeitung „aktiv" dagegen soll sich direkt an die Arbeiter und Angestellten wenden und sie im Sinne der Kapitalistenklasse beeinflussen.

Der „Spiegel" berichtete in seiner Ausgabe am 29. Mai 72, daß seit mehreren Monaten die Pressechefs der Kapitalistenverbände BDA, BDI und DIHT unter der Regie von BDA-Präsident Friedrich eine großangelegte Werbekampagne über die angeblichen Vorzüge der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft planen. Absprachen fanden mit dem CDU-Wirtschaftsrat statt und die CDU-nahe Werbeagentur „Alwo" wurde mit der Ausarbeitung von Anzeigen, Broschüren, Plakaten und Filmspots beauftragt. Die jetzige Hetzkampagne gegen „linke Bombenleger", gegen die gesamte linke Bewegung und alle dem Kapitalismus kritisch gegenüberstehenden Menschen und die Angriffe sogar gegen die angeblich „zu schlaffe" SPD/FDP-Regierung sind möglicherweise schon ein Ergebnis dieser „konzertierten und konzentrierten Aktion" der Kapitalistenverbände. Es ist ja auch nicht schwer zu erraten, wer ein Interesse daran hat, die Linken in der Arbeiterklasse mit den übelsten Methoden, mit Lügen und Gewalt verächtlich zu machen.

Die Kapitalistenklasse macht mobil. Sie ist bemüht, ihre Reihen enger zusammenzuschließen. Die Arbeiterklasse kann nur das Gleiche tun: Sie muß auch mobil machen und ihre Reihen fester zusammenschließen. Die Reihen der Arbeiter sind zahlreicher und kräftiger. Ihre Solidarität ist größer und machtvoller. Sie ist die stärkste Klasse. Sie produziert den gesamten gesellschaftlichen Reichtum. Sie ist die aufstrebende Klasse und daher lebensfähiger. Die Kapitalistenklasse sitzt auf dem absterbenden Ast. Aber dieser Ast wird nicht von allein abfallen, sondern nur, wenn die Millionen Arme der Arbeiterklasse geschlossen zur Axt greifen. Darauf müssen wir rüsten.

Gegen die allseitige Offensive der Kapitalistenklasse – die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse!

Und: Die Kollegen, die „aktiv" unaufgefordert von den Kapitalisten ins Haus geschickt bekommen, sollten sich im Betrieb zusammenschließen und mit Hilfe ihres Betriebsrates von der Geschäftsleitung die sofortige Einstellung der Zusendung verlangen. So können damit demonstrieren, daß sie diesen faulen Trick des Kapitals durchschaut haben.

